

*Rainer Land und Ralf Possekel*

# Namenlose Stimmen waren uns voraus

Politische Diskurse  
von Intellektuellen  
in der DDR



## Herausforderungen

Historisch-politische Analysen ♦ Herausgegeben von Wolfgang Schmale

**Die Weltsicht der DDR-Intellektuellen analysieren Rainer Land und Ralf Possekel, Philosoph und Historiker aus Ostberlin, und leisten damit einen hervorragenden Beitrag zum Verständnis von Mitmachen, Hinnehmen und Widerstehen in vierzig Jahren DDR. Erstmals werden in einem vergleichenden Überblick die wichtigsten Interpretationsmuster zur Deutung der DDR-Wirklichkeit sowohl innerhalb der SED als auch im Umfeld der evangelischen Kirche vorgestellt.**



# Herausforderungen

Historisch-politische Analysen

Herausgegeben von

*Dr. phil. Wolfgang Schmale*

Bd. 1

Rainer Land  
Ralf Possekel

## Namenlose Stimmen waren uns voraus

Politische Diskurse von Intellektuellen  
aus der DDR



© 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Land, Rainer:**

Namenlose Stimmen waren uns voraus: politische Diskurse von  
Intellektuellen aus der DDR / Rainer Land, Ralf Possekel. – Bochum:

Winkler 1994

(Herausforderungen; 1)

ISBN 3-924517-43-6

NE: Possekel, Ralf.;GT

© by Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum 1994

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Funksendung, der Wiedergabe auf photomechanischem Wege oder der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

Printed in Germany

... eine Stimme ohne Namen zu vernehmen, die mir immer schon voraus war, ... die schon seit langem das Wort ergriffen hätte und im vorhinein alles, was ich sage, verdoppelte und daß diese Stimme so spräche: *«Man muß weiterreden, ich kann nicht weitermachen, man muß weiterreden, man muß Wörter sagen, solange es welche gibt; man muß sie sagen, bis sie mich finden, bis sie mich sagen - befremdende Mühe, befremdendes Versagen; man muß weiterreden; vielleicht ist es schon getan, vielleicht haben sie mich schon gesagt, vielleicht haben sie mich schon an die Schwelle meiner Geschichte getragen, an das Tor, welches sich schon auf meine Geschichte öffnet (seine Öffnung würde mich erstaunen).»*

1-  
1-  
Michel Foucault, *L'ordre du discours*,  
Paris 1972

# Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	9
<i>Diskurse im Umfeld der Staatspartei</i>	19
Der Diskurs der Altkommunisten	28
Der Diskurs der Aufbaugeneration	33
Der "konspirative Avantgardismus" der dritten SED-Reformergeneration	36
<i>Diskurse im bürgerlichen Feld</i>	49
"Überwintern" konservativ-bürgerlicher Identität	52
"Kirche im Sozialismus" - der Diskurs der 60er und 70er Jahre	55
Der alternative Diskurs der "Basisgruppen"	60
<i>Wende, Revolution, Ausblick</i>	67
<i>Methodischer Exkurs: Politische Diskurse und Narration</i>	77
<i>Anmerkungen</i>	89
<i>Literatur</i>	99
<i>Personenverzeichnis</i>	109

---

# Einleitung

---

*In der Einleitung werden verschiedene Ansichten über die fragliche Identität der Ostdeutschen vorgestellt, um die Notwendigkeit eines archäologischen Vorgehens bei der Suche nach Antworten verständlich zu machen. Es wird das für dieses Buch zentrale Konzept der Erzählung erläutert und die Verwendung von Begriffen wie Intellektuelle, Diskurs und Identität geklärt.*

Als sich in der DDR um die Jahreswende 1989/90 die SED und mit ihr die offiziell zugelassenen Blockparteien aufzulösen begannen und neue Bewegungen um Unterstützung warben, mußten die Bürger schnell erkennen, daß es vergeblich war, sich an politischen Programmen orientieren zu wollen. Von der SED über die CDU bis hin zum Neuen Forum traten alle für die deutsche Einheit ein, in ihren Wertvorstellungen besetzten sie ein gleiches Terrain — jeder wollte die freie Marktwirtschaft, sozial und ökologisch. Dennoch entschieden sich die Bürger für oder gegen bestimmte Parteien und Gruppierungen.

Damals machten wir die Beobachtung, daß die Identifikation mit dieser oder jener politischen Kraft nicht über Wahlprogramme verläuft, sondern über *Erzählungen*. Erzähle mir deine Geschichte, und ich sage dir, ob ich mit dir gehe — so etwa lief die Suche nach der richtigen Partei im Wahljahr 1990. Und in den Talk-Shows, auf Kundgebungen und Wahlplakaten erzählten Bärbel Bohley, Friedrich Schorlemmer, Helmut Kohl, Gregor Gysi, Lothar de Maiziere, Hans-Dietrich Genscher u.a. ihre Geschichten. Dabei war klar, daß weder Bärbel Bohley noch Helmut Kohl, wenn sie etwa von der Verfolgung durch die Stasi oder dem Wirtschaftswunder erzählten, private Angelegenheiten vortrugen. Bestimmte Geschichten wiederholten sich, auch Rühle, Krause und Mölleman sprachen vom Wirtschaftswunder, auch Wolfgang Templin, Vera Wollenberger und Konrad Weiß berichteten von Stasi und Repression, während nicht nur Gysi und Modrow, sondern auch Markus Wolf, Lothar Bisky und André Brie ihr vergebliches Engagement für den Sozialismus eingestehen mußten. Jeder Geschichte geht eine besondere voraus, nicht jede Geschichte läßt sich mit jeder verknüpfen. Der Erzählung vom Wirtschaftswunder ging der Bericht von der Währungsunion voraus, Gysi und Wolf erzählten von ihren Vätern, Schorlemmer und Weiß von Diskriminierungen in der Schule ... In jenen Monaten der großen Unsicherheit um die Jahreswende 1989/90 konnten die DDR-Bürger gleichsam in verschiedenen Büchern blättern, die jeweils eine bestimmte Sammlung von Erzählungen bereithielten.

Die westdeutschen Fußgängerzonen und Kaufhäuser füllten sich nach dem Fall der Mauer sehr schnell mit Ostdeutschen. Die "Brüder und Schwestern" aus der Nachkriegszeit meldeten nunmehr als "Ossis" Ansprüche auf die materiellen und zivilisatorischen Errungenschaften Westdeutschlands an. Kaum war die erste Euphorie verfliegen, puzzelten die Medien ein Bild zusammen, in dem Denk- und Verhaltensweisen der Ostdeutschen "mit Unmündigkeit und Passivität, allgemeiner Verschwendung und Vergeudung von Zeit, mangelnder Konfliktfähigkeit, Rückzug in eine bornierte Privatsphäre, politischer Apathie umschrieben und mit einer Vielzahl pejorativer Haltungen belegt wurden: Durchwursteln und Abwarten, Zögerlichkeit bei Entscheidungen, Üben in Mimikry u.a."<sup>1</sup> Das Bemühen, die neuen Mitbürger nicht zu verletzen, pushte den Begriff der *Mentalität* — eine Verhaltensdisposition, die sich gleichsam hinter dem Rücken der Individuen, also unverschuldet, in ihrem Denken und Handeln eingestet hatte. Galt im symbolischen Diskurs die DDR bis 1989 vor al-

Die DDR als  
Gefängnis

lem als ein großes Gefängnis, aus dem die eingesperrten Brüder und Schwestern zwar herauswollten, aber durch Stacheldraht und Schießbefehl gehindert wurden<sup>2</sup> — eine Vorstellung, die durch die Bilder von der Maueröffnung ihre bewegende Bestätigung zu finden schien und daher bis heute bei der Beurteilung des Verhaltens der Ostdeutschen in der kommunistischen Diktatur eine wichtige Rolle spielt —, so wurden die DDRler im Zuge der Wiedervereinigung zu Trägern eines schwer kalkulierbaren *Irrationalismus*, der die Grundlagen der Republik zu gefährden schien. Das plötzliche Schwenken der vielen schwarzrotgoldenen Fahnen, das Reden von "Deutschland einig Vaterland" — das Gespenst eines neuen deutschen Nationalismus beunruhigte. Und wer denkt nicht noch an jenen Schock, den das plötzliche Aufbrechen rechtsextremer Bewegungen in Ostdeutschland — Hoyerswerda — auslöste. In welchem Maße mußte davon ausgegangen werden, daß Rechtsextremismus in der politischen Mentalität der DDRler virulent sei? Am anderen Pol des politischen Spektrums bereitete die zählebige Existenz der "SED-Nachfolgepartei" (PDS) nicht minder Unbehagen. Trotz gutgemeinter Appelle aus den eigenen Reihen zu ihrer Auflösung, trotz 40jähriger SED-Diktatur und -Mißwirtschaft, trotz Finanzskandalen, trotz Entzug des SED-Eigentums blieb die Klientel der PDS, so schien es, unerschütterlich. Verwunderung riefen aber auch die Apathie und der nur schwache Widerstand der Ostdeutschen angesichts so mancher Ungerechtigkeit im Einigungsprozeß hervor. Schon lange wurde daher diskutiert, inwiefern um die Errungenschaften ziviler Gesellschaft zu fürchten sei oder wie ernst eigentlich die Absage vom Sozialismus genommen werden konnte, wenn an ostdeutschen Stammtischen für Arbeitsplätze, niedrige Mieten und hohe Löhne noch immer Helmut Kohl verantwortlich war.

Deformierte  
Charaktere

In jener Zeit fügte es sich, daß ein Experte, ein Psychologe, der lange Jahre selbst in der DDR leben mußte, seine Beobachtungen vom Innenleben seiner Mitbürger in dem Buch *"Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR"* publizierte. Nicht unerwartet berichtete Hans-Joachim Maaz davon, daß die Gewalt im "real existierenden Sozialismus" das entscheidende Wirkungsprinzip war. Staatssicherheit, Justiz, das Erziehungswesen, Familie, Medizin und Kirche wirkten auf die Bürger repressiv. "Das Bild eines riesigen Käfigs bietet sich als traurige Metapher an: eine stabile und absolut gesicherte Umzäunung, darin die perfekte Dressur mit Zuckerbrot (das mehr versprochen als eingelöst wurde) und Peitsche (die mehr geschwungen als geschlagen wurde), die auf Leistung und Gehorsam orientierte."<sup>3</sup> In diesem System "konnte man nur mit einer charakterlichen Deformierung halbwegs überleben, gesundes Verhalten wäre unweigerlich bestraft worden; Gesundheit heißt in diesem Zusammenhang: Offenheit, Ehrlichkeit, Eigenständigkeit, Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung, Mut zu eigenen Positionen und zu kreativen Leistungen, auch gegen den Strom der Mehrheit — also alles Eigenschaft, die in der DDR als subversiv galten und mit Nachdruck jedem einzelnen ausgetrieben wurden".<sup>4</sup> In dieser Situation blieb den Menschen nichts weiter, als ihre seelische Not durch die Flucht in bestimmte soziale Rollen zu kompensieren: "die kriminellen

Machthaber, die erfolgssüchtigen Karrieristen, die gehemmt und angepaßten Mitläufer, die von einer Illusion zur anderen jagenden Flüchtlinge, die sich im Protest verzehrenden Oppositionellen und die abgehobenen Utopisten".<sup>5</sup>

Es wurde üblich, die westdeutsche DDR-Forschung dafür zu schelten, daß sie den Untergang der DDR nicht rechtzeitig vorhergesehen hatte. Sie galt als durch und durch diskreditiert, wer wollte schon noch etwas von ihr wissen. Dabei hielt sie durchaus lesenswerte Antworten bereit. Statt einfach auf die repressiven Züge des DDR-Systems abzuheben — an welchem Staatswesen ließen sie sich nicht aufweisen — sah z.B. Sigrid Meuschel das Charakteristische der DDR in dem "machtpolitisch durchgesetzten sozialen Entdifferenzierungsprozeß ..., der die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen oder kulturellen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubte". Sie spricht daher von einem "*Absterben der Gesellschaft*" bzw. von einer "klassenlosen Gesellschaft".<sup>6</sup> So fehlte die Möglichkeit, Interessenkonflikte "öffentlich zu artikulieren oder selbständig zu organisieren; auch fielen selbstregulative Medien wie Markt, Recht und Geld als Vermittler eines berechenbaren Interessenverfolgs nicht gänzlich, aber weitgehend aus".<sup>7</sup> Die soziale Integration mußte vorwiegend über Kleingruppen — Familien, Freundeskreise, Arbeitskollektive — laufen und diese von allem Fremden abschotten. Vor diesem strukturellen Hintergrund konstatiert Meuschel in Hinblick auf dominante Normen und Werte für die DDR eine "*politische Kultur einer unpolitischen Gesellschaft*", gekennzeichnet durch "Privatismus", "Anpassung, Innerlichkeit und Autoritarismus", durch die Suche von "Identität in Moralität und bildungsbürgerlicher Kultiviertheit", durch "anti-westliche Ressentiments".<sup>8</sup>

Den ostdeutschen Sozial- und Geisteswissenschaften konnte nicht so einfach getraut werden, waren sie doch über Jahrzehnte hinweg einer dogmatischen Gesellschaftslehre verpflichtet. Sie mußten sich eine umfassende Evaluierung gefallen lassen, in deren Verlauf sich erst allmählich erweisen konnte, was den gestrengen Maßstäben westdeutscher Wissenschaftlichkeit genügte. So verstrich einige Zeit, bis ostdeutsche Sozial- und Geisteswissenschaftler gehört wurden. Nicht viel anders als Sigrid Meuschel spricht z.B. auch der Ostberliner Philosoph Wolfgang Engler von einem Prozeß der "Entstrukturierung des Politischen", der schließlich das fatale Ergebnis hatte, daß es außer Intimbeziehungen, Freundschaften und kleineren Freundeskreisen kaum noch etwas gab, "das sich zwischen die Individuen und die Machtzentralen hätte stellen und Verhaltenszumutungen dieser mildern und reflexiv brechen können".<sup>9</sup> Engler aber nimmt diesen Befund zum Ausgangspunkt für eine zivilisationstheoretische Diagnose. Der in dieser Hinsicht entscheidende Prozeß einer Verhaltenszivilisierung konnte nur noch "einem fremdzwangdominierten Muster" folgen, während eine für westliche Gesellschaften charakteristische *Zivilisierung der zivilisatorischen Mechanismen und Instanzen selbst* weitgehend ausblieb. Den erforderlichen Übergang vom Fremdzwang zur Selbststeuerung diagnostiziert Engler bei seinen Landsleuten als defizitär, er findet dafür den schönen Ausdruck von der *zivilisatorischen Lücke*. Das Muster einer Ver-

Das Absterben der  
Gesellschaft

Die zivilisatorische  
Lücke

haltenszivilisierung durch dominanten Fremdzwang erzeugte "Anpassungsleistungen an autokratische Macht- und provinzielle Lebensverhältnisse, und sei es auch nur im paradoxen Modus äußerlicher Anpassung, führte zu einer Fixierung auf eindeutige Verhaltensvorgaben und Wegweiser durch den sozialen Raum, auf Existenz- und Laufbahngarantien, löste Unsicherheit und Unlustgefühle in bezug auf das Fällen eigener, ungedeckter Entscheidungen und große emotionale Reserve gegenüber offen geführten Konkurrenzen um Macht- und Einflußchancen aus".<sup>10</sup>

Protestantische  
Mentalität

Die DDR sperrt sich gegen eindeutige Beschreibungen. Der ostdeutsche Philosoph Hans-Peter Krüger berichtet von ihrem Widerspruch — dem Widerspruch "zwischen einer amoderne Monopolstellung des Parteistaats und internen Modernisierungsprozessen"<sup>11</sup>. Die besondere Mentalität der Ostdeutschen erlaubte es erst, diesen Widerspruch auszuhalten. Krüger spricht von einem "großen historischen Kompromiß der kleinen DDR", der in "einer wechselseitigen, bis in den Habitus reichenden Anpassung von marxistisch-leninistischer Legitimitätspraktik und protestantischer Mentalität der ostdeutschen Mehrheit" bestanden haben soll.<sup>12</sup> Typisch für die *protestantische Mentalität* der ostdeutschen Mehrheit seien ein hoher Grad an Rationalisierung und Säkularisierung der christlichen Religion, ein weit entwickeltes Vermögen zur Verinnerlichung gesellschaftlicher Widersprüche und eine in hohem Maße dezentrale, auf die Grenzen der Gemeinschaft (im Unterschied zur Gesellschaft) fixierte Lebensform.<sup>13</sup>

Die zweite  
Gesellschaft

Der Empiriker mißtraut dem Widerspruch, er sucht die Differenz. Auch der Leipziger Soziologe Detlef Pollack betont, daß die DDR nicht nur eine zwangshomogenisierte, sozialstrukturell nivellierte, klassenlose Gesellschaft, nicht nur eine Diktatur der Politbürokraten, sondern auch eine Industriegesellschaft war.<sup>14</sup> Pollack jedoch entdeckt in der ehemaligen DDR eine "zweite" Gesellschaft, deren Differenz zur offiziellen Gesellschaft an verschiedenen Dichotomien ablesbar sei: die Dichotomie von offizieller Wirtschaft und Schattenwirtschaft, von Planwirtschaft und Schwarzmarkt, von kontrollierter Öffentlichkeit und zweiter Öffentlichkeit, von gesteuerter Kultur und Subkultur.<sup>15</sup> Pollack läßt diese Dichotomien bestehen und löst sie nicht in einer wie auch immer gearteten generellen Mentalität der Ostdeutschen auf. Ihn belohnt ein überraschender Schluß: den DDRlern der "zweiten Gesellschaft" kann Pollack Tugenden attestieren, von denen bisher keine Rede war — "Engagement, Innovationsgeist und sogar ein darauf beruhendes Selbstbewußtsein".<sup>16</sup>

Archäologie  
ostdeutscher  
Identitäten

Der Kreis hat sich geschlossen. Begann das Argument beim unterdrückten, gepeinigten, und deformierten Ossi, so führte es zur These von einer zutiefst protestantischen Mentalität, um schließlich den engagierten, innovativen und selbstbewußten DDRler zu entdecken. Erst jetzt öffnet sich der Weg in die vergangene Welt der Ostdeutschen. Zwecklos ist es, *die Identität des Ostdeutschen* beschreiben zu wollen. Fruchtbare verspricht das Selbstverständnis von Archäologen zu sein, die in Ablagerungen nach disparaten Resten graben. Nicht viel anders haben auch wir nach Resten gesucht, nach Hinweisen auf Erzählungen aus der DDR, um aus ihnen jene Bücher zu rekonstruieren, in denen die

DDR-Bürger auf der Suche nach Orientierung in den Monaten des Umbruchs blättern.

Intellektuelle stehen seit langem im Zwielicht. Sozial freischwebend, sollen sie zwischen partikularen Interessen vermitteln können. Doch wird ihnen auch Egoismus vorgeworfen. Sie sind auf die Distanz zur Macht verpflichtet, und doch stellen sie sich gelegentlich in ihren Dienst. Sie artikulieren das Gewissen der Gesellschaft und üben Verrat, sie kritisieren, zumeist aber ohne Kompetenz ... Für die DDR ist zudem umstritten, ob es dort überhaupt so etwas wie Intellektuelle gab. Wir wollen keinen Beitrag zu dieser Debatte leisten.

Über Politik weiß jeder etwas zu erzählen. Eine nähere Prüfung allerdings führt schnell zu der Erkenntnis, daß die meisten Erzählungen nicht selbst erfunden, sondern sehr oft dem Angebot der Massenmedien entnommen worden sind. Nur eine Minderheit erdenkt tatsächlich *neue* Geschichten, um sie dann in Talkshows, Leitartikeln, in Romanen, in Vorlesungen usw. vorzutragen. Personen, die ein Nachrichtenmagazin durchblättern, den Ausführungen eines Professors folgen, ein Buch lesen, sich eine Fernsehsendung anschauen usw., *nicht* um zu wissen, was über aktuelle und vergangene Ereignisse zu erzählen ist, sondern um herauszufinden, was noch *nicht gesagt* worden ist, um es vielleicht selbst zu erzählen, nennen wir in Ermangelung eines geeigneteren Ausdruckes *Intellektuelle*. Sie sind in der Regel professionelle Geschichtenerzähler, und zumindest diese gab es auch in der DDR. Wie seinerzeit das Publikum sie las oder ihnen lauschte, haben auch wir noch einmal den Geschichtenerzählern der DDR zugehört, um herauszufinden, wie sie ihre Geschichten miteinander verbinden und wovon zu *schweigen* sie vorziehen.

Geschichten sind doppelbödig. Sie können Auskünfte über vergangene Ereignisse geben, über das, was einmal geschah, und vielleicht auch, in welchem Zusammenhang es mit anderen Begebenheiten stand. Sie informieren etwa darüber, wie das Leben in der DDR zuging. Geschichten können umgeschrieben werden, ein und dieselben Ereignisse lassen sich bekanntlich durchaus unterschiedlich erzählen. In der Form einer Geschichte sprechen Ereignisse nicht mehr allein für sich, sondern sie sind Exempel für eine bestimmte Vorstellung von ihrem *Sinn*<sup>17</sup>. Wer nur die Fakten wahrnimmt, hat die Geschichte noch nicht verstanden. Sie kodieren eine Botschaft, die sich in der Regel erst zum Ende der Erzählung hin erschließt und etwas über den Sinn des Geschehenen mitteilt. Für die Erzählung ist es daher zunächst auch gleichgültig, ob sich die Ereignisse, von denen berichtet wird, in der Realität so abgespielt haben; nicht darauf kommt es an, sie mögen bloße Fiktionen sein. Entscheidend ist allein, daß sie eine bestimmte Vorstellung von sinnvollem Handeln oder Leiden kodieren. Erst für den Sinngehalt einer Erzählung stellt sich die Frage, ob er für das wirkliche Leben von Relevanz ist.

Aus dieser Perspektive betrachtet, ist eine Erzählung über *reale* Ereignisse nur ein Sonderfall: Vorstellungen von sinnvollem Handeln und Leiden werden daraufhin "getestet", ob sich reale Ereignisse ihnen fügen. Was dem Historiker das Archiv, ist dem Bürger die Enthüllungsstory. Als die Ostdeutschen im Fernsehen

Intellektuelle

Erzählungen

tagtäglich neue Schreckensmeldungen über die Zustände in ihrem Lande sehen mußten, blieb ihnen nichts anderes, als zu versuchen, sie ihren Vorstellungen vom Sinn ihres Tuns zu unterwerfen. Ratlosigkeit ließ sie nach Konstruktionen suchen, die es gestatten würden, ihr bisheriges Leben weiterhin als sinnvoll anzusehen.

So wurde etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, in bestimmten Kreisen sehr schnell die Vorstellung von einer Differenz zwischen idealem Sozialismus und seiner stalinistischen Perversion populär. Dieser Kode gestattete es, den Erzählungen über das politische Engagement für den Sozialismus nun Erzählungen über den Mißbrauch der an sich guten Ideale anzufügen. Nach diesem Kode ließen sich unendlich viele Geschichten erzählen, nicht viel anders als fünfzig Jahre zuvor, wo der Kode vom an sich guten, nur schlecht informierten Stalin den Menschen selbst noch im GULAG ermöglichte, Erzählungen über ihr Leben für Stalin bruchlos mit dem Bericht über ihr Lagerdasein zu verbinden. 1989 aber ließen sich für viele Menschen die Enthüllungen über die wahren Zustände nicht mehr überzeugend einordnen, sie artikulierten schnell das Gefühl des Betrogen-worden-Seins.

Diskurse

Unterhalten sich Menschen über ihr Leben, so geht es nicht allein um die Übermittlung von Informationen. Immer schwingt die Frage nach dem Sinn mit. Geschichten kodieren bestimmte Vorstellungen vom Sinn der in ihnen aktualisierten Ereignisse. Sie können daher nicht *beliebig* miteinander verknüpft werden, sondern sind auf die Kompatibilität der in ihnen manifesten Sinnvorstellungen angewiesen. Indem Menschen Geschichten erzählen, führen sie einen hintergründigen *Diskurs* über den Sinn von Handeln und Leiden. Eine Geschichte gilt als verstanden, wenn es gelungen ist, eine paßfähige Geschichte hinzuzufügen. Nicht anders als die Bibel für die Christen bildet eine Kette aufeinander bezogener Geschichten, ein bestimmter Diskurs, die Matrix dafür, daß Individuen eine bestimmte gemeinschaftliche oder, unter bestimmten Voraussetzungen, gesellschaftliche Identität erlangen können, die sie von anderen unterscheidet. Die Kommunisten in der DDR hatten *ihre* Geschichten, in denen die wichtigsten Ereignisse der letzten vierzig Jahre einen anderen Sinn transportieren mußten als etwa in den Geschichten der Bürgerrechtler. Ein Diskurs beginnt nicht erst mit der expliziten Erörterung von Werten oder Normen, er setzt bereits mit dem Erzählen von Geschichten ein. Es ist die Aufgabe der Ideologen, Geschichten zu reflektieren und ihren Sinngehalt explizit als Normen, Werte, Regeln usw. zu formulieren und zu systematisieren. Das Ursprüngliche bleibt die Geschichte. Wer also etwas über die überindividuellen Identitäten der DDRler erfahren möchte, verlasse sich nicht auf die gängigen Ideologien und Werteskalen. Der Ursprung der Diskurse liegt in ihren Geschichten.

Identität

Zweifellos hat jedes Individuum seine eigene, unverwechselbare Identität. Auf die Frage, wer er sei, kann jeder eine besondere Lebensgeschichte erzählen. Immer aber gibt es Berührungspunkte mit den Lebensgeschichten anderer. In dem Maße, wie Individuen sich über diese Berührungspunkte verständigen und

dabei gleichsam ihre Interpretationsmuster synchronisieren, beginnen sie, so etwas wie überindividuelle Identitäten auszubilden. Dieser Prozeß erhält seine besondere Dynamik allerdings erst dann, wenn die Verständigung über die Lebensgeschichten vor dem Hintergrund der Erfahrung fremder Lebensgeschichten oder fremder Interpretationen der eigenen Lebensgeschichte erfolgt.

Ein klassisches Beispiel dafür ist das Phänomen der 68er, die sich gegen die Generation des Wirtschaftswunders profilierten. Die Synchronisation der Interpretationsmuster hatte dabei zur Folge, daß es nicht mehr erforderlich war, jeweils die gesamte Lebensgeschichte zu erzählen, um festzustellen, ob jemand zu den 68ern gehört. Es genügte, auf einige — oft getestete — Schlüsselenisoden hinzuweisen. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich schließlich auch aufeinander abgestimmte Umgangsformen und eine entsprechende Symbolik. Analoge Prozesse sind für verschiedene Milieus und "Szenen" beobachtbar.

In pluralistisch organisierten Gesellschaften ist es den Individuen weitgehend anheimgestellt, in ihrer Sozialisationsphase selbst zu entscheiden, in welche Zusammenhänge sie sich begeben wollen, welchen Lebensentwurf sie — gemeinsam mit anderen — realisieren werden. Im Unterschied dazu waren die verschiedenen Kreise in der DDR, wo es keine pluralistische Öffentlichkeit gab, stärker voneinander isoliert. Hier spielte nach unseren Eindrücken der Platz der Eltern in einem bestimmten Diskurs eine bedeutendere Rolle für die Identitätssuche der Kinder, für ihre Zugangschancen zu diesem oder jenem Diskurs. Von den im folgenden zu Wort kommenden Personen sind zwölf in Familien mit längerer kommunistischer Tradition aufgewachsen, sechs stammen aus der sich in den 50er Jahren neu bildenden Aufsteiger-Intelligenz. Sie alle finden sich nach ihrer Sozialisation zunächst in einem Diskurs der "sozialistischen" Intellektuellen im Umfeld der SED wieder. Vier wechseln später als Dissidenten in den oppositionellen Diskurs der Kirche. Von den zehn Personen, die von Anfang an in einem der bürgerlichen Diskurse im Umfeld der Kirche agierten, stammen alle aus einem eher bürgerlichen Elternhaus.

Es wird nichts enthüllt, was nicht schon öffentlich gesagt worden ist. Wir selbst haben keine Interviews geführt, wir haben Geschichten, wie sie in Büchern nachzulesen sind, zusammengetragen. Als besonders ergiebig erwiesen sich die publizierten Interviews von Günter Gaus, dessen Maxime lautete: "Mein Partner soll nicht mit mir argumentieren, sondern von sich erzählen. Freilich nicht erzählen, was ihm von seinem öffentlichen Standort als legitime Eigenwerbung nützlich scheint, sondern — von meinen Fragen gesteuert — berichten über jene Partien seiner Biographie, in denen sein Lebenslauf ein Beispiel ist, wenn es darauf ankommt: ein Beispiel im Guten wie im Bösen."<sup>18</sup>

Gegenstand unserer Untersuchung sind also Diskurse, nicht die Lebensläufe und -anschauungen einzelner Individuen. Die zu Wort kommenden Personen sind daher insofern zufällig, als sie hier nicht für sich reden, sondern für einen bestimmten Diskurs, der ihnen gegenüber gleichgültig ist. Um ihnen dennoch

Zu den Marginalien

etwas von ihrer Anonymität zu nehmen, sind in Marginalien knappe Informationen über ihre Biographien angefügt, die wir zumeist dem 1992 im Ostberliner Chr. Links Verlag erschienenen Lexikon "DDR: Wer war wer" entnommen haben. Damit wird ihre Rolle im jeweiligen Diskurs auf keine Weise gewertet, noch wird irgend etwas über ihre gegenwärtigen Positionen impliziert. Ein Anhang gibt für Fachwissenschaftler Auskunft über das Design eines entsprechenden Forschungsvorhabens.

Der Text basiert auf einer Kurzstudie, die von den Verfassern 1992 im Auftrag der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) angefertigt wurde.

---

# *Diskurse im Umfeld der Staatspartei*

---

*In diesem Abschnitt werden zunächst einige Grundregeln erklärt, denen das Denken in einer kommunistischen Partei unterworfen war und die sich über die Jahrzehnte hinweg nicht veränderten. Vor diesem Hintergrund erfolgt anschließend die Darstellung von drei Diskursen, die sich zwar jeweils aufeinander bezogen, aber dennoch unverwechselbare Identitäten erzeugten: der Diskurs der Altkommunisten; der Diskurs der Aufbaugeneration und der "konspirative Avantgardismus" der dritten Generation.*

Die 1945 so augenscheinliche Kulmination deutscher Geschichte in Weltkrieg und Völkermord sowie die Tatsache, daß die deutsche Gesellschaft sich als unfähig erwiesen hatte, aus eigener Kraft die einmal in Gang gekommene mörderische Dynamik aufzuhalten, mündeten in eine Entwertung aller bisher geltenden Gewissheiten, in Orientierungslosigkeit. Allein die kommunistische Partei trat mit neuem Selbstbewußtsein auf. Klaus Gysi berichtet davon: "Wir haben vorausgesagt, wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. War richtig. Wir haben gesagt, wer Hitler wählt, wählt den Krieg. War auch richtig. Jetzt kommen wir nun nach dem Zusammenbruch des Faschismus am Ende des Krieges wieder hierher. Und wir sind auf beiden Seiten der Sieger. Also mit anderen Worten: Wir gehören zu den Siegern der Geschichte — Punkt 1. Punkt 2: Wir müssen natürlich das Volk jetzt belehren."<sup>19</sup> Innerhalb der kommunistischen Partei dominierte die politisch geschulte Gruppe der Exilanten aus Moskau um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck. In den Jahren des sowjetischen Exils verinnerlichten sie stalinistische Diskurspraktiken, die sie in der ganzen Partei, später in der SED durchsetzten und die faktisch bis 1989 den Parteidiskurs dominierten.

Jedem Mitglied wurde beim Eintritt in die Partei ein bedingungsloses Bekenntnis zur "*Parteidisziplin*" abverlangt. Mochte mancher auch glauben, daß es nur darum ginge, nach gemeinsamen Diskussionen gefaßte Beschlüsse unabhängig von den eigenen Ansichten kollektiv umzusetzen, so wurde das Bekenntnis zur Parteidisziplin jedoch vor allem dafür gebraucht, um von jedem Genossen das bedingungslose Zurücknehmen individueller Ansichten zugunsten der jeweils gerade angezeigten Parteilinie zu erzwingen, die natürlich niemals von den Mitgliedern durch Diskussionen beeinflußt werden konnte. Sehr anschaulich schilderte bereits vor dreißig Jahren Wolfgang Leonhard diesen Mechanismus, der die Parteimitglieder in einem Wechselspiel von *Kritik und Selbstkritik* zwang, den aberwitzigsten Thesen zuzustimmen.<sup>20</sup>

Es kann wohl angenommen werden, daß es bereits in den ersten Nachkriegsjahren in der Parteiführung niemanden mehr gab, der nicht diese Prozeduren zur Brechung individuellen Denkens und zur Erzwingung von Gehorsam gegenüber einer vorgegebenen Parteilinie durchgemacht hatte. Das brachte solche Phänomene hervor, wie etwa das Verhalten von Hanna Wolf, der langjährigen Direktorin der Parteihochschule beim ZK der SED. Sie soll einem Kursanten der Antifa-Zentralschule in Krasnogorsk erklärt haben: "Sehen Sie, ich lese auch gern Rilke. Aber ich tue es abends in meinem Kämmerlein. Natürlich, diese Sprache ist wundervoll — aber wer ist Rainer Maria Rilke? Ein dekadenter idealistischer Dichter, eine Sumpfbüchse des verfaulenden Kapitalismus." Falls einmal Rainer Maria Rilke wegen seiner konterrevolutionären Tätigkeit zum Tode verurteilt werden sollte, werde sie, Hanna Wolf, "... so sehr ich Rilkes Verse liebe, sein Todesurteil ohne mit der Wimper zu zucken unterzeichnen."<sup>21</sup> Andererseits hielt sich selbst ein von der Partei so schlimm gemaßregelter Genosse wie Rudolf Herrnstadt noch nach seinem Sturz an diese eingeübte Diskurspraktik. Ich "*mußte* schuldig sein, gleichgültig,

**Klaus Gysi**, Jahrgang 1912. KPD-Mitglied seit 1931; 1935 Emigration nach Frankreich; 1957-66 Leiter des Ostberliner Aufbau-Verlags; 1966-73 Minister für Kultur; 1977-88 Staatssekretär für Kirchenfragen.

**Wolfgang Leonhard**, Jahrgang 1921. 1935-45 Exil in der UdSSR und Arbeit in der Komintern; 1945-49 als Parteifunktionär der KPD/SED in der DDR; 1949 Flucht nach Jugoslawien, seit 1951 in der Bundesrepublik.

**Hanna Wolf**, Jahrgang 1908. KPD-Mitglied seit 1930; 1933 Emigration in die UdSSR; 1950-83 Rektor der SED-Parteihochschule.

**Rudolf Herrstadt**, Journalist, Jahrgang 1903. KPD-Mitglied seit 1929; 1945-49 Mitbegründer und Chefredakteur der "Berliner Zeitung"; 1949-53 Chefredakteur des "Neuen Deutschland"; im Juli 1953 wegen angeblich fraktioneller Tätigkeit aus dem ZK, 1954 aus der SED ausgeschlossen; 1953-66 Angestellter im Deutschen Zentralarchiv, Abt. Merseburg.

**Stefan Hermlin**, Schriftsteller, Jahrgang 1915. 1931 Eintritt in den kommunistischen Jugendverband; 1936 Emigration nach Ägypten, Palästina, England, Frankreich, Schweiz; lebt seit 1947 in Ostberlin.

**Robert Havemann**, Physiker, Jahrgang 1910. 1943 Verhaftung wegen antifaschistischer Tätigkeit und Todesurteil durch den Volksgerichtshof; 1945-50 Direktor der Berliner Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft; 1949-63 Abgeordneter in der Volkskammer; 1946-64 Professor an der Humboldt-Universität; bis zu seinem Tode 1983 faktisches Berufsverbot in der DDR.

ob ich es war oder nicht. Und die Menschen *mußten* dazu gebracht werden, an meine Schuld zu glauben, und zwar schnell. Denn hielten die Menschen den Beschluß für zweifelhaft oder gar für eine Fälschung, so war das nicht nur politisch eine Katastrophe, weil es Zersetzung in die Partei trug — es mußte die Organisatoren des 'Falles Zaisser/Herrstadt' veranlassen, uns immer wilder und wüster anzugreifen, um die Zustimmung der Partei und Öffentlichkeit zu dem einmal gefaßten Beschluß zu erzwingen". Herrstadt wollte "um keinen Preis gegen die Partei recht haben."<sup>22</sup> Ein sich auf individuelle Überlegungen berufender Standpunkt hatte in den Parteiforen keine Chance. Stefan Hermlin berichtet von solchen Situationen, in denen man, mit absurden Vorwürfen konfrontiert, von den Mitgenossen keine offene Unterstützung erhielt: "Das kannte ich aus meiner Partei. Man wurde in kritischen Momenten von seinesgleichen ignoriert. Man wurde fallengelassen. Das hat mich nicht besonders verwundert."<sup>23</sup>

Rückblickend wird denn auch immer wieder diese Konstellation von SED-Intellektuellen für das Scheitern des Projektes DDR verantwortlich gemacht. Zum Beispiel spricht Klaus Gysi von einer "Kasernenhofdisziplin", und Markus Wolf meint: "Diese Disziplin war unser Übel, das Übel derer, die vieles sahen, vieles anders sehen, anders machen wollten, verändern wollten und dann trotzdem vor dem Schritt zurückschreckten, der sie in Konflikt mit der Parteidisziplin, also auch mit dem Beschlossenen, mit dem Üblichen gebracht hätte."<sup>24</sup>

Diese Konstellation kultivierte innerhalb der SED eine Geisteshaltung, die Robert Havemann treffend charakterisierte: "Die Wahrheit ist 'parteilich'. ... Natürlich maße ich mir nicht an, aus eigenem Denken zu beurteilen, ob bestimmte Meinungen das Prädikat 'marxistisch' verdienen oder nicht. Das zu entscheiden war Sache der Partei. Ich war zu unbedingter Bescheidenheit gegenüber der kollektiven Weisheit der Partei erzogen. Für mich galt: Die Partei hat immer recht. ... Sartre war ein Feind. Man brauchte ihn nicht zu lesen. Es war besser, man las ihn nicht. Man entging dadurch der Gefahr, von der Ideologie des Klassenfeindes benebelt zu werden. Darum wurden ja auch die Schriften Sartres bei uns nicht veröffentlicht. Wie sie einzuschätzen waren, hatte die Partei längst gesagt. Stalin war für mich der bedeutendste damals lebende Marxist. Seine Worte waren unwiderleglich. Ich konnte mich nur bemühen, ihn zu verstehen. Wenn es mir nicht gelang, lag es nicht an Stalin, sondern an mir. ... Denn, so sagt Kolakowski: 'Das Wort Marxist bezeichnet nicht einen Menschen, der die eine oder andere inhaltlich umrissene Auffassung von der Welt besitzt, sondern einen Menschen mit einer *bestimmten Geisteshaltung, die durch die Bereitschaft gekennzeichnet ist, Auffassungen zu akzeptieren, die behördlich bestätigt worden sind.* Welchen aktuellen Inhalt der Marxismus besitzt, ist von diesem Gesichtspunkt aus ohne Bedeutung — man wird dadurch zum Marxist, daß man sich bereit erklärt, von Fall zu Fall den Inhalt zu akzeptieren, den die Behörde präsentiert.'" (Hervorh. durch die Vf.)<sup>25</sup>

Ein solcher Diskurs funktioniert nur, sofern *permanentes Vergessen* praktiziert wird. Tito wurde des Trotzismus beschuldigt, was nur Sinn machte, wenn man bereit war zu vergessen, daß gerade er die Trotzlisten aus der Parteiführung entfernt hatte.<sup>26</sup> Herrstadt werden Sozialdemokratismus und Machtambitionen vorgeworfen, obwohl er selbst noch kurz zuvor gerade dagegen aufgetreten war. Die von Stalin Verfolgten müssen schweigen. Ulbricht setzt in den sechziger Jahren eine Wirtschaftsreform in Szene, die sich auf in den fünfziger Jahren als revisionistisch abgekanzelte Ideen stützte.<sup>27</sup> Honecker inszenierte seine ökonomische Strategie, ohne die Reformversuche der sechziger Jahre auch nur zu erwähnen. Wer der Parteilinie nicht zu folgen vermochte, wurde vergessen. Johannes R. Becher:

#### Motiv aus vergangenen Zeiten

Sie bringen einen Namen zum Verschwinden  
Ganz unauffällig und wie aus Versehen.  
Bald kannst Du nirgendwo dich wiederfinden,  
Und ratlos fragst du dich: "Was ist geschehn?"

Sag, welch Verbrechen habe ich verbrochen.  
Hab nicht gejodelt wie geboten war?  
Hab ich vielleicht der Meinung widersprochen,  
die eine zeitlang galt als unfehlbar."

Wie fein ersonnen und wie überklug!  
Was ich erschaffen hatte in Jahrzehnten  
Unauffindbar, ich selbst unaufgefunden.

Den Toten ziehe ich zu, den Nichterwähnten,  
Die aus dem Hinterhalt man niederschlug —  
Und namenlos bin ich im Nichts entschunden.<sup>28</sup>

Diese Praktik des Vergessens, die dem Parteidiskurs inhärent war, äußerte sich in der offiziell gepflegten Geschichtswissenschaft im Phänomen der sogenannten "*weißen Flecken*", das waren Forschungsfelder, über die nicht gearbeitet werden durfte.

Der Mechanismus einer strikten Unterordnung individuellen Denkens unter das Wollen einer Organisation wurde aber durchaus auch als positiv, als *Lebenssinn* konstituierend erlebt. Sabina Hager: "Ich habe mich immer der Notwendigkeit des Kampfes gebeugt. Und mein Mann auch. Natürlich war es nicht immer einfach für uns. Die vielen Trennungen. Und wir wußten nie, werden wir uns wiedersehen. Das war schwer. *Aber wir hatten unser Ideal*. Das darf man niemals aufgeben. Das wußten wir, und so handelten wir auch. ... Vieles wurde gut und vieles wurde falsch gemacht. Manches hätte man anders machen müssen ... Aber wie das Leben so spielt: Wenn einmal ein Beschluß gefaßt war, hat man ihn durchgesetzt. Auch mein Mann war beteiligt ..."<sup>29</sup> Herrstadt schreibt über seine Gefühle angesichts des bevorstehenden Parteiverfahrens: "Die Vorstellung, in den nächsten Tagen die Ehre verlieren zu sollen, ein ganzes Leben für die Partei, die Sowjetunion und alles für nichts und wieder nichts, erschien mir unfaßbar."<sup>30</sup>

**Johannes R. Becher**, Dichter, Jahrgang 1891. 1917 USPD; 1919 KPD; 1933 Emigration nach Prag, Paris, Moskau; 1945 Mitbegründer und Präsident des Kulturbundes; 1949 Textautor der DDR-Nationalhymne; 1954 bis zu seinem Tode 1958 Kulturminister der DDR.

**Sabina Hager**, Jahrgang 1912. 1930 Eintritt in die französische KP; 1939 Internierung in Frankreich, anschließend Emigration nach England; 1941 Heirat mit Kurt Hager, der von 1963-1989 Mitglied des SED-Politbüros war.

Angesichts der deutschen Katastrophe konnte eine solche Lebenshaltung auf Intellektuelle auch einen Reiz ausüben. Schließlich konnten die traditionelle Distanz der Intellektuellen zur Macht, formaler Demokratismus, Unparteilichkeit und Pluralismus angesichts der faschistischen Herausforderung auch als fatal hilflos angesehen werden. So schreibt etwa Carsten Gansel: "Becher betrachtete Dichtung als Dienst, und das bestimmte ganz freiwillig Ein- wie Unterordnung. ... Sehr bewußt stellt Becher ein Konzept von direkter gesellschaftlicher Einbindung dem von der absoluten Freiheit und Autonomie der Künste entgegen. Er setzte jedoch voraus, in der sozialistischen Gesellschaft existiere eine wahre Kollektivität, Kunst, Wissenschaft und Politik wirken einander befruchtend zusammen. ... Die Frage, ob Macht verdirbt, vermochte er nicht direkt zu beantworten. Nahezu folgerichtig versuchte er zunächst zu erklären, daß 'unsere Macht eine andere (ist) als die, welche uns entgegensteht'. Und er setzte als Prämisse voraus: 'Unsere Macht ist weitgehend eine solche, die einen kollektiven Arbeitsstil entwickelt und worin der Mächtige nicht allmächtig ist.'"31

**Bertolt Brecht,**  
Jahrgang 1898. 1928  
"Dreigroschenoper";  
1933 Emigration  
nach Dänemark, ab  
1941 USA; 1949  
Gründung des Berliner  
Ensembles in  
Ostberlin.

Auch Klaus Gysi spricht von seiner Hoffnung auf eine "Gesellschaftsordnung, in der Geist — Geist als Synonym für alle Wissenschaften, Künste, Kultur und so weiter — und Macht voll übereinstimmen."<sup>32</sup> In dieser Perspektive blieb nur noch die Entscheidung zwischen Wertordnungen, ein *Entweder-Oder*, eine Position der Distanz war nicht mehr denkbar. Heiner Müller: "Das eine war für mich das alte Deutschland, und das andere war das wenn auch schlechte neue. Die Brecht-Formel: 'Ich bestehe darauf, daß dies eine neue Zeit ist, auch wenn sie aussieht wie eine blutbeschierte alte Vettel.'"33

**Friedrich Wolf,**  
Dramatiker, Jahr-  
gang 1888. 1928  
"Cyankali"; 1938  
"Professor Mamlock";  
1933 Emigration;  
1949 Botschafter der  
DDR in Polen.

Stefan Hermlin: Es "blieb uns keine andere Wahl. Zwischen diesem barbarischen Faschismus und dem, was an Schlimmem im Namen des Sozialismus passiert ist, mußten wir unsere Wahl treffen."<sup>34</sup> Markus Wolf erklärt das Verhalten seines Vaters Friedrich Wolf: Der Vater — vom bürgerlichen Humanismus, Pazifismus, Wandervogelbewegung; vom Expressionismus "und durch die Erfahrung der Novemberrevolution, das Scheitern aller früheren Versuche der Veränderung der Gesellschaft in dem Sinne, wie er sich das vielleicht etwas schwärmerisch auch vorstellte, kam ... dann zur kommunistischen Partei. Und nach diesem schweren Weg von diesen Ideen abzulassen, weil vieles plötzlich im Widerspruch stand zu den eigenen Vorstellungen und Idealen, das ging dann nicht mehr, und dann kam der Kampf gegen den Faschismus dazu. Es war ja die Wahl: Auf welcher Seite steht man in diesem Kampf ..."<sup>35</sup> K. Gysi berichtet von seinem Weg zum Kommunismus: Als Jugendlicher wurde er Zeuge, wie ein Arbeiter während einer Demonstration durch Polizisten der Berliner "SPD-Polizei"<sup>36</sup> erschossen wurde. "Und, als ich das von oben gesehen habe — das war ja nur einer von vielen Eindrücken —, da habe ich mir gesagt: Also alles, wie es auch sei, was es auch sei, ist besser als das. Da kannst du nicht mehr zusehen. Das ist der Eindruck, der mich dann da hingeführt hat."<sup>37</sup>

Diese Grundzüge des SED-Diskurses mit seiner inhärenten Dimension des Vergessens und seiner inhaltlich definierten Ab-

grenzung zu anderen Denkweisen ließen mit der Zeit eine Matrix von "Tabus" und "Heiligtümern" entstehen. Der Journalist Gerhard Scheumann: "Während das Tabu Schranken setzt, fordert das Heiligtum zu schrankenloser Lobpreisung auf. Das sozialistische Gesundheitswesen, die Einrichtungen der Volksbildung ... Ihr Ruf festigt sich in dem Maße, in dem Westpresse und —fernsehen gelegentlich auf diese Einrichtungen der DDR verweisen, um nötigend in den westdeutschen Bereich hineinzuwirken."<sup>38</sup>

Der Theologe Edelbert Richter beschreibt die resultierende diskursive Grundkonstellation in der DDR: "Der Schein der Wissenschaftlichkeit und des Immer-Rechthabens mußte vor der Bevölkerung durch Informationsschranken und eine *Aura des Geheimnisses* aufrechterhalten werden. ... Indem die Partei ständig nur Vorträge hielt, so tat, als gäbe es außer ihr im Grunde niemanden, der ihr etwas Entscheidendes sagen könnte, rief sie ein großes *demonstratives Schweigen* im Lande hervor und auf die Dauer einen *Verfall der Sprache*. ... Da die Partei im Grunde immer schon Bescheid wußte, konnte sie auch selber nichts mehr entdecken, brauchte sie nur noch zu *zitieren*, die bekannten *Formeln zu beschwören*. Reden, Verlautbarungen, selbst persönliche Gespräche wurden so zum *Ritual*."<sup>39</sup>

In dieser Grundkonstellation konnte kritisches Denken nur auf eine besondere Weise zur Existenz kommen. Auch in dieser Hinsicht haben Wolfgang Leonhards Beobachtungen aus den vierziger Jahren ihre Bedeutung nicht verloren. Leonhard hob insbesondere zwei Aspekte hervor: 1. Kritisches Denken in diesem Kontext hat "kaum etwas mit 'westlichen' Argumenten und 'westlichen' Lebensanschauungen zu tun, sondern (ist) Ausdruck oppositioneller Stimmungen und Auffassungen innerhalb des Systems selbst, Ausdruck der Widersprüche zwischen den Lehren von Marx und Lenin auf der einen und der stalinistischen Theorie und Praxis auf der anderen Seite."<sup>40</sup> 2. Solche Gedanken wurden in der Regel "niemals einem Nichtparteimitglied mitgeteilt oder auch nur angedeutet. Es kann vorkommen — und dies habe ich auch selbst öfter erlebt —, daß in Diskussionen mit Menschen aus dem Westen derselbe Funktionär, der sich innerlich mit den schwersten Bedenken herumschlägt, hartnäckig und scheinbar völlig überzeugt die offizielle Parteilinie verteidigt."<sup>41</sup> Robert Havemann sagt in den sechziger Jahren über die Situation in der SED: "In der DDR denken die meisten kommunistischen Funktionäre dasselbe, was ich gesagt habe. In den anderen sozialistischen Ländern sprechen sie es auch aus."<sup>42</sup> Leonhard berichtet über verbreitetes kritisches Denken innerhalb der SED für die vierziger Jahre, und Herrstadt berichtet, daß 1953 eine Mehrheit im Politbüro Walter Ulbricht offen und grundsätzlich kritisierte. So kritisierte damals z.B. Elli Schmidt auf einer Politbürositzung Walter Ulbricht mit den Worten: "Der ganze Geist, der in unserer Partei eingerissen ist, das Schnellfertige, das Unehrlliche, das Wegspringen über die Menschen und ihre Sorgen, das Drohen und Prahlern — das erst hat uns so weit gebracht, und daran, lieber Walter, hast Du die meiste Schuld, und das willst Du nicht eingestehen, daß es ohne alledem keinen 17. Juni gegeben hätte."<sup>43</sup> Für die sechziger Jahre erinnert sich Christa Wolf an Genossen selbst im ZK, die für

**Gerhard Scheumann**, Filmregisseur, Jahrgang 1930. Mitglied der SED seit 1949; 1962-65 Gründer und Moderator der innenpolitischen Sendereihe "Prisma" im DDR-Fernsehen; 1969-82 Zusammenarbeit mit Walter Heynowski im Dokumentarfilmstudio "H & S"; zahlreiche Dokumentarfilme, u.a. über den Vietnamkrieg und den Sturz der Allende-Regierung in Chile.

**Elli Schmidt**, Jahrgang 1908. KPD-Mitglied seit 1932, 1934 und 1936 illegale Arbeit in Deutschland; 1940-45 Exil in Moskau; 1950-53 Kandidatin des Politbüros der SED, wegen Unterstützung von Herrstadt 1953 aller Funktionen entoben; 1954-66 Direktorin des Instituts für Bekleidungskultur.

**Markus Wolf**, Jahrgang 1923. 1933 Emigration mit den Eltern in die Schweiz, ab 1934 UdSSR; 1951-86 Offizier im Ministerium für Staatssicherheit, seit 1952 Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung; 1986 Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Schriftsteller: Die Troika

**Walter Janka**, Jahrgang 1914. Mitglied der KPD seit 1932; 1936-39 Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg; 1941-47 Exil in Mexiko; 1952-56 Leiter des Ostberliner Aufbau-Verlags; 1957 Verurteilung zu mehrjähriger Zuchthausstrafe; 1989 Memoiren "Schwierigkeiten mit der Wahrheit".

**Heiner Müller**, Dramatiker, Jahrgang 1929. 1958 "Lohn-drücker", 1961 "Die Umsiedlerin", 1974 "Die Schlacht", 1977 "Hamletmaschine".

Reformen eintraten.<sup>44</sup> Markus Wolf berichtet von den achtziger Jahren, daß fast alle, auch im Parteiapparat, die Notwendigkeit von Veränderungen sahen: "Das Verrückte war ja vor allem im vorigen Jahr, aber auch schon in den letzten zwei, drei Jahren: Man konnte ja reden, mit wem man wollte, bis in die oberen Etagen hinein — also ich möchte mal einige davon ausnehmen auf der allerhöchsten Etage —, und alle hatten dieselbe Meinung. Bloß getan hat sich nichts. Auch bei denen, die etwas hätten tun müssen. Da schließe ich mich ein."<sup>45</sup> Doch das kritische Potential der SED mußte nach außen unsichtbar bleiben, weil es kaum Einfluß auf die politische Praxis erlangte.

Ein kritisches Auftreten in der Öffentlichkeit jedoch widersprach den ungeschriebenen Bedingungen für die Teilnahme am Diskurs, bedeutete den offenen Bruch. So schreibt Carsten Gansel über Becher: "Der innere Zwang, einen Bruch mit der Partei unter allen Umständen zu vermeiden, hing mit seiner Überzeugung zusammen, der Sozialismus eröffne Menschheitsperspektiven. In Bechers Verhalten allein die zweifellos mitwirkende Charakterschwäche zu sehen, ist wenig aufschlußreich. Hier waltete das Grundmuster eines parteiinternen Denkhorizonts. Dazu gehörte die Parole 'Wer nicht für uns ist, ist gegen uns' ebenso wie die Erfahrung, daß wechselnden Parteistrategien bedenkenlos selbst engste 'Mitstreiter' geopfert wurden." Es war seine Auffassung, "daß es die Macht um jeden Preis zu erhalten gelte."<sup>46</sup> Die Teilnahme am Diskurs verlangte — als notwendige Bedingung — den *Verzicht auf kritische Stellungnahmen in der Öffentlichkeit* außerhalb der Partei und auch innerhalb der Partei, wenn man gegen eine einmal beschlossene "Linie" stand oder die Gefahr drohte, mit den eigenen Argumenten allein zu bleiben. Wenn "politisch doch nichts zu machen war", dann lieber auf eine bessere Gelegenheit warten. Es wäre schädlich und keinesfalls im Interesse der Sache, in der Partei in eine Außenseiterrolle zu geraten, die die Wirkungsmöglichkeiten beschränkt und den Ausschluß aus dem Diskurs zur Folge haben könnte. In diesen Fällen war es eher üblich, eigenes Wissen zurückzuhalten, Positionen nicht oder nur im engeren Kreis zu äußern<sup>47</sup>, die Konfrontation zu vermeiden. So kam es, daß Anna Seghers oder Johannes R. Becher wider besseres Wissen im Prozeß gegen Walter Janka schwiegen — denn es war "die Partei", die sich irrte — und es gab keine Chance, in diesem Moment daran etwas zu ändern. Allenfalls konnte man in dem einen oder anderen Fall "private Zuneigung" äußern.

Heiner Müller beschreibt diese Verhaltensmuster z.B. in der Schilderung der Diskussion des Schriftstellerverbandes über seine "Umsiedlerin", die "wie ein kleiner Schauprozeß" abließ: Der Chef dramaturg Piens erzählte ihm vorher, er hätte den Parteiauftrag bekommen, nachzuweisen, "daß das Stück und die Aufführung sowohl objektiv als auch subjektiv konterrevolutionär seien. Subjektiv hieß Verhaftung, objektiv hieß Dummheit. Er sagte, er wird das nicht machen, er wird lediglich nachweisen, daß das Stück objektiv konterrevolutionär ist, aber subjektiv, das macht er nicht." Hacks hätte für das Stück sprechen wollen — was gefährlich gewesen wäre. "Wir haben dann mit Hacks gesprochen, und

der sah das ein und hat eine kleine Negativpassage eingebaut." Offenbar teilte Anna Seghers nicht die Parteilinie, wollte und konnte aber auch nicht offen dagegen auftreten: "Nach der Rede von Siegfried Wagner war Anna Seghers aufgestanden und zu mir und Inge herübergekommen, sie gab uns beiden die Hand und ging. Das war ihr Beitrag." "Hermlin hatte das Stück gelesen und sagte, er fände das völlig in Ordnung, es sei dasselbe, was im 'Neuen Deutschland' steht, nur besser formuliert, und das hätte er auch im Zentralkomitee gesagt. Dann hatte er gemerkt, wie sie zu Eis erstarrten. Da wußte er, daß politisch nichts zu machen war."<sup>48</sup>

Der Ausstieg galt für einen "Kommunisten" nicht als legitimes Mittel zur Wahrung persönlicher Integrität. Um so härter empfanden "gute Genossen", wenn sie trotz bester Absichten in das Feuer der Kritik gerieten und "objektiv" oder gar "subjektiv" als Helfer des Klassenfeindes beschuldigt wurden. Sie "kämpften" um Rehabilitation — statt den oft sachlich ganz unhaltbaren Verleumdungen durch die eigene Partei einfach den Rücken zu kehren: "KuBa (Kurt Barthel) hatte ein Landwirtschaftsprogramm geschrieben, es gab Auseinandersetzungen ... Eine brutale Geschichte, wie sie den da fertiggemacht haben. Kurella war der Wortführer. Verblüffend fand ich die Vehemenz, mit der er sich dagegen wehrte, eine Vehemenz, die ich (Heiner Müller) aus Glaubensschwäche nie aufgebracht hätte. Er hatte den Glauben, deswegen verstand er nicht, daß die plötzlich auf ihn schießen. Er hat ohne Erfolg zurückgeschossen, aber er hat es gemacht."<sup>49</sup>

Heiner Müller, selbst nie ernsthaft in den Diskurs der Partei integriert, beschreibt präzise die Rituale der Selbstkritik: Hanns Eisler gab den Rat "... sie, die Weigel, wäre jetzt mein Engel. Ich müßte eine Selbstkritik schreiben, und sie würde mir dabei helfen, weil sie wußte, wie man so etwas macht. Ich kriegte das Turmzimmer. 'Da hat der Brecht auch immer gegessen', und 'Du darfst nichts erklären, nichts entschuldigen. Du bist schuld, sonst hat es gar keinen Zweck.' ... Meine Selbstkritik habe ich dann im Club der Kulturschaffenden vor versammelter Mannschaft, Politprominenz und Schriftstellern, vorgetragen. Eine große Szene. Ich stand da oben an der Treppe, und alle gingen mehr oder weniger scheu an mir vorbei. ... Ich schritt ans Podium und trug meine Selbstkritik vor, die dann als unzureichend verworfen wurde, obwohl die Weigel mit mir geübt hatte."<sup>50</sup>

Ein Verlassen des diskursiven Raumes der Partei wurde dabei nicht nur in den Dimensionen der persönlichen Gefährdung gesehen, innerhalb des Parteidiskurses galt "Ausstieg" auch als ein Aufgeben der individuellen Verantwortung für das Los dieses "welthistorischen" Unternehmens. So sagt Markus Wolf über sich: Den Weg in den Westen "habe ich nie erwogen, und auch im Rückblick, wenn ich ehrlich bin, muß ich sagen, das wäre für mich nicht die Alternative gewesen. Also erst einmal sah ich das damals als Verrat an, wenn man so will, als Verrat an der Idee. Aber ich sah darin auch keine Möglichkeit, etwas in dem Sinne zu bewegen."<sup>51</sup> Volker Braun: "Ich verhehle nicht, daß mir das Weggehen auch immer etwas von Feigheit hatte, weil es so eine Privatlösung war ..."<sup>52</sup>

**Anna Seghers**, Schriftstellerin, Jahrgang 1900. Seit 1928 Mitglied der KPD; 1933 Emigration in die Schweiz, nach Frankreich und Mexiko; 1942 "Das siebte Kreuz"; 1944 "Transit"; 1952-78 Präsidentin des DDR-Schriftstellerverbandes.

**Kurt Barthel (KuBa)**, Schriftsteller, Jahrgang 1914. 1933-35 SPD; 1933 Emigration in die CSR; 1938 Flucht nach England; 1946 SED; 1956-67 Chefdramaturg am Volkstheater Rostock.

**Hanns Eisler**, Komponist, Jahrgang 1898. KPD-Mitglied seit 1926; 1933 Emigration nach Österreich, Dänemark, USA; 1948 Ausweisung aus den USA, seit 1949 in Ostberlin; komponierte u.a. Nationalhymne der DDR, "Einheitsfrontlied" und "Solidaritätslied".

**Helene Weigel**, Schauspielerin, Jahrgang 1900. 1929 Ehe mit Bertolt Brecht; 1933-45 Exil; 1949 Intendantin des Berliner Ensembles.

**Volker Braun**, Schriftsteller, Jahrgang 1939. Ausbildung als Maschinist; 1960-65 Philosophiestudium; 1975 "Gegen die symmetrische Welt"; 1985 "Hinze-Kunze-Roman".

**Wolfgang Harich**, Philosoph, Jahrgang 1923. 1944 desertiert, illegale Arbeit in Berlin; 1946-51 Studium; 1956 Autor eines Programms zur radikalen Demokratisierung der SED und der DDR und für eine Vereinigung Deutschlands; verurteilt zu 10 Jahren Zuchthaus; 1964 nach Amnestie entlassen.

**Peter Ruben**, Philosoph, Jahrgang 1933. 1955 Studium der Philosophie, Mathematik und Physik; 1981 wegen revisionistischer Auffassungen aus der SED ausgeschlossen.

Nach innen gewendet, spielte der Topos "Schlimmeres verhüten" eine konsolidierende Rolle. So erklärt Klaus Gysi warum er 1956 nach der politisch motivierten Verhaftung Walter Jankas dessen Posten als Direktor des Ostberliner Aufbau-Verlags übernahm: "Vielleicht war etwas Opportunismus dabei. Vielleicht etwas Feigheit. Aber ich glaube, daß das bei mir damals nicht die große Rolle spielte. Die große Rolle spielte eigentlich die Auffassung, daß es schon besser ist, ich mach das."<sup>53</sup> Markus Wolf über seine Arbeit im Ministerium für Staatssicherheit: "Solange ich das Gefühl und die Hoffnung haben konnte, in diesem Land irgendetwas Wahrheit etwas bewirken und bewegen zu können, wollte ich mir diese Möglichkeit nicht durch Verstöße gegen formale Regeln nehmen lassen."<sup>54</sup>

Oft wird unterstellt, daß die Gemeßregelten aus schlichteren Karrieregründen in der Partei blieben. Sicherlich gab es einen nicht geringen Teil von Mitgliedern der SED, die ihre Parteimitgliedschaft vor allem als Schmiermittel für den beruflichen Aufstieg ansahen und daher bereit waren, vieles zu schlucken. Dennoch bleibt das Phänomen zu erklären, warum Gemeßregelten selbst dann noch, als ihre Karriere bereits endgültig durch die Partei ruiniert worden war — z.B. Rudolf Herrstadt, Walter Janka, Wolfgang Harich, Peter Ruben —, nicht den diskursiven Raum der Partei verließen. So erzählt etwa Peter Ruben, daß es nach seiner Bestrafung durch die Partei wiederholte Einladungen zur Mitarbeit in kirchlichen Gruppen gab als auch die verdeckte Option einer Ausreise in den Westen. Sie alle blieben aber mehr oder weniger auf die kommunistische Bewegung fixiert, weil es nicht einfach um berufliche Karriere oder Privilegien ging, sondern um ihre Identität als Intellektuelle der Bewegung. Mit ihren Beiträgen, die jeweils den Anlaß zum Konflikt mit der Partei gaben, wollten sie schließlich im kommunistischen Diskurs eine Stimme haben, ihre administrative Verdammung konnte ihre intellektuelle Zugehörigkeit zu dem Diskurs nicht einfach brechen. Mit anderen Worten, es war nicht eine Frage des Kalküls, sondern des Glaubens.

In dieser diskursiven Grundkonstellation lassen sich drei distinkte kritische Diskurse ausmachen. Ihre innere Kohärenz und ihre Verschiedenheit voneinander resultieren aus jeweils verschiedenen Verarbeitungen kontingenter Ereignisse, die in distinkte Erzählmengen mündeten.

## **Der Diskurs der "Altkommunisten"**

In diesem Diskurs werden vier Großereignisse in sinnvermittelnden Erzählungen verarbeitet: der Klassenkampf in der End-

phase der Weimarer Republik; der antifaschistische Widerstandskampf; die Stalinschen Repressionen; die Rückkehr nach Deutschland und der beginnende Aufbau des Sozialismus. Sie bilden zusammen das Raster für die Identität deutscher Kommunisten. Auffallend ist, daß nur in diesem Diskurs Identität mit dem Label "Kommunist" gekennzeichnet wird.

Für den "Klassenkampf" in der Endphase der Weimarer Republik stehen Erzählungen über das Engagement für soziale Gerechtigkeit und über ein Verhalten, das heute "unangepaßt" genannt werden würde. Hilde Eisler: "Zionismus oder Kommunismus? ... Aber im Kommunismus gibt es soziale Gerechtigkeit, keine Rassendiskriminierung und Gleichheit aller Menschen ... Meine erste politische Handlung war, ich glaube 1928 oder 1929, der große Kongreß der Liga gegen koloniale Unterdrückung in Frankfurt am Main. Da war ich. Mich haben die Exoten mehr interessiert, die da alle waren, als die Reden."<sup>55</sup> Sabina Hager: "Ich war eine mäßige Schülerin, aber aufsässig ... Trotz meiner Erziehung war ich von kleinauf ein freidenkender Mensch"<sup>56</sup>, und: "Man muß den Menschen helfen. Das war eine Maxime in unserer Familie ... In vielen jüdischen Familien war es so."<sup>57</sup>

In Erzählungen über den antifaschistischen Widerstandskampf werden individueller Mut, bescheidenes Leben und die Solidarität der Genossen untereinander beschworen. Hilde Eisler: "Ja, wenn ich darüber nachdenke, das ist alles so abenteuerlich und so unwahrscheinlich, daß ich überhaupt noch lebe."<sup>58</sup> "Dann haben mir Genossen Deutschstunden bei ihren Kindern verschafft, um mich zu unterstützen."<sup>59</sup> Marseille: "Dort fand ich wieder Anschluß an Genossen. Da war die Käthe Dahlem, mit der habe ich eine Weile zusammen gewohnt, und mit ihr bin ich auch illegal nach Vernet gefahren."<sup>60</sup> Sabina Hager über ihre Heirat 1941: "Eine ganz einfache Feier mit den Genossen. Ein einfaches Kleid, Kaffee und Kuchen."<sup>61</sup>

Gleichzeitig werden zwei gegensätzliche Momente zusammengeschlossen: leidenschaftliche Diskussionen über Irrtümer und Fehler der Partei im Kampf gegen die faschistische Gefahr, über die zumindest rätselhafte Politik der Sowjetunion nach innen (Prozesse 1937) und außen (spanischer Bürgerkrieg, Hitler-Stalin-Pakt) auf der einen Seite und das überwältigende, die Überlebenden unheimlich privilegierende Erlebnis eines triumphalen Sieges 1945. Es ließ sich die Geschichte erzählen, wie trotz individueller Schwächen und Zweifel, ungeachtet vieler Fehler und Niederlagen eine kollektive Vernunft der Partei den Weg zum Sieg fand. Stefan Hermlin: "Wenn ich die Dinge von heute her betrachte, war trotz allem das die beste Periode meines Lebens. Und zwar einfach deshalb, weil man zwar durch sehr große Bitterkeiten, Gefahren, durch großen Mangel, durch Hunger und alles mögliche ging, man nichtsdestoweniger in der damaligen Zeit ein Ende unserer Feinde vor sich sah und glaubte, daß mit diesem Ende unserer Feinde zugleich der Anfang einer Art von Paradies verbunden sein würde."<sup>62</sup> Robert Havemann über seine früheren Ansichten: "Meine Befreiung aus dem Zuchthaus, mein Leben, mein Denken — alles verdanke ich der Partei, verdanke ich Stalin."<sup>63</sup>

**Hilde Eisler**, Journalistin, Jahrgang 1912. Mitglied der KPD seit 1931; Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg; Emigration nach Nordamerika; 1949 Rückkehr nach Ostberlin; 1953 Mitbegründerin der "Wochenpost"; 1955-76 Chefredaktuerin der Monatszeitschrift "Das Magazin".

Die Erfahrungen des Stalinschen Terrors münden in Erzählungen, an denen ganz besonders die innere Abgeschlossenheit dieses Diskurses deutlich wird. Es ist eine Erfahrung, die im offiziellen Parteidiskurs nicht präsent sein durfte, Erzählungen darüber mußten die Öffentlichkeit meiden, sie waren nach innen gewandt. Ein leises Erzählen, in Andeutungen, nur für die Teilnehmer in seiner ganzen Tragweite verstehbar. Stefan Hermlin artikuliert diesen Sachverhalt, wenn er feststellt, daß, wer nicht Kommunist bzw. Sozialist ist, "im Grunde genommen kein Recht (hat), diese Verbrechen Stalins zu beklagen. Denn es sind unsere Toten, die dort gefallen sind. Es waren auch unsere Henker, aber es waren unsere Toten. Es sind tote Kommunisten, und um die können eigentlich nur Sozialisten und Kommunisten klagen. ... Wir, die Nachfolger, wir, die Angehörigen sozialistischer und kommunistischer Parteien, sind im Grunde genommen mit diesen Toten allein. Wir werden mit diesen Verbrechen nicht fertig werden."<sup>64</sup>

Die Rückkehr nach Deutschland, in ein Land, dessen Menschen versagt hatten und für die nun eine neue Gesellschaft aufgebaut werden sollte, bildet ein weiteres pool für identitätsstiftende Erzählungen. Hilde Eisler: "Deutschland war für mich ein fremdes Land geworden ... Mein Haß gegen alles Deutsche war sehr tief, es war nicht nur Haß, sondern eine abgrundtiefe Verachtung für ein Volk, welches Gaskammern erfindet ..."<sup>65</sup> Markus Wolf spricht davon, daß man das Weiterwirken der nazistischen Ideologie in großen Teilen des Volkes vermutete.<sup>66</sup> Und dennoch hat man zugepackt: "Wo wir wohnten, haben wir uns am Aufbau des Landes beteiligt. Wir haben getan, was nötig war. Haben Steine geklopft. Das war doch normal ... Ich war froh, daß ich arbeiten konnte."<sup>67</sup>

In der Nachkriegszeit mündete dieser Diskurs in bestimmte Grundmuster, in deren Lichte alle politischen Fragen erschienen. Klaus Gysi beschreibt die Praktik des Belehrens und das Axiom der unbedingten Orientierung an der Sowjetunion. "Wir müssen natürlich das Volk jetzt belehren. Denn der faschistische oder nazistische Einfluß in der Masse der Bevölkerung ist ja noch voll da. Und das bedeutete zweierlei. Es bedeutete, daß man aus dieser inneren Einstellung des Belehrens heraus nun auf einen Weg kam, der innerlich keine Einstellung zur Demokratie hatte. Denn man war ja ewig Lehrer für das unwissende Volk. ... Und das zweite ist, daß wir natürlich von Anfang an das große Vorbild der Sowjetunion hatten."<sup>68</sup> Gleichzeitig wurden gesellschaftliche Veränderungen an den Erlebnissen aus der späten Weimarer Republik gemessen. Das "Bild, das wir in unserer Jugend und danach in der Weimarer Republik sahen, das zeigte also vier, fünf große Übel, unter denen die Arbeiterklasse damals litt. Das war die Existenzunsicherheit, also die irre Arbeitslosigkeit ... Das war das Wohnungsproblem, das war das Gesundheitsproblem, das war das Bildungsproblem für die Jugend ... Und wenn wir diese vier, fünf Fragen lösen, sind wir erstens führend und zweitens — dann ist der Sozialismus da."<sup>69</sup>

In diesem Gewebe artikuliert sich eine besondere Form der Kritik an der Herrschaftspraxis des Stalinismus. Sie arti-

kulierte sich in drei Wellen: 1945-47 im Zusammenhang mit der These vom deutschen Weg zum Kommunismus; 1953 im Kontext des 17. Juni und schließlich 1956-57 im Gefolge des XX. Parteitag der KPdSU. Es waren Versuche, Ideale und Hoffnungen gegen die stalinistisch geprägte politische Praxis durchzusetzen, eine Kritik, die sich vor allem auf die Ideale des Marxismus und auf Lenin berief<sup>70</sup>:

— *gegen Personenkult, für eine wahrhaft kollektive Führung der Partei*: Wolfgang Leonhard: "Wir konnten nicht umhin, uns über den krassen Widerspruch zwischen der Marx'schen Auffassung der Brüderlichkeit innerhalb der Partei und dem Stalinschen Offiziers- und Unteroffizierskorps der Partei unsere eigenen Gedanken zu machen."<sup>71</sup> Herrstadt kritisierte den Personenkult um Walter Ulbricht und einen politischen Arbeitsstil, der als "nacktes Administrieren" bezeichnet wurde (die "kleinen Ulbrichts"): Das "Hochwachsen einer großen Zahl von Funktionären, die Walter Ulbrichts Schwächen übernahmen, ohne seine Stärken übernehmen zu können. Wir hielten diese Gefahr unter unseren deutschen Verhältnissen für besonders groß, weil der überwiegende Teil der nachwachsenden Funktionäre unter dem Faschismus denken und handeln gelernt hatte und übrigens schon aus diesem Grunde bei diktatorischem Auftreten im Namen des Kommunismus bei der werktätigen Bevölkerung auf Widerstand und Hohn stieß."<sup>72</sup>

— *gegen Dogmatismus, für wahrhaftige Meinungsfreiheit in der Partei*: Leonhard nennt als damals diskutiertes Problem: "Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der Partei, die uns vor allem deutlich wurde, wenn wir in den Schriften Lenins die offenen und freien Diskussionen lasen, wie sie früher in der Bolschewistischen Partei üblich waren."<sup>73</sup> Robert Havemann beruft sich auf die Schriften Rosa Luxemburgs, weil sie "mit prophetischer Klarheit bereits die ersten gefährlichen Schritte zur Beseitigung der innerparteilichen Demokratie, die später zum Stalinismus führten, erkannt und schärfstens kritisiert hatte."<sup>74</sup> Mit Lenin argumentierte er gegen das Fraktionsverbot innerhalb der SED, Lenin sei schließlich selbst ein "Meister der Fraktionsbildung und der fraktionären Arbeit" gewesen.<sup>75</sup>

— *gegen gewissenlose Parteilichkeit, für Wahrheit und Aufrichtigkeit*: Herrstadt, selbst lange Zeit Chefredakteur des "Neuen Deutschland", äußerte sich wiederholt kritisch über die "Verlogenheit" der Parteipropaganda.<sup>76</sup> Klassisch ist in dieser Hinsicht die Argumentation von Jürgen Kuczynski, der die These von der Parteilichkeit schlicht als unbedingte Parteilichkeit für die Wahrheit interpretierte.<sup>77</sup>

— *gegen Selbstbeweihräucherung, für ein Eingestehen von Fehlern*: Enttäuscht berichtet Leonhard von der Reaktion der SED-Parteipresse auf die Wahlniederlage der SED 1946 in Berlin.<sup>78</sup> "Hatte nicht Rosa Luxemburg erklärt, 'Fehlritte, die eine wirkliche revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten Zentralkomitees?'"<sup>79</sup> Herrstadt kritisierte einige Jahre später Schönfärberei, Selbstgefälligkeit, Eigenlob, Überheblichkeit der Parteifunktionäre.<sup>80</sup> Stefan Heym 1964: "Vielerorts liegt eine

**Jürgen Kuczynski**, Wirtschaftshistoriker, Jahrgang 1904. Mitglied der KPD seit 1930; 1936 Emigration nach England; 1944-45 Statistiker in der US-Army; 1945 Rückkehr nach Ostberlin. Veröffentlicht u.a. "Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus" (40 Bde.), "Studien zu einer Geschichte der Gesellschaftswissenschaften" (10 Bde.), "Geschichte des Alltags des deutschen Volkes" (6 Bde.), Memoiren, u.a. "Dialog mit meinem Urenkel" (1983), "Ein linientreuer Dissident" (1992).

große geistige Unruhe verdeckt unter einer merkwürdig glatten, profillosen Oberfläche; öffentlich getane Äußerungen haben oft einen doppelten und dreifachen Boden; und der Dunst der Heuchelei breitet sich aus ... Dieser Zustand ist gefährlich, denn er führt zu Stagnation und Niedergang. Es gibt nur einen Weg, um das zu vermeiden: die Sache ans Tageslicht zu bringen, zu diskutieren, abzuwägen und zu korrigieren."<sup>81</sup> Heym forderte "furchtlose Diskussion ohne Tabus".<sup>82</sup>

— *gegen ein Verschweigen stalinistischer Verbrechen, für eine offene und vollständige Rehabilitierung der Opfer*: Leonhard: "Am meisten diskutierten wir über die 'Säuberungen' — vor allem über die große 'Tschistka' der Jahre 1936-38. ... Waren es nicht die Mitkämpfer Lenins, die Helden der Oktoberrevolution, die von den Salven der NKWD niedergemäht wurden?"<sup>83</sup>

**Anton Ackermann**, Jahrgang 1905. Mitglied der KPD seit 1926; 1935-40, Emigration nach Paris; 1940-45 Moskau; 1. Mai 1945 Rückkehr im Auftrag der Komintern nach Deutschland; 1946 Aufsatz über einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, den er 1948 widerrufen mußte.

— *gegen eine unkritische Übernahme des sowjetstalinistischen Systems, für eine selbständige deutsche Politik*: Das markanteste Beispiel waren Anton Ackermanns Thesen über die Möglichkeit eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus, die zeitweilig sogar als offizielle Parteilinie ausgegeben wurden. Wolfgang Leonhard über diese Situation: "Es war seit vielen Jahren mein Wunsch gewesen, daß andere Länder einen anderen Weg zum Sozialismus gehen sollten als die Sowjetunion ... Abgesehen von einem ganz kleinen Teil hundertprozentig moskauhöriger Funktionäre, denen neue Gedanken überhaupt zuwider waren, lösten die Thesen eine große Erleichterung aus. Nun, so schien es uns, war endlich ein Weg gefunden. Wir hatten zwar keine öffentliche Distanzierung von den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsbehörden vorgenommen, aber etwas anderes, was uns damals viel bedeutender und tiefer zu sein schien, war eingetreten: eine grundsätzliche Abgrenzung von der Entwicklung in der Sowjetunion. Ackermanns These begann ihren Siegeszug durch die Partei."<sup>84</sup> "Stand nicht der Führungsanspruch der KPdSU, die Lösung von der 'führenden Rolle' der Sowjetunion im direkten Widerspruch zu den Grundsätzen einer internationalen Arbeiterbewegung, zu den Prinzipien von Marx und Engels? Hatte nicht Friedrich Engels im Vorwort zu seinem Deutschen Bauernkrieg 1874 geschrieben: 'Es ist gar nicht im Interesse dieser Bewegung, daß die Arbeiter irgendeiner Nation an ihrer Spitze marschieren.'?"<sup>85</sup>

— *gegen Sektierertum, für eine Bewahrung des Bündnisses mit nichtkommunistischen antifaschistischen Kräften*: Leonhard über den Vereinigungsparteitag von KPD und SPD: "Alles schien für die Verwirklichung unserer Wünsche zu sprechen: die paritätische Besetzung der Leitungen, die mahnenden Worte über Kameradschaft und Vertrauen, die Pieck an die Kommunisten gerichtet hatte, die Beteuerungen Grotewohls über die Freiheit der Persönlichkeit in der neuen Partei, die erste Abstimmung, die einen Bruch mit der üblichen Einstimmigkeit gebracht hatte und von niemandem übel vermerkt worden war; die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, die nun im Programm der SED ihren Niederschlag gefunden hatte; die Andeutung Grotewohls über das vielleicht nahe Ende der sowjetischen Besatzung."<sup>86</sup> Herrnstadt kritisierte das "Hochwachsen von Willkür,

Karrierismus, Administrieren, Wegstoßen ganzer bündnisfähiger Schichten der Bevölkerung von der Partei".<sup>87</sup>

Gegen die Unfähigkeit der Partei werden Hoffnungen auf die Selbständigkeit und das Schöpferium der einfachen Arbeiter gestellt. Leonhard optierte z.B. nach jugoslawischem Vorbild für eine Form der Selbstverwaltung der Betriebe<sup>88</sup>, Herrstadt berichtete mit Begeisterung von seiner Begegnung mit Arbeitern nach dem 17. Juni 1953. Dort "war erneut und handgreiflich die unbegrenzte Bereitschaft, Kraft, der Reichtum an Ideen, Mutterwitz der Arbeiterklasse zutage getreten, — aber auch die Unduldsamkeit gegenüber Administratoren und Beutejägern beim Aufbau des Sozialismus."<sup>89</sup>

Diese Kritik kam nicht zum Zuge, es bildeten sich zwei gegensätzlich zueinander stehende Identitäten: die Erzählungen der Dissidenten, die mit dem Stalinismus brachen (z.B. W. Leonhard, R. Havemann, St. Heym), und das "kommunikative" Schweigen<sup>90</sup> der durch die Partei Disziplinierten, die diesen Bruch nicht vollzogen (z.B. Herrstadt, J.R. Becher, A. Seghers, St. Hermlin).

**Stefan Heym**, Schriftsteller, Jahrgang 1913. 1933 Emigration in CSR, später USA; 1943 Soldat, später Offizier der US-Army; 1945 Mitbegründer der "Neuen Zeit" in München, wegen "prokommunistischer" Haltung in die USA zurückversetzt und aus der Armee entlassen; seit 1952 in Ostberlin; Publikationsverbot u.a. für "5 Tage im Juni", "Collin".

## ***Der Diskurs der Aufbaugeneration***

In den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 entstand innerhalb des SED-Diskurses ein zweites Konglomerat von Erzählungen, das eine andere Identität beschreibt. Auch hier werden bestimmte Großereignisse in einer Matrix von Erzählungen verarbeitet: das Erlebnis der HJ und des Krieges; der Neuanfang 1945, verbunden mit einem sozialen Aufstieg; die Disziplinierung in FDJ, SED und Kampfgruppe; die Auseinandersetzung mit Westdeutschland bei offener Grenze bzw. im Systemwettstreit; das Organisieren, Problemlösen, Improvisieren in Staat und Wirtschaft, kurz: das Machen. Auffallend ist, daß sich in diesem Diskurs kaum jemand noch als "Kommunist" bezeichnet; es ist kein Diskurs des Klassenkampfes, sondern viel eher der eines Staatsaufbaus.

Die Erfahrung der Hitlerjugend und des Krieges bildet den blinden Fleck dieses Diskurses. Erzählungen darüber dringen nur im Ausnahmefall in die Öffentlichkeit, sie sind, wenn überhaupt, nur gegenüber "Diskursberechtigten" artikulierbar und leben von Andeutungen und Verschweigen. Wie die Altkommunisten "kommunikativ" die Stalinschen Verbrechen beschweigen, so die Aufbaugeneration ihre Vorgeschichte im "Dritten Reich".<sup>91</sup>

Charakteristisch sind Erzählungen über die Eroberung der Welt der Wissenschaft, über die Auseinandersetzungen an den Universitäten, über den Weg durch die Arbeiter-und-Bauernfakultäten (ABF), das Fernstudium, die Parteischulen. Der individuelle Aufstieg aus kleinbürgerlichem bornierten Milieu erscheint

**Hermann Kant**, Schriftsteller, Jahrgang 1926. 1945-49 polnische Kriegsgefangenschaft ("Der Aufenthalt", 1976); 1949-52 Student an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Greifswald ("Die Aula", 1965); 1978-90 Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes (H.K.: "Der Abspann", 1991).

**Christa Wolf**, Schriftstellerin, Jahrgang 1929. Mitglied der SED seit 1949; 1963-67 Kandidat des ZK der SED; 1962 "Der geteilte Himmel"; 1968 "Nachdenken über Christa T."; 1976 "Kindheitsmuster"; 1979 "Kein Ort. Nirgends".

**Heinz Warzecha**, Jahrgang 1930. Bergmann im Kali- und Uranbergbau; Studium der Wirtschaftswissenschaft in Leipzig; 1984-90 Generaldirektor des VEB Werkzeugmaschinenkombinat "7. Oktober".

nicht allein als individuelle Leistung, sondern auch als Moment einer einmaligen, historisch legitimierten Umwälzung. Immer wieder taucht in den Erzählungen ein "alter Genosse" auf, der angesichts des 1945 plötzlich eingetretenen Verlustes vieler bis dahin als sicher geltender Orientierungen den Ausweg in ein Handeln der Wiedergutmachung, in ein humanistisches Handeln — im Umfeld der SED — wies. Nach den unverarbeiteten "Verstrickungen" mit der Ideologie des "Dritten Reichs" erscheint dieser Neuanfang als Erlösung, aber auch als "Verpflichtung": "Es ist richtig, daß Kant, wie viele seiner Generation, mit einem Schuldbewußtsein angetreten ist, mit dem Bewußtsein, daß er eine Schuld durch besonderen Einsatz, durch besondere Pflichttreue gegenüber diesem neuen Staat abarbeiten muß."<sup>92</sup>

Ein anderes Grundmotiv ist die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in Westdeutschland. Das sind einmal Erzählungen über unmittelbare Agitationseinsätze in Westberlin bzw. Westdeutschland, wo der Topos des heldenhaften Kampfes der Altkommunisten noch einmal reproduziert wird. Es sind andererseits die unzähligen Bemühungen, die DDR "flott" zu bekommen. So berichtet z.B. Christa Wolf vom 11. Plenum des ZK der SED 1965, einer Schlüsselsituation für diese Generation: "Wir, meist Angehörige einer Generation, die in diesem Lande engagiert lebten, die Konflikte sahen, hatten ein sehr starkes Gefühl von der Gefahr, in die dieses Gemeinwesen geraten würde, wenn die Widersprüche nicht in produktiver Weise ausgetragen würden. Wir dachten, wenn nicht jetzt, dann ist es zu spät. Wir hatten das Gefühl, dies sei einer der letzten Momente, um die Entwicklung in der DDR in eine Richtung zu lenken, die diesen Staat zu einer Alternative machen konnte gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik. Wir wollten die sozialistischen Ansätze so weit stärken, daß die DDR auch geistig 'konkurrenzfähig' werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet, die in die gleiche Richtung dachten und arbeiteten. Es gab persönliche Kontakte, wir haben miteinander gesprochen. Es gab sogar einzelne Leute im ZK, mit denen ich darüber offen sprechen konnte."<sup>93</sup>

Immer wieder wird vom Einsatz für die DDR erzählt, trotz aller Rückschläge, trotz aller ideologischer "Bauchschmerzen", immer wieder neues Engagement. Der Generaldirektor eines Kombines, Heinz Warzecha, hat "am Tage gearbeitet wie wenig andere, für ein Geld wie wenig andere — in der Stunde nämlich für wenig Geld."<sup>94</sup> Der international anerkannte Mediziner Horst Klinkmann ist von seinen Auslandsreisen immer wieder in die DDR zurückgekehrt "um mitzugestalten, auch noch unter dem von mir erst schon erwähnten Begriff des Glaubens an eine mögliche, bessere Gesellschaft — heute nennen wir es Utopie."<sup>95</sup> Als er schon Klinikdirektor in Rostock war, trat er noch in die SED ein: "Es war mir nicht genug, dabeizusein, ich wollte mitgestalten. ... auch in der Überlegung: Wie kann ich den mir Anvertrauten am nützlichsten sein, wie kann ich am meisten nützen."<sup>96</sup>

Hans Bentzien hat am 17. Juni 1953 im Edelstahlwerk organisiert, "daß die Öfen wieder neu beschickt werden konnten", damit sie nicht ausgingen. Nach dem 17. Juni, als junger 1. Kreis-

sekretär der SED in Jena: "Ich habe die Trümmer wieder wegge-  
 fegt, die Scherben wieder geklittert und einigermaßen wieder  
 Hoffnung in die Stadt gebracht."<sup>97</sup> Am 13. August 1961 sorgte er  
 als 34-jähriger Kulturminister der DDR dafür, "daß der Kulturbetrieb  
 weiterlaufen konnte". Selbst nach seiner Ablösung im Anschluß an das 11. Plenum der SED 1965 hat er sich weiter für die  
 DDR engagiert: "Erstmal hat man keine andere Wahl. Entweder  
 man erschießt sich, oder man arbeitet. ... Ich war ein *Macher*, ich  
 wollte machen, und zwar nicht blind, sondern bewußt. Und so  
 habe ich wieder angefangen, Neues zu lernen ..."<sup>98</sup>

Vor diesem Hintergrund wurde die Kritik der Altkommunisten an der Praxis des Sozialismus auch fortgeführt, allerdings in einem anderen Kontext. Das Scheitern der "Alten" verlangte nach einem neuen Herangehen. Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre artikulieren sich Emanzipationsbestrebungen von den "Alten". Utopie und Realität wurden aneinander gemessen und die Differenz herausgestellt. Die "Jungen" forderten, endlich die ganze Wahrheit erfahren zu dürfen. So heißt es in Rainer Kirschs Gedicht "Meinen Freunden, den alten Genossen": "Und die Träume ganz beim Namen nennen. Und die ganze Wahrheit kennen."<sup>99</sup> Die junge Lyrik lehnte Anpassung, falsche Harmonien, "steife Routine" ab. "Alles Alte ist verdächtig", hieß es, "Experimente", scharfer Verstand und immer wieder "Denken" waren gefordert.<sup>100</sup> Christa Wolf berichtete dem ZK von ihren Lesungen im Lande über ihr Buch "Der geteilte Himmel": "Diese Menschen, die hier bei uns gewachsen sind, sind reif dafür, solche Literatur, wie sie in den letzten Jahren entstand, zu begreifen, richtig zu verstehen und durch ihre Anregungen, durch ihre Kritik und dadurch, wie sie sich dazu verhalten, weiterzuentwickeln."<sup>101</sup>

Doch die Barriere zwischen den Generationen blieb, es bedurfte immer wieder einer besonderen Anstrengung, die "Alten" gegenüber den "Jungen" zum Reden zu bringen: über ihre enttäuschten Hoffnungen, über ihre gescheiterten Versuche, an der politischen Praxis der Partei etwas zu ändern. Oft mußten die Argumente aus den vierziger Jahren noch einmal gefunden werden.

Gleichzeitig beteuern die "Jungen" immer wieder: Wir sind für den Sozialismus, für die DDR, für die SED, wir wollen es nur anders machen, besser machen, hört endlich auf, uns zu mißtrauen.<sup>102</sup>

In den sechziger Jahren, nach dem Bau der Mauer, startete diese Generation ihren Reformversuch. Die in den fünfziger Jahren ausgebildeten jungen Intellektuellen versuchten gemeinsam – in einem Bündnis von Wirtschaftsleitern, Journalisten, Politikern und Künstlern – die DDR-Gesellschaft zu verändern. Neben den schon früher entwickelten Argumenten artikuliert sich jetzt die Kritik der sachkundigen Macher. Von einer ungebrochenen Fortschrittsgläubigkeit ausgehend, sollten unter Einbeziehung der modernen Wissenschaften die Mängel der DDR überwunden werden. Neben einer ideologisch/ethisch begründeten Kritik etablierte sich die Kritik der Fachleute. Die Diskussion kreiste um ökonomische Gesetze, wissenschaftlich-technischen Fortschritt,

**Horst Klinkmann**,  
 Mediziner, Jahrgang 1935. 1954-59 Medizin-  
 zinstudium in Rostock, 1969-71 Research Professor of  
 Medicine and Surgery an der Universität Utah (USA);  
 1971 Professor für  
 Innere Medizin in Rostock; Mitglied der  
 SED seit 1974; 1987  
 Präsident der Europäischen Dialyse-  
 und Transplantationsgesellschaft;  
 1992 von der Universität Rostock entlassen.

**Hans Bentzien**,  
 Jahrgang 1927.  
 1946-48 Neulehrer;  
 1948-50 Studium der  
 Geschichte in Jena;  
 1961-66 Kulturminister der DDR; produzierte in den 70er  
 Jahren beim DDR-Fernsehen kritische  
 Filme, u.a. "Geschlossene Gesellschaft"; in der Wende  
 1989-90 Chef des  
 DDR-Fernsehens.

**Rainer Kirsch**,  
 Schriftsteller, Jahrgang 1934. Studium der  
 Geschichte und Philosophie in Halle,  
 1957 Relegation;  
 1973 Ausschluß aus der SED; März-Oktober 1990 Präsident  
 des Schriftstellerverbandes der  
 DDR.

um Systeme, Mechanismen, Stimuli. Das Prisma für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität ist hier nicht mehr die Weimarer Republik, sondern vielmehr die westdeutsche Leistungsgesellschaft. Was dort gelingt, sollte in der DDR auch möglich sein.

Auch dieser Versuch scheiterte, nach 1970 war er in der Medienöffentlichkeit der DDR tabu, enttäuschte Genossen wurden mit der 1971 proklamierten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik stillgestellt. Statt der Suche nach einer alternativen Gesellschaftsform begann eine pragmatische Politik der Wohlstandsvermehrung nach westdeutschem Vorbild. Auch für diese Generation trennten sich die Wege — eine Minderheit ging in den Westen, die Mehrheit wurde zum Schweigen verurteilt. Im Rückblick waren die sechziger Jahre für diese Generation entscheidend. Der Journalist Gerhard Scheumann resümiert 1990: "Wenn ich die über vierzig Jahre meiner Parteizugehörigkeit überdenke, dann erscheinen mir die Wochen und Monate vom dem VI. Parteitag, der im Januar 1963 stattfand, in einem geradezu verklärten Licht. Es war die Zeit großer Öffentlichkeit, in der die Gesellschaft sich austauschte."<sup>103</sup> Siegfried Seidel: "Es war und ist deshalb meine feste Überzeugung, daß, wenn es je eine kleine Chance gegeben hat, die DDR ökonomisch attraktiv zu machen, sie in den Jahren von 1963-1965 bestand."<sup>104</sup> Hans Bentzien über das 11. Plenum 1965, wo die Reformbewegung von den dogmatischen Kräften innerhalb der Partei abgewürgt wurde: "Es war der tiefste Stand in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung."<sup>105</sup>

## **Der "konspirative Avantgardismus" der dritten SED-Reformergeneration**

Ein dritter Diskurs im Umfeld der SED begann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre; seine Akteure waren in der DDR aufgewachsen, kamen zumeist aus Intellektuellenfamilien — in vielen Fällen waren sie Kinder von "Aufsteiger-Intellektuellen" der Aufbau-Generation oder stammten aus Elternhäusern mit länger zurückreichender kommunistischer Tradition. Die Sozialisationsbedingungen dieser Generation unterschieden sich in einigen sehr wichtigen Punkten von denen der vorangegangenen: Die Ausbildung war gründlicher und besser als die der Eltern, besonders dann, wenn diese der Aufsteiger-Intelligenz angehörten. In einer Zeit zur Schule gegangen, in der die DDR eine relativ stabile Existenz hatte, erlebte diese Generation die "neue Macht" als Realität, die nicht tagtäglich in Frage gestellt oder be-

droht war. Diese Gesellschaft ließ sich nicht mehr als Provisorium betrachten, ihre Probleme konnten nicht einfach mit der Abnormalität einer Sondersituation oder einer äußeren Bedrohung (Teilung Deutschlands, Besatzung, offene Grenze, kalter Krieg) erklärt werden — auch wenn solche Interpretationsmuster in den gängigen Diskursen, etwa im Schulunterricht oder in den Erzählungen von Parteiveteranen, immer wieder bemüht wurden. Zwar galt, daß diese Gesellschaft sich in einem Entwicklungsprozeß befindet, dessen eigentlich erstrebtes Resultat noch nicht erreicht sei. Aber zugleich wurden die gesellschaftlichen Gegebenheiten der 70er Jahre als Resultate sozialistischer Entwicklung genommen, die bei aller Akzeptanz der Notwendigkeit des sozialistischen Projekts einer Kritik nicht standhielten. Das Grunderlebnis dieser Generation war das Auseinanderklaffen von Idealen und Wirklichkeit.

Über frühe politische Erfahrungen erzählt Hans-Peter Krüger: "Ich habe natürlich als 14jähriger nicht genau gewußt, was da abläuft, aber emotional war ich für Dubcek und für die Demokratisierung des Sozialismus. Mir war intuitiv klar, auf welcher Seite das moralische Recht ist. Und dann kam 1971 bei uns dieser Wechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker, und alle Zeichen sprachen dafür, daß nun endlich eine Reformära anbricht."<sup>106</sup> Zum festen Repertoire dieser Diskursgeneration gehören Geschichten über den Versuch, in den vorhandenen politischen Organisationen — fast immer war es zunächst die FDJ — Veränderungen in ganz praktischen Fragen herbeizuführen. Da wurde z.B. in der Berufsausbildung oder an der Schule gegen Mißstände eine Wandzeitung gemacht, die Aufsehen erregte, zu Maßregelungen führte, aber auch zu Ermutigungen. Gemeinschaftlich getragene Aktionen, in denen man plötzlich Führungsrollen übernehmen mußte, brachten die Erfahrung, daß es nicht nur Widerstände, sondern auch Unterstützung durch den einen oder anderen Lehrer oder durch manche Funktionäre in den Apparaten gab, vor allem aber durch die Gleichaltrigen in FDJ, Schule, Berufsausbildung. Für die sich sozialisierenden Kinder der Intelligenz aus dem Umfeld der Staatspartei entstand der Eindruck, die eigenen Ambitionen könnten zum Erfolg gebracht werden.

"Wir haben dann die FDJ zu unseren Gunsten umfunktionierte und gegen solche Zustände (an der Schule — d.Vf.) angekämpft. 1971 schließlich, als die Reformen kamen, wurde das meiste (dieser Mißstände — d.A.) abgeschafft. Die Lehrer verhielten sich sehr unterschiedlich. Ein paar ältere, humanistisch gesinnte und sehr gebildete Lehrer ... waren für uns wichtig. Daneben gab es einige junge und aufrichtige SED-Leute, die auch für Reformen waren, und die üblichen Blockierer, diesen Untertanentyp, den Heinrich Mann beschrieben hat. Um unsere Vorstellungen besser durchsetzen zu können, sind wir ein Bündnis eingegangen mit den Älteren, die mit dem Sozialismus nicht viel am Hut hatten, und mit den Reformern. Und bis zum Abitur haben wir auch einiges erreicht. Man kann also nicht sagen, daß die FDJ einfach gleichgeschaltet war. Es hing auch von jedem selbst ab. ... Mein Eintritt in die FDJ hing mit dieser Reformzeit um 1971 zu-

**Hans-Peter Krüger**, Philosoph, Jahrgang 1954. 1972-76 Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1972 Eintritt in die SED; Ende der siebziger Jahre Lehr- und Publikationsverbot; 1981-91 Mitarbeiter am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1987 Habilitation zu J. Habermas und St. Toulmin; 1989 Professor für Wissenschaftstheorie; 1990 "Kritik der kommunikativen Vernunft".

sammen. Unser ... Lehrer, ein kluger Mann, war ein echter Reformier und setzte als Parteisekretär maßgeblich die von uns angestrebten Veränderungen durch. ... Es war für mich eine Entscheidungssituation herangereift, und ich sagte mir, o.k., dann lohnt es sich, in die Partei einzutreten. So wurde ich ... Mitglied der SED — wirklich aus Überzeugung und in der Hoffnung, daß aus den Reformen etwas wird."<sup>107</sup>

Viele solche frühen politischen Aktionen mißlingen, aber der Erfolg schien immer greifbar nah, nur knapp verfehlt. Auch die politischen Rahmenbedingungen schienen sich zu verbessern. Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre, zunehmende internationale Anerkennung der DDR und solche Erlebnisse wie die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin verstärkten Hoffnungen auf Reformen, die erst aus heutiger Sicht so völlig unbegründet erscheinen. Die Vision vom baldigen Ende des kalten Krieges und von einer neuen Reformpolitik der SED entstand, und Anfang der siebziger Jahre wurde schon diskutiert, welche Jahrgänge demnächst in den Genuß einer verkürzten Wehrdienstzeit kommen könnten.

Frühe eigene Aktionen gerieten zwar auch damals schon in Kollision mit "dem System", wurden aber in den frühen siebziger Jahren nicht allzu hart sanktioniert, man behandelte Schüler und Lehrlinge noch relativ nachsichtig. Dieses Scheitern "um Haaresbreite" schien nicht prinzipieller Natur und beflügelte eher den Aktionismus und die Reformervwartungen. Man müßte nur qualifizierter agieren und die Polit-Apparate genauer kennen, um erfolgreicher zu sein. Also — so erzählen viele — änderte man in dieser Zeit seinen ursprünglichen Berufswunsch und studierte nicht Tiermedizin, Physik oder Biologie, sondern Philosophie. Zeitaufwendige Funktionen in der FDJ wurden nicht mehr abgelehnt, viele traten trotz Distanz zur aktuellen Politik in die SED ein und agierten dort auch intensiv.

So glaubte die entstehende dritte Intellektuellengeneration des Parteiumfeldes bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein, das uneingelöste Projekt der Eltern könnte mit mehr Klugheit und unter anderen Bedingungen doch noch gelingen und die Kluft zwischen Realität und Ideal sei durch eine andere Praxis überwindbar.

Dann aber zerbrachen und zerbröselten diese Hoffnungen. 1976 wurde Wolf Biermann, verdammter Ketzer und doch heimliche Liebe gerade dieser Generation, von der SED-Führung bei einem Konzert in Köln, dem ersten Auftritt seit langem, hinterhältig "ausgebürgert". Es folgten Proteste, auf die mit Maßregeln geantwortet wurde. Erst gingen einige, dann drängte man andere hinaus, hoffend auf die Wiederkehr des Friedens. Doch diese Erwartung erfüllte sich nicht, der Strom intellektueller Identifikationsfiguren gerade dieser Generation, die in Richtung Westen gingen, riß nie mehr ab, und mit ihnen verfloß auch die bescheidene Reformeuphorie. Dieser Schock aber öffnete die Augen für bisher nicht wahrgenommene Grenzen: Die "Erfolgsmeldungen" der "Wirtschafts- und Sozialpolitik" beim hilflosen Kopieren westlichen Konsums, die Stagnation in Partei und Gesellschaft, die Einengung schon als eröffnet geglaubter Horizonte, z.B. beim

**Wolf Biermann,**  
Jahrgang 1936.  
1955-57 Studium der Politischen Ökonomie und der Philosophie an der Humboldt-Universität;  
1960 Kandidat der SED, 1963 Streichung; seit 1969 Publikations- und Auftrittsverbot; 1976 aus der DDR ausgebürgert.

Studium gesellschaftswissenschaftlicher Fächer — all dies schuf Ende der 70er Jahre ganz stark den Eindruck, daß die SED mit ihrer damaligen Führung zur nötigen grundlegenden Neuorientierung nicht mehr in der Lage sei. "Vor einem Jahr redeten wir über 'intensiv-erweiterte Reproduktion' als Konstitution einer neuen gegenständlichen Arbeitswelt, als Umwälzung der Lebensweise auf Grund eines qualitativ neuen Konsumgüterprogramms. Jetzt lese ich, daß das Zentralkomitee der SED darüber berät, wie wir es schaffen können, die nächste Ernte unter's Dach zu bekommen." — So der damalige Kommentar eines Philosophiestudenten aus der Schule von Lothar Kühne.

Die einfachen Vorstellungen einer Neuauflage der Reformpolitik der sechziger Jahre, einer praktischen Rehabilitierung des Prager Frühlings, waren nach dem Geschehenen endgültig vom Tisch. Der Reformdiskurs der Eltern, der Verweis auf die Notwendigkeit einer anderen Praxis, konnten nichts mehr erklären und niemanden mehr überzeugen, auch die Eltern selbst überzeugten nach Biermann nicht mehr. Fragwürdig schien nun die Sache selbst, nicht allein die Art ihrer Verwirklichung. Unmöglich war es aber auch, einfach aufzuhören. Was viele der Jüngeren, nach 1965 Geborenen, in den späten achtziger Jahren vermochten — sich von vornherein um DDR, Sozialismus und Reformen keinen "Schädel" zu machen und ohne Bauchschmerzen zu gehen, auf den Diskurs der Eltern weder positiv noch negativ, sondern gar nicht zu reagieren —, das war Mitte der siebziger Jahre oft noch nicht möglich. Viele hatten Anfang der siebziger Jahre das beflügelnde — obwohl oft nur kurzzeitige — Erlebnis, sich als Subjekt gesellschaftlicher Erneuerung zu erfahren: Politisierung, Aktionismus, Avantgardismus waren damit aber bereits in Gang gesetzt.

Man wollte Akteur einer anderen, wirklich sozialistischen Praxis werden. Sozialismus aber war nicht mehr glaubhaft praktizierbar. Mit diesem Menetekel begann der eigentliche Diskurs der 3. SED-Reformergeneration, und um seine Auflösung kreiste er bis zum Schluß. Der Ausweg schien in einer grundlegenden Neubestimmung von "Sozialismus" selbst zu liegen, *Sinn und Ziel* wurden nun Gegenstand des Diskurses. Damit war der Unterschied zum vorangegangenen Reformdiskurs der Aufbaugeneration gesetzt. Andererseits war eine offene Auseinandersetzung mit den überkommenen Sozialismuskonzepten und Weltbildern der vorigen Generationen unmöglich. Man wollte der Sache auf den Grund kommen, aber in einer Weise, die von außen nicht als Angriff auf die Grundlagen verstanden und interpretiert werden konnte.

Die Geschichten und Identitäten der Elterngeneration erfahren nunmehr eigene Wendungen: Das Verhältnis zum Sozialismus wird theoretisch und die Praxis prinzipienlos. Der traditionelle politische Avantgardismus — diese Zwangsvorstellung, selbst vorangehen zu müssen, die Interessen des Volkes auch gegen das Volk durchzwingen zu sollen, die Macht zu gebrauchen, um zu erziehen und zu belehren — mutiert in einen *konspirativen Avantgardismus*. Der beschwiegene, heimliche Anspruch darauf, es doch besser zu wissen und besser zu machen, kommt in ver-

schiedenen Gestalten daher: intellektuell, raffiniert, elitär oder militant. Er ist ein undatiertes Wechsel auf die Macht und ihren besseren, vernünftigen Gebrauch, den man zurückhält und von dem die Alten nichts wissen sollen, den man sich selbst kaum zugesteht und der schon gar nicht reflektiert wird.

**Gregor Gysi,**  
Rechtsanwalt, Jahrgang 1948. 1966-70 Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität; Mitglied der SED seit 1971; seit 1971 Rechtsanwalt, vertritt u.a. bekannte DDR-Dissidenten wie Robert Havemann, Rudolf Bahro; Mitorganisator der größten Demonstration in der Wende am 4.11.1989; 1989-1993 Vorsitzender der PDS.

Ein gutes Beispiel ist eine ihrem Inhalt nach eher nebensächliche, für diese Identität aber typische Geschichte, die Gregor Gysi, der heute wohl bekannteste Vertreter dieser SED-Generation, etwa so erzählen könnte<sup>108</sup>: Er wollte gern Rechtsanwalt werden, was aber in den Augen der vorigen SED-Generationen als bürgerlich galt, deshalb verdächtig war und ihm verwehrt worden wäre. Durch geschicktes Agieren gelang es ihm, einige "objektive Bedingungen" — Plan, Promotion, Universität — so zu arrangieren, daß er seiner Parteileitung sagen konnte: Die Konstellation läßt mir nur einen Weg, den zum Rechtsanwalt. Ich bin mir darüber im klaren, daß das eine fast verwerfliche Tätigkeit ist, aber wenn es notwendig ist, bin ich bereit, dieses schwere Los für die Partei zu tragen. Eine naheliegende Interpretation wäre: Clever nutzt er Apparat und Ideologie der SED — einschließlich ihrer Irrationalitäten —, um seine eigene Karriere voranzubringen. Daran mag etwas sein, aber diese Art, die Partei zu "betrügen", schloß ein sozialistisches Selbstverständnis nicht aus. In den Augen von Gysi sollte der Rechtsanwalt eine wichtige Figur im Sozialismus sein, und der Mangel an Rechtsstaat gehörte für ihn nicht zu den Tugenden, sondern zu den Defiziten, die er in der DDR wahrnahm. Andererseits wußte er, daß die Ablehnung bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit und die Beargwöhnung des Berufsstandes festsitzende "Marotten" des "Apparates" und vieler "Alter" waren, zunächst kaum zu ändern — erst später irgendwann einmal, wenn man die Sache selbst in die Hand nehmen wird. So ist es durchaus im *eigentlichen* Interesse der "sozialistischen Sache", die Parteileitung zu täuschen. Gysi betrog die Partei in ihrem *eigentlichen*, aber eben doch unverstandenen Interesse. Er handelte avantgardistisch, aber er verbirgt dies, gab sich eher brav und unambitioniert.<sup>109</sup>

Es schien durchaus im Interesse der sozialistischen Bewegung, ja im *eigentlichen* Interesse der Partei, Zirkel über Sozialismus und Individualität abzuhalten, über Stalinismus, sozialistische Reformprojekte, über Ota Šik oder die kritische Psychologie zu debattieren oder die Leninkritik des "PKA"<sup>110</sup> zu reflektieren. Es schien legitim und mit den *eigentlichen* Idealen durchaus vereinbar, solche Unternehmungen gegenüber der Parteileitung als rein wissenschaftliche Studiengruppe auszugeben, ab und zu den Parteisekretär einzuladen, um ein "richtungweisendes" Referat zu bitten, zugleich aber nach einem neuen, sich von der vorigen Generation absetzenden Sozialismusverständnis zu suchen. Geschichten darüber, wie man die Parteileitung an der Nase herumgeführt hat, um hintenherum "Vernunft" zu verwirklichen, gehören zu den Sinnkonstrukten der dritten SED-Reformergeneration. Einerseits wurde der offizielle Betrieb "normal" realisiert: Parteiberichte geschrieben und Parteirituale befolgt. Zugleich aber war man auf der Suche nach einem *neuen* Selbstverständnis.

Gesellschaftstheoretische und intellektuelle Betätigung spielten eine weitaus größere Rolle als in den vorangegangenen Diskursen. So entstanden besonders an den Universitäten und Hochschulen Projekte, Zirkel, Studiengruppen, die unter dem Etikett normalen Tuns eine geistige Neuorientierung versuchten. Es ging um die Aufarbeitung sozialistischer Geschichte und Theorie, bald aber noch mehr um die Neubestimmung des Verhältnisses zu den westlichen Gesellschaften, eine Neubestimmung, die nicht mehr von den Sentimentalitäten der verlorenen deutschen Einheit und der deutsch-deutschen Feindschaft des kalten Kriegs übertönt sein sollte. Die Analyse der westlichen Moderne und das Studium ihrer Philosophie, Ökonomie und Sozialwissenschaften wurden überhaupt *der* Schlüssel zur Neubestimmung sozialistischer Reformperspektiven. "Konspirativer Avantgardismus" spielte auch hier eine Rolle: Fast immer mußte die rationale Auseinandersetzung mit dem Westen nach außen die Form ideologischen Kampfes — Kritik spätbürgerlicher Philosophie, positivistischen Scientismus, irrationalistischer Weltsicht — annehmen.

Offizielle Möglichkeiten boten sich neben dem Studium auch unter dem Dach der FDJ oder der SED. So gab es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre an der Sektion Philosophie der Humboldt-Universität offizielle Studentenzirkel, z.B. über "Hegelsche Philosophie", "kritische Psychologie", über "modernen Kapitalismus" und ähnliche Themen. Dieselben Leute debattierten in privaten Zirkeln über die beschwiegene Reformversuche der 60er Jahre, über Stalinismus, über Biermann u.ä. FDJ-Studentenzirkel oder ein umfunktioniertes Parteilehrjahr boten den Vorteil offizieller Akzeptanz, Duldung oder sogar Förderung, die allerdings um den Preis der Selbstbeschränkung in Thematik und Radikalität erkaufte waren. Private Zirkel riskierten Argwohn und Verdacht, waren aber weniger an Reglement und ideologische Schranken gebunden. Die eine oder andere dieser Unternehmungen flog auf, es gab Maßregelungen, mancher resignierte, andere fingen anderswo wieder an. Wenige nur vollzogen den Bruch und fanden sich nach dem Parteiausschluß als Dissidenten im Westen oder im Diskurs der Kirche wieder, wie etwa Wolfgang Templin.

Hans-Peter Krüger erzählt über seine Erlebnisse: "Und als ich dann so langsam mitbekam, wie das mit dem Kirow-Mord, der Beseitigung Trotzki und Bucharins gelaufen war, fing ich an, an allem zu zweifeln, was die Partei über die Geschichte erzählte. ... Wir haben sehr viel Westliteratur gelesen, ... haben grundlagentheoretische Themen diskutiert, uns mit Marx beschäftigt, Geschichte aufgearbeitet. Und wurden dann auch politisch aktiv. Als 1976 in Polen das KOR gegründet wurde, das Komitee zum Schutz der Arbeiterrechte, ein Vorläufer der Solidarnosc-Bewegung, sammelten wir Geld und wollten es auch rüberbringen. Und prompt flogen wir auf. Man hatte uns schon geraume Zeit observiert."<sup>11</sup> Argwohn, Kontrolle durch Partei und Staatssicherheit, Parteiverfahren und die Negativ-Beispiele der Marginalisierten ließen die Vorsicht noch größer werden, die Betonung des rein wissenschaftlichen Charakters des eigenen Tuns verstärkte sich, die politischen Ambitionen wurden weiter zurückgenommen.

**Wolfgang Engler**, Philosoph, Jahrgang 1952. Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität; 1975-80 Mitarbeit in der Forschungsgruppe Philosophische Probleme der Politischen Ökonomie; seit 1982 Mitarbeiter und Dozent am Institut für Schauspielregie Berlin; Habilitation zur Wissenssoziologie Karl Mannheims.

Verschiedene Frauen und Männer erzählen, daß sie die ursprüngliche Absicht, sich durch das Studium für eine politische oder praktische Tätigkeit zu qualifizieren, in diesem Zusammenhang aufgaben. Man machte bald die Erfahrung, daß die Zwänge in diesen Bereichen zu stark waren, um eigenes Wollen und Tun entwickeln oder eigene politische Ziele verfolgen zu können. So erzählt Rosi Will: "Die Entscheidung, nicht Richter zu werden, ist relativ schnell gefallen. Ich habe mir im Praktikum angesehen, was da passiert. Es gab ganz praktische Dinge, wo ich sagte, nein, das ist nicht mein Job. Das wäre es auch jetzt nicht, einfach von der Art der Tätigkeit, die da verlangt wird. Und dann aber auch von den politischen Konstellationen, denen man da ausgesetzt ist."<sup>112</sup> Die Entscheidung gegen den Versuch, in der Praxis selbst Veränderungen herbeizuführen, stattdessen den Umweg über eine theoretisch-konzeptionelle Neubesinnung zu gehen, verselbständigte intellektuelle Bedürfnisse wie Bildung, Wissen, Kultur, theoretischen Disput — und vor allem "Bücher". Man bereiste regelmäßig die spärlichen Antiquariate von Rostock über Berlin, Naumburg, Dresden bis nach Prag und Budapest. Intellektualität erhielt eine eigene, von den gesellschaftspolitischen Zwecken unabhängige Bedeutung. Wolfgang Engler erzählt, daß "am Anfang der achtziger Jahre eine ganze Reihe von Philosophen und Sozialwissenschaftlern, von Literaten und Künstlern", wie auch er, den Weg "heraus aus den großen zentralen und hinein in die kleinen und peripheren Institutionen" suchte, "weg von den ideologiebeladenen und hin zu den mehr experimentellen Themen und Projekten und im selben Zuge: Abschied vom Strömungdenken bei gleichzeitiger Hinwendung zur umfassenden kulturellen Überlieferung; einen Weg jenseits von Häresie und Dissidenz, der einen weder in die Sackgasse des Sektierers noch in den Untergrund führte, noch in die Arme der Macht- und Ordnungsdemokratie trieb und zudem eine wachsende Entfremdung nicht nur vom realen Sozialismus, sondern auch vom idealen mit sich brachte."<sup>113</sup> Intellektuelle Bedürfnisse hatten fünfzehn Jahre nach Beginn dieses Diskurses ihre eigene Logik entfaltet und sich für viele von den ursprünglichen Zwecken mehr oder weniger emanzipiert. Philosophie und Wissenschaft hörten auf, bloße Mittel zum politischen Zweck zu sein, obwohl andererseits auch kaum jemand das Interesse am Politischen völlig ablegte.

Richtig bleibt aber auch, daß fast alle ein eminentes Interesse hatten, "die Macht" nicht wirklich in Frage zu stellen und einen persönlichen Bruch möglichst zu vermeiden. Das hatte zur Folge, daß immer dann, wenn eine wirkliche Krise eintrat — etwa bei der Biermann-Ausbürgerung — in der Regel doch den "Alten" nachgegeben wurde. Kaum jemand riskierte einen Bruch oder offene Fraktionsbildung. Disziplinierungen wurden erduldet, indem die Hoffnungen und Erwartungen in eine scheinbar greifbar nahe Zukunft vertagt wurden. Die Erhaltung der Macht und die eigene (mittelbare) Partizipation daran — eigentlich nur die Option auf ihren künftigen Gebrauch — dominierten im Zweifelsfall Individualismus und Avantgardismus.

Der "konspirative Avantgardismus" hatte bei einigen auch Aufgeschlossenheit gegenüber möglichen Kooperationsofferten von seiten der Staatssicherheit zur Folge. Die Partei war von den Altkommunisten und der Aufbaugeneration dominiert, die sich mit dem Auseinanderklaffen von Ideal und Wirklichkeit abgefunden hatten. Hier ließ sich nicht mehr viel bewegen. Es konnte die Vermutung geäußert werden, der revolutionäre Impetus der kommunistischen Arbeiterbewegung lebe vielleicht nur noch in der Elitetruppe der Partei — in ihrem Geheimdienst. Verschiedene Geschichten kultivierten diesen Mythos. So erzählt Andreas Sinakowski, wie er gegen antisemitische Äußerungen an seiner Schule auftrat, die vom Parteisekretär und dem Direktor bagatellisiert wurden. Er erhielt keine Unterstützung. Doch ein paar Tage später meldet sich ein Herr und bestätigt ihm: "Es gibt nicht viele, die gegen solche Leute etwas unternehmen."<sup>114</sup> Solche Geschichten sind der blinde Fleck dieses Diskurses, sie wurden beschwiegen. Dazu gehören auch diverse Gerüchte über undogmatisches Verhalten von Leuten wie Andropow, Gorbatschow und Markus Wolf. Heiner Müller: "Ich habe von einigen Leuten gehört, die zu Verhören in Stasi-Büros waren, daß da schon früh Gorbatschow-Porträts hingen. ... Es gab deutliche Signale dafür, daß die Diskrepanz zwischen dem Wissensstand der führenden Funktionäre und der Staatssicherheit zunahm. Die Intelligenz war bei der Staatssicherheit, die Blindheit bei der Parteiführung. Und natürlich hatte die Staatssicherheit nicht erst seit Gorbatschow bessere Kontakte zu den Russen."<sup>115</sup>

In diesem Kontext lag der Gedanke nicht fern zu versuchen, die Staatssicherheit für eine Reform des Sozialismus zu instrumentalisieren. Zudem ließ sich ein Pakt mit der Stasi als stilles Argument für die Ernsthaftigkeit des Engagements "für die Sache" gegen mißtrauische Reaktionen in der Partei auf eigene kritische Äußerungen verwenden.

André Brie: "Ich habe nüchtern eingeschätzt, daß die DDR keine Zukunft hat, wenn nicht die Reformprozesse aus der SED beginnen. Ich habe jetzt in einem schwierigen Prozeß verstehen müssen, daß die BRD ein Fortschritt ist, ein zivilisatorischer Fortschritt auf vielen Gebieten. ... Und ich muß leider sagen, daß es da eine Kluft in mir selbst gibt ... zwischen meinen theoretischen Ansätzen und meiner eigenen Rolle. ... Ich hatte auch die Illusion, daß gerade das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) etwas bewirkt. In den achtziger Jahren habe ich daran immer weniger geglaubt."<sup>116</sup> Heute wird solche Affinität gegenüber dem kommunistischen Geheimdienst von Außenstehenden zumeist als Ausdruck mangelnder Ernsthaftigkeit der *Reformabsichten* interpretiert und als Beleg für die Unehrllichkeit früherer kritischer Äußerungen gewertet.<sup>117</sup> Das Gegenteil ist richtig. Dieser Fall demonstriert aber auch, in welchem Maße das Muster des "konspirativen Avantgardismus" auch noch nach 1989 weiterwirkte. André Brie hatte in der PDS den Beschluß zur Offenlegung aller Stasi-Verbindungen von Funktionären mit gefaßt. Gleichzeitig verstieß er gegen ihn — natürlich "im Interesse der Sache", der Partei, der eine Zerreißprobe erspart werden sollte. Der Beschluß wird umgangen, die Parteibasis an der Nase herumgeführt. Man kann ja

**Andreas Sinakowski**, Schriftsteller, Jahrgang 1960. 1979-85 IM für das Ministerium für Staatssicherheit; 1985 Flucht nach Westberlin; 1991 "Das Verhör" - ein Bericht über sein Leben in der DDR.

**André Brie**, Politikwissenschaftler, Jahrgang 1950. Bis 1989 am Institut für Außenpolitik der Akademie für Staat und Recht in Potsdam tätig; Arbeiten zu Außenpolitik, Abrüstung und militärischem Gleichgewicht; verfaßte auch Aphorismen und Kinderbücher; 1990 bis 1992 Stellvertretender Vorsitzender der PDS und Landesvorsitzender in Berlin.

deren eigentliche Interessen viel besser verwirklichen, wenn man sie mit Rücksicht auf ihre Unmündigkeit und innere Zerstrittenheit vor Belastungen schützt und die Sache mit dem Parteivorsitzenden unter vier Augen aushandelt.

Was aber waren die konzeptionellen Resultate des Diskurses der 3. SED-Reformergeneration? Wenige originäre Ansätze sollen angeführt werden.<sup>118</sup>

**Lothar Kühne**, Philosoph, Jahrgang 1931. 1945-52 Arbeiter-und-Bauern-Fakultät in Halle; 1953 Ausschluß aus der SED; 1975 Habilitation zum Ästhetischen als Faktor der Aneignung des Eigentums und des gegenständlichen Verhaltens; 1981 "Gegenstand und Raum", 1985 "Haus und Landschaft"; 1985 Freitod.

**Hans Wagner**, Polit-ökonom, Jahrgang 1929. Begründete auf der Basis einer reproduktionstheoretischen Interpretation des Marxschen Kapitals neue Ansätze zur Wert-, Preis- und Geldtheorie, zum Zusammenhang von "formellen und realen" ökonomischen Verhältnissen in ökonomischen Entwicklungsprozessen; 1992 gekündigt u.a. wegen Wegfall des Lehr- und Arbeitsgebots.

Mit einer forcierten *Habermas-Rezeption* in den achtziger Jahren und der kommunikationstheoretischen Forschung vor allem von Hans-Peter Krüger wurde eine Umwertung des Bildes von den westlichen Gesellschaften vollzogen, die vor allem Kulturelles und seine Verbindung mit der wirtschaftlichen und politischen Dynamik der Moderne untersuchte und interpretierte. Hier wurden Zusammenhänge der westlichen Entwicklung zum Modell einer möglichen sozialistischen Modernisierung thematisiert. Paradigmatisch dafür war z.B. der Aufsatz von Hans-Peter Krüger "Die kapitalistische Gesellschaft als die erste moderne Gesellschaft" in einem der "grauen" Papiere des Forschungsprojektes "Moderner Sozialismus", veröffentlicht 1988.

Eine für die Sozialismusdebatte wichtige Persönlichkeit, um die sich ein Kreis jüngerer Wissenschaftler bildete, war Lothar Kühne. Er "verband das edelkommunistische Ideal von Marx, dessen philosophische Konzeption von menschlichem Reichtum und freier Individualität, mit dem funktional-praktischen Sinn der architektonisch-künstlerischen Avantgarde ... und provozierte ... eine Kritik der 'warenästhetischen' und etatistischen Verselbständigung menschlicher Wesenkräfte samt deren realsozialistischer Kompensationsformen im alltäglichen Kitsch und Spießertum."<sup>119</sup> Seine Schriften waren eine der wichtigsten Quellen kritischer Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus und der Parteiideologie und stellten eine Verbindung der jüngeren Generation zu Traditionen eines undogmatischen Marxismus her.

Am Lehrstuhl für Politische Ökonomie des Kapitalismus der Humboldt-Universität arbeitete eine Gruppe von Wissenschaftlern um Hans Wagner und Dieter Klein an einer reproduktions- und evolutionstheoretischen Konzeption des modernen Kapitalismus, die eine Revision dogmatischer Konzeptionen des "Staatsmonopolistischen Kapitalismus" und der allgemeinen Krise des Kapitalismus darstellte. Ihre Arbeiten liefen darauf hinaus, die Modernisierung des Kapitalismus durch von Emanzipationsbewegungen vorangetriebene "Aufhebung von Kapitaleigenschaften" zu betrachten, die durchaus Tendenzen zu Demokratisierung und Sozialisierung trägt. Diese Überlegungen gingen bis zu Reformideen für den Sozialismus, die an modernen Entwicklungen der westlichen Gesellschaft orientiert waren. Als methodischer Imperativ stellte sich dabei heraus, daß moderne Entwicklungen ein Hinausgehen über den theoretischen Horizont des Marxschen "Kapitals" unumgänglich machen.

In diesem Zusammenhang muß die Forschungsgruppe "Philosophische Probleme der Politischen Ökonomie" genannt werden. Gegründet von Hans Wagner und Herbert Steininger, gewann sie vor 1981 durch die Mitarbeit von Peter Ruben, Camilla Warnke, Peter Bourton, Renate Wahsner und anderen, die

später gemäßregelt wurden, neue Einsichten zu methodischen und erkenntnistheoretischen Problemen wirtschaftlicher Entwicklung. Auch Themen wie wirtschaftliches Wachstum, sozialer Fortschritt, Geld und Warenproduktion, Politik und Demokratie sowie letztlich ein fundierteres Sozialismusverständnis wurden diskutiert. Neben diversen Veröffentlichungen in einer internen Publikationsreihe der Humboldt-Universität stellten vor allem monatliche Kolloquien und zweijährliche Arbeitstagungen wichtige Kommunikationsmöglichkeiten für die jüngere Wissenschaftlergeneration dar. Betrachtet man die allerdings unvollendeten und widersprüchlichen Resultate, so wird erkennbar, daß der Fokus der Reformüberlegungen die Rezeption der westlichen Moderne wurde.

Eine weitere wichtige Entwicklung vollzog sich in der Staats- und Rechtstheorie. Um Uwe Jens Heuer beschäftigte sich eine Gruppe mit vergleichender Staats- und Rechtstheorie, zu der u.a. Rosi Will und Dieter Segert gehörten. Sie kam Mitte der achtziger Jahre zu einer Abkehr von den herkömmlichen Doktrinen sozialistischer Staats- und Rechtsauffassung. Rosi Will, die mit ihrem Artikel "Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung" in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie bei dem Versuch, Sozialismus und Rechtsstaat zusammenzubringen, am weitesten ging, erzählt: "In der Rechtsstaatsdebatte am Ende der DDR haben sich die juristischen Grundprobleme in gewisser Weise zusammengefaßt. Da geht es auf der einen Seite um die Verfassung, um die Frage: Gewaltenteilung — ja oder nein. Und weiter um die subjektiven Grundrechte des einzelnen: Dem Staat vorausgesetzt und als Schutzrechte gegen den Staat durchsetzbar — ja oder nein. Schließlich: Was ist Recht, in welchem Verhältnis steht es zur Politik? Von da aus gelangt man unweigerlich zur führenden Rolle der Partei. Insofern war die Rechtsstaatsdebatte in ihrer letzten Auflage in der DDR noch mal eine Grundsatzdebatte zu den großen Fragen der Rechtswissenschaft. Im Grunde genommen zu den großen Systemfragen. Ich habe erst ein relativ konsequent demokratisches, verrechtlichtes sozialistisches System vor Augen gehabt. Dann wäre ich auch weitergegangen. In den Debatten über Eigentumsstrukturen wäre es sicher auch zu Formen der Regelung von Eigentumsverhältnissen gekommen, die die Gesamtkonstruktion des gesellschaftlichen Eigentums in gewisser Weise auflösen. Das liegt für einen Juristen sehr nahe. So etwas wie gesellschaftliches Eigentum juristisch zu denken ist schwierig. Es ist nie gelungen. Es gibt keine originäre juristische Konstruktion für das, was da gemeint ist. Ich dachte, man kann es über die Verfassung machen, aber dabei ist mir eigentlich klar geworden, daß es der Abschied vom Sozialismus ist."<sup>120</sup>

Der Beginn der Perestroika in der UdSSR verband sich für diese Diskursgeneration zunächst aber mit der Hoffnung, durch ein neues Sozialismusverständnis und grundlegende Reformen aus der gesellschaftlichen Stagnation herauszukommen. Damit schien auch die Stunde der potentiellen Reformen innerhalb der "sozialistischen" Intelligenz der DDR anzubrechen. Doch auch wenn es

**Dieter Klein**, Politik-ökonom, Jahrgang 1931. Arbeiten zur Modernisierung des Kapitalismus, zu seiner Friedensfähigkeit und den globalen Problemen; vor und in der Wende Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität; beförderte wissenschaftliche Projekte auch gegen ideologische Widerstände, z.B. Friedensforschung, Erforschung der Homosexualität oder das Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus"; derzeit Professor an der Humboldt-Universität außerhalb der offiziellen Strukturen.

**Rosi Will**, Juristin, Jahrgang 1949. 1969-73 Studium an der Humboldt-Universität; 1969-1989 SED; seit 1984 Mitarbeit im Arbeitskreis "Verfassungsentwicklung sozialistischer Länder" um Uwe Jens Heuer; 1989 Professorin an der Humboldt-Universität; 1989-90 Expertin in der Arbeitsgruppe Neue Verfassung des Zentralen Runden Tisches; 1993 Professorin nach Berliner Hochschulgesetz, seit April 1993 Mitarbeiterin eines Verfassungsrichters in Karlsruhe.

seitens der "Partei- und Staatsführung" der DDR zu keiner offenen Absage an die Perestrojka kam, blieb doch der erwartete analoge Kurswechsel aus. Die Reformer intensivierten zwar das Nachdenken über Reformen, sahen aber immer weniger Chancen, sich gegen die verhärteten Positionen der alten SED-Führung durchzusetzen. "In den letzten Jahren kam der Widerstand gegen die Politik aus der Partei. Allerdings gab es immer ein Beruhigungsargument, das Warten auf 'die biologische Lösung', daß Honecker stirbt und ein paar andere auch."<sup>121</sup>

**Michael Brie**, Philosoph, Jahrgang 1954. Mitglied der SED seit 1974; Studium in der Sowjetunion und in Berlin; seit 1987 mit Rainer Land und Dieter Segert im Forschungsprojekt Sozialismustheorie an der Humboldt-Universität; November 1989 Mitbegründer der Plattform Dritter Weg. Arbeiten zum "Umbruch in die Moderne" und zu Rußland. 1993 Kündigung.

Das Projekt "Moderner Sozialismus" mit Michael Brie, Dieter Segert, Rainer Land u.a., die auch mit Rosi Will, Hans-Peter Krüger, Wilfried Ettl in Verbindung standen, war in Berlin ein später Versuch der Synthese verschiedener Reformansätze. Es wurde auf der Basis der sowjetischen Perestrojka politisch erst möglich, als die Parteiführung der SED unter wachsenden Druck geriet und "Ballast abwerfend" die Bemühungen aufgab, die gesamte intellektuelle Entwicklung an Universitäten und Akademien voll im Griff zu behalten. Über den Sinnhorizont dieser Entwicklung könnte man das folgende erzählen: "Für uns der Teil einer faktisch in die SED-Staatspartei integrierten und in dieser sozialisierten Generation von Parteintelktuellen bedeutete 'Sozialismus' gerade nicht das Moment radikaler Gesellschaftskritik, die es im Kapitalismus und vielleicht mit Abstrichen auch in der BRD bedeutete. 'Sozialismus' codierte das Moment des Konsens und der Akzeptanz der vorgefundenen Verhältnisse und ihrer Vorgeschichte. Das wissenschaftlich Interessante und politisch Wichtigere am Projekt 'Moderner Sozialismus' war nicht der 'Sozialismus', sondern das 'Moderne'. Es codierte zunächst ein dissesentes Moment im Verhältnis zur älteren Generation, wenn auch versteckt. 'Modern' sagt immerhin, daß es ein anderer Sozialismus sein soll als der real existierende. Die Evolution des Sozialismus wird als Modernisierung bestimmt, Sozialismus — das Projekt der Gegenmoderne per se — und Moderne erscheinen in Synthese. Die versteckte Radikalität bestand darin, die Institutionen der Moderne sukzessive wieder einzuführen, zum Kapitalismus, zur parlamentarischen Demokratie, zum Verfassungs- und Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung zurückzukehren, diese zum Angelpunkt einer Reform des Real-Sozialismus zu machen. Aber zurückzukehren nicht auf dem Wege einer Konterrevolution, sondern auf dem Wege der Evolution der vorgefundenen 'sozialistischen Gesellschaft' selbst, auf dem Wege einer kontrollierten, folglich gestalteten, nicht spontanen und die Folgen stets im Griff behaltenden Einführung der Institutionen der Moderne. Die Macht selbst soll Instrument dessen werden, sich dabei aus der Diktatur des Proletariats in eine moderne Verfassungsdemokratie transformierend. Dazu brauchte man die Macht, ihr Sturz lag nicht im Programm. Im Gegenteil, die Partei selbst sollte auch bei ihrer Aufhebung Subjekt bleiben, einer SED-externen Opposition wurde allenfalls eine marginale Rolle zugebilligt. Ein Wechsel auf die Seite der Bürgerrechtler blieb von diesem Selbstverständnis her ausgeschlossen. Zwar akzeptierte man in meinen Kreisen mehr oder weniger deren Kritik an der Realität des Sozialismus und ihre moralischen Gründe. Wir sahen aber keine

konzeptionell tragfähigen Alternativen und hielten den Weg für gefährlich, weil die 'Machtfrage' als Invariante für Reformen galt."<sup>122</sup>

Wolfgang Engler erklärt seine Gründe für Distanz zur Opposition: "Der DDR-Dissident der achtziger Jahre (machte) politisch von sich reden ..., *ehe* er sich einen Namen als Philosoph, Wissenschaftler, Literat oder Künstler erwerben konnte. Statt sein spezifisch intellektuelles Renommee in die Waagschale des öffentlichen Engagements zu werfen, kehrte er den Zusammenhang um, ließ sein moralisches Kapital für seine intellektuelle Autorität gleich mit einstehen." Und weiter von einem Zusammentreffen berichtend: "Unter allen Anwesenden sprach sich keiner so entschieden für eine unbedingt *sozialistische* Perspektive einer künftigen DDR aus wie der Gemaßregelte und Ausgestoßene. Ich erinnere mich noch gut, wie engagiert und wortreich er mir, dem Institutionenbewohner, widersprach und ins Gewissen redete, als ich ziemlich unumwunden gestand, mir könne beides, DDR und Sozialismus, gestohlen bleiben. Ich dachte damals und denke heute noch, daß in dieses Pro-DDR- und Pro-Sozialismus-Votum neben anderem, romantisch gewendeten Ohnmachtsgefühlen etwa, vor allem zweierlei hineinspielte: das trotzige Bestehen auf den eigenen Idealen, für die man bezahlt hatte, *und* das intuitive Gefühl, daß man die DDR, erneuert zwar, aber staatlich souverän, benötigte, und zwar als einen 'intellektuellen Schutzwall', der einen davor bewahrte, die subjektiv behauptete intellektuelle Kompetenz in einem offenen kulturellen Wettbewerb unter Beweis stellen zu müssen."<sup>123</sup>

Der Diskurs der SED-Reformgeneration war bei der westlichen Moderne als Basis künftigen gesellschaftlichen Fortschritts angekommen. Die Suche nach einem modernen Sozialismus verwies auf die Entwicklung der westlichen Moderne, auf Kultur, Zivilgesellschaft, auf Emanzipations- und Partizipationsbewegungen als der realen Alternative zum revolutionären "Sturz" des Kapitalismus. Wende, Runde Tische und Verfassungsentwurf bedeuteten die definitive Absage an die Reformierbarkeit des staatssozialistischen Systems. Doch dies lag in der Tendenz und fiel nicht schwer. Aus dieser Perspektive scheinen Verbindungen sowohl mit der Opposition in der DDR als auch mit Westdeutschen der nichtradikalen Linken und des reformistischen sozialdemokratischen oder grünen Spektrums nahezu liegen. Programmatisch drängen sie sich eigentlich auf. Die Trennung von staatssozialistischen Doktrinen schien geboten.

Aber der Kreis schloß sich nur in der Theorie und kollidierte mit der Frage nach einer Neubestimmung des eigenen politischen Subjektseins. Das theoretische Resultat war mit dem überkommenen Avantgardismus im Zwiespalt. Das Aktionsmuster der reformorientierten "sozialistischen" Intellektuellen in der Wende stand lange fest: froh, endlich die verdammte alte Führung los zu sein, waren sie darauf aus, schnell eine sachlich aussichtsreiche Reformkonzeption zu finden, die entscheidenden Hebel im Staat in die Hand zu bekommen, um sich mit einem Erfolg von Reformen faktisch zu legitimieren. Auf den Gedanken, die Entscheidung für Reformen, die Reformkonzepte selbst und

eine neue Regierung bedürften zuvor einer demokratischen Legitimation, kam zunächst kaum jemand. Dialog mit der Bürgerbewegung — ja, Machtteilung — nein.<sup>124</sup>

Zum konspirativen Avantgardismus der Wende gehört auch, daß das Konzept einer Re-Institutionalisierung der Moderne bei gleichzeitiger Förderung emanzipatorischer Bewegungen als "Dritter Weg" firmierte. Altkommunisten und die Aufbaugeneration nahmen daher nicht die theoretische Abkehr vom überkommenen Staatssozialismus als Gegenmodell zum Kapitalismus wahr. Sie assoziierten vielmehr den "Neuen Kurs" der 50er oder die marktsozialistischen Reformprojekte der 60er Jahre, die auch bei Ota Šik als "Dritter Weg" figurierten. Sie dachten an die Überwindung des Stalinismus, an demokratische Sozialismusvarianten, nicht aber an einen emanzipatorisch aufgehobenen und kulturell eingebetteten modernen Kapitalismus. Von den SED-Reformern wurde dieses Mißverständnis nie klargestellt, die Differenz nicht ausgetragen. Im Dezember 1989 vermied man deutliche Grenzziehungen im eigenen Lager, um nicht erneut in eine Minderheitenposition zu geraten. Das schillernde Konzept des "Dritten Wegs" blieb eine parteitaktische Kompromißlinie, hinter der sich sowohl Altkommunisten, Aufbaugeneration als auch SED-Reformer versammeln konnten. Der Erhalt der Partei war wichtiger geworden als das politische Resultat. Da die SED-Reformer in der Krise nicht über sich hinauswuchsen, scheiterten sie: nicht konzeptionell, wohl aber politisch.

---

# *Diskurse im bürgerlichen Feld*

---

*In diesem Abschnitt wird zunächst die gesellschaftliche Konstellation skizziert, mit der nichtmarxistische Diskurse in der DDR über Jahrzehnte hinweg konfrontiert waren. Vor diesem Hintergrund erfolgt anschließend die Darstellung von drei Diskursen, die sich zwar jeweils aufeinander bezogen, aber dennoch unverwechselbare Identitäten erzeugten: der Diskurs des "Überwinterns" in der DDR; "Kirche im Sozialismus" und der Diskurs der "Basisgruppen" in den achtziger Jahren.*

Die sich unter der sowjetischen Besatzung und der außenpolitischen Situation nach dem zweiten Weltkrieg herausbildende Gesellschafts- und Machtkonstellation — insbesondere das Agieren der kommunistischen Staatspartei bei der Etablierung eines administrativ-bürokratischen Sozialismus — zerstreute die noch vorhandene bürgerliche Intelligenz, die ohnehin unter dem Schock des Faschismus, des verlorenen Krieges und des Zusammenbruchs des Deutschen Reiches stand.

Im Verlaufe nur weniger Jahre wurde es gänzlich unmöglich, in Funk und Presse der DDR einen Gegendiskurs zur SED zu führen. Selbst die neu zugelassenen bürgerlichen Parteien wurden schnell über die Institution der "Nationalen Front" in den herrschenden Diskurs einbezogen. An den Universitäten galt das Studium des Marxismus-Leninismus als Pflichtfach. Der Staat distanzierte sich von der Kirche und betrieb eine unverhohlenen aggressive atheistische Propaganda mit dem erklärten Ziel, die Menschen zum Austritt aus der Kirche zu bewegen. Kurz, in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR war es zunehmend unmöglich, sich in der Öffentlichkeit prononciert mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. Nichtkommunistische Intellektuelle in der DDR mußten immer wieder einen Kampf um auch nur minimale Öffentlichkeit führen. Erzählt werden Geschichten, wie der Pfarrer darum rang, daß die Kinder in die Bibelstunde kommen durften; über Proteste gegen das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an den Universitäten (und an den theologischen Fakultäten); über Faschingsreden als Gelegenheiten für die Formulierung abweichender Positionen; vom Ringen um Sendezeiten im Rundfunk, von Plakataktionen, Mahnwachen.

Damit korrespondiert eine enge Anbindung an die Medien der Bundesrepublik. Dort fand das eigentliche Leben statt, dort wurden wichtige Argumente vorgetragen, intellektuelle Moden kreiert. Mochte das Verhältnis zur Öffentlichkeit der DDR verschieden gewesen sein, konstant war die hohe Aufmerksamkeit für die Medien der westdeutschen Gesellschaft.<sup>125</sup>

Schließlich ging es um die Wahrung von Handlungsräumen, in denen sich nichtmarxistische Identität auch dort realisieren konnte, wo sie zum herrschenden Diskurs im Widerspruch stand — z.B. das Ringen um die Unabhängigkeit der Lehrer an den Schulen und Hochschulen in den fünfziger Jahren, der Kampf um die Möglichkeit, Wehrdienst zu verweigern in den sechziger Jahren, die Erhaltung kirchlicher Einrichtungen, die Bemühungen um Reisefreiheit, um eine autonome Friedens- und Umweltschutzbewegung in den siebziger und achtziger Jahren.

Das Dreieck marginale Handlungsspielräume — marginale Öffentlichkeit und der Bezug auf die westdeutsche Öffentlichkeit charakterisiert die diskursive Grundkonstellation für nichtmarxistische Intellektuelle.

Sie ging mit einer teilweisen Konservierung bürgerlicher und vor allem kleinbürgerlicher Identität in verschiedenen Nischen der DDR-Gesellschaft einher. Außerhalb der Öffentlichkeit, im Familien- und Freundeskreis, konnte sicherlich über die vertanen Chancen der Wehrmacht vor Stalingrad, über die "goldenen

zwanziger Jahre" oder über den relativen Wohlstand unter Hitler, über die Vergewaltigungen durch die Russen, über die Ungebildetheit der Kommunisten, über die neuesten Reden von Strauß oder Brandt geredet werden. Reale Handlungsspielräume aber und eine sie begleitende Öffentlichkeit haben sich nach unserem Eindruck nur im Umfeld der Kirchen, vor allem der evangelischen, ergeben. Die Geschichte der *gesellschaftlichen* Diskurse in der DDR außerhalb des "Partei-Diskurses" ist daher wesentlich eine Geschichte des Diskurses im Umfeld der Kirchen, was nicht bedeutet, daß es allein um religiöse Fragen ging.

## "Überwintern" konservativ-bürgerlicher Identität

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt ging es um das Bewahren der eigenen (konservativ-bürgerlichen) Identität und eines im wesentlichen antikommunistischen Weltverständnisses in einer feindlichen politischen Umwelt (Besatzungsmacht, SED) durch Abschotten (Verweigern, Heraushalten) und Abwarten.

**Konrad Weiß**, Jahrgang 1942. Wegen Bekenntnis zum Katholizismus nicht zur Oberschule zugelassen; 1958-62 Ausbildung zum Elektromonteur; 1964 Abitur an der Volkshochschule; 1966-69 Studium an der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg; 1969-89 Regisseur beim DEFA-Studio für Dokumentarfilme; 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt".

Es war nicht entschieden, welche Ordnung sich in Deutschland letztendlich durchsetzen würde; es schien zu genügen, auf ein baldiges Ende des Spuks zu hoffen, vielleicht auf einen Kompromiß der Alliierten — Sicherheiten für Stalin als Preis für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Einheit Deutschlands war noch die alles beherrschende Option, konservativ bürgerliche Kreise setzten also zunächst auf die Behauptung ihrer traditionellen Identität und die Fortsetzung *ihrer* Diskurses in den Medien des Westens.

Konrad Weiß erzählt: "Ich bin katholisch und, wie das bei den Katholiken in unserem Land doch weithin der Fall war, eine Zeitlang in der Haltung des Überwinterns gewesen. Man glaubte nicht so recht daran, so Anfang der fünfziger Jahre, daß das alles von Dauer sei, und irgendwann würde sich das schon ändern. Viele haben diese Haltung eigentlich bis in unsere Zeit bewahrt."<sup>126</sup>

Auf einer ZK-Tagung der SED im Jahre 1953 berichtet auch Johannes R. Becher: "Ich meine, die Situation ist heute so ..., daß ein sehr erheblicher Teil der Intellektuellen in einer abwartenden Stellung steht, nicht aus sich heraus geht, sondern bis auf weiteres beredt schweigt. Die Situation ist genau so, daß diese Intellektuellen die Konzeption haben, von der Fritz Lange gesprochen hat: Es wird wahrscheinlich irgendeine Vereinigung der beiden Teile Deutschlands geben. Die Kommunistische Partei wird in die Opposition gehen, und dann wird eben ein bürgerliches Deutschland entstehen."<sup>127</sup>

Für diese Position gab es in Deutschland ein tragendes soziales Milieu, vor allem den städtischen Mittelstand und die Landbevölkerung. Hier kursierten Geschichten über Verschleppungen nach Sibirien, über die Inkompetenz der SED-Funktionäre, über die Ungebildetheit der Neulehrer, über gewendete Nazis in SED und FDJ, über die rückständige Technik der Russen, und hier lebte man gleichzeitig in der Medienwelt der Westdeutschen. Heiner Müller: "Der Antikommunismus blieb der Konsens der Mehrheit."<sup>128</sup>

Das größte Handicap dieser Perspektive war aber, daß sie nicht gerade half, auf die Offensive der SED solche Antworten zu finden, die den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung trugen. Die neuen sozialen Gruppen — vor allem die Aufsteiger-Intelligenz — ließen sich schon gar nicht in diesen Diskurs integrieren. Der Diskurs verwies auf eine gesellschaftliche Grundlage und eine politische Praxis, deren Ort die Vergangenheit bzw. Westdeutschland war. Die Kirche Ost verstand sich als Exklave der Kirche West.<sup>129</sup> Sie vertrat zumeist die Antworten der Adenauer-CDU bzw. -Regierung: Westbindung vor der Einheit Deutschlands, NATO-Beitritt, Wiederbewaffnung, Militärseelsorge. Kaum Unterschiede gab es in den Positionen der Ost- und Westkirche zum Umgang mit der faschistischen Vergangenheit und im Verhältnis zu den Besatzungsmächten.<sup>130</sup>

Eine nähere Betrachtung zeigt zudem, daß diese Positionen darüberhinaus mit vergleichsweise konservativen Wertvorstellungen verbunden waren. So traten konservative Kirchenkreise nicht nur gegen die Jugendweihe, nicht nur gegen die Herausnahme des Religionsunterrichtes aus der Schule, gegen die Einheitsjugendorganisation FDJ oder gegen die Erziehung der Jugend im Geist des Kommunismus auf.<sup>131</sup> Wenn sie auch nicht offen die überkommenen Bildungsprivilegien verteidigten, so lehnten doch viele die Bevorzugung der Arbeiter- und Bauernkinder resp. die Benachteiligung der Kinder aus bürgerlichen Familien bei der Zulassung zu Abitur und Studium ab. Sie waren auch gegen sexuelle Erfahrungen vor der Ehe, gegen die Ehescheidung<sup>132</sup>, gegen ein "freies Jugendleben" und orientierten sich an einer autoritären Familien- und Gesellschaftsstruktur. Gerade in der Jugend und unter der Studentengeneration konnte mit diesen Vorstellungen keine dauerhafte Bindung entstehen, ganz und gar nicht unter der "Aufsteigergeneration" der "neuen sozialistischen Intelligenz". Was die Aufsteiger-Intelligenz sich über dieses konservative Milieu erzählte, läßt sich u.a. in Hermann Kants Roman "Die Aula" nachlesen.

Die Verbindung einer Praktik des Aussitzens mit konservativen lebensweltlichen Vorstellungen gab Pfarrern, Lehrern, Ärzten wenig Möglichkeiten, auf die heranwachsende Generation in der DDR intellektuelle Anziehungskraft auszuüben. Nur eine Option konnte wirklich überzeugen: im Falle eines Konfliktes mit der SED-Macht die Flucht in die BRD.

Der konservativ-bürgerliche Diskurs innerhalb der Kirche stand so für eine zunehmend praxisferne Identität. Eine im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren relativ geschickte Gegenstrategie der SED nutzte diesen Umstand aus und sicherte wachsen-

den Einfluß auf die Bewußtseinsprozesse der sich formierenden jungen Intelligenz der DDR. Gegenüber der fehlenden historischen Konstruktivität des konservativ-bürgerlichen Diskurses vermittelte der intellektuelle Diskurs im Umfeld der Staatspartei durchaus Bindungen und erwarb eine historische Legitimation, die keinesfalls nur die Folge rigider Machtpolitik, ideologischen Terrors oder politischer Einschüchterung waren. Nur so wird verständlich, daß durchaus nicht unkritische Intellektuelle aus dem SED-Umfeld wie auch aus eher bürgerlichen Kreisen *trotz des Wissens* um Terror und Unterdrückung, um ungerechtfertigte Beschuldigung und Verfolgung im Stalinismus und in der DDR ihre Bindungen an den Sozialismus und die DDR nicht einfach brachen.

Bereits in den frühen 50er Jahren entstand aber auch eine innerkirchliche Opposition, die sich an den Traditionen der Bekennenden Kirche orientierte und eine andere Haltung zur Frage der Verantwortung für Faschismus und zweiten Weltkrieg einnahm.<sup>133</sup> Sie äußerte sich insbesondere in wiederholter Kritik an dem damaligen Bischof Dibelius wegen seiner Nähe zu Hitler im Dritten Reich. Diese Strömung suchte nach neuen Wahrnehmungsmöglichkeiten, die es gestatten würden, auch die spezifische Situation in der DDR realistisch zur Kenntnis zu nehmen, und sie orientierte sich an einer moderneren Lebenshaltung. Eine ähnliche Neuorientierung hatte in Westdeutschland bereits früher zur Herausbildung einer innerkirchlichen Opposition geführt, die sich gegen die dominant konservative Orientierung wandte. Für Ostdeutschland bzw. die DDR scheint es wichtig, daß die innerkirchliche Opposition in einem Modernisierungsdiskurs die Voraussetzung dafür erblickte, überhaupt wieder Chancen zur Einflußnahme auf die Gesellschaft in der DDR zu erhalten — eine Sorge, die die westdeutschen Kirchen nicht zu haben brauchten.<sup>134</sup>

Mit den politischen Entscheidungen der 50er Jahre bis hin zum 13. August 1961 — dem Mauerbau — entstanden Bedingungen, die dem konservativ-bürgerlichen Diskurs seine Attraktivität nahmen und die innerkirchliche Opposition begünstigten. Die antikommunistische Position der Nachkriegsjahre konnte sich kaum noch in der Folgegeneration reproduzieren, wer diese Grundidentität nicht zur Disposition stellen wollte, aber gleichzeitig gesellschaftliches Ansehen und Wirksamkeit erstrebte, verließ zumeist die DDR.

Die SED-Führung hatte schon in den 50er Jahren die Hoffnung, es könne sich innerhalb der Kirche ein die DDR akzeptierender, u.U. sogar eher sozialismusfreundlicher Diskurs entwickeln. So bedauerte Mielke in einem Brief, daß in der DDR erst sehr spät eine linke Opposition innerhalb der Kirche entstand, später als sie sich gegen den Adenauerkurs in Westdeutschland entwickelt hatte.<sup>135</sup> Die SED setzte, wie sich hier zeigt, nicht unbedingt auf die schnelle Überwindung der Religion, auch nicht allein auf die rigorose Eindämmung kirchlichen Einflusses durch staatliche Machtpolitik, sondern hoffte auch auf einen Wechsel der Haltung, der Personen und der Machtkonstellationen innerhalb der Kirche — und beförderte einen solchen. Die

Unterlagen des MfS zeigen, daß versucht wurde, diese Entwicklungen nicht nur intensiv zu beobachten, sondern auch über verschiedene Kanäle — offene Verbündete oder verdeckt agierende IM — zu beeinflussen. Die damals zunehmende Realitätsferne des bürgerlich-konservativen Diskurses bleibt aber die historische Ursache für seinen sich verringenden Einfluß — die Machtpolitik der SED ist hier eher Vehikel der Exekution einer zeitgeschichtlich begründeten Konstellation.

Bereits 1958 kommt es zur Gründung des Bundes evangelischer Pfarrer in der DDR, Anfang der 60er Jahre verzeichnet ein Papier der Staatssicherheit bereits eine umfangreiche Liste der DDR mehr oder weniger positiv gesonnener Gruppen der innerkirchlichen Opposition, darunter den Weißenseer Arbeitskreis, den Bischofswerdaer Arbeitskreis, den Weimarer Arbeitskreis, den freien Konvent.<sup>136</sup> Eine bedeutende Rolle beim Wechsel des Diskurses spielte der thüringische Landesbischof der evangelischen Kirche Moritz Mitzenheim, auch "Roter Moritz" genannt. Er anerkannte die Staatlichkeit der DDR, sympathisierte mit sozialistischem Gedankengut und betrieb die Herausbildung einer eigenen Identität der evangelischen Kirche in der DDR — respektive ihre Trennung von Westdeutschland. So traf er sich 1964 mit Walter Ulbricht, wo die "gemeinsame humanistische Grundlage zwischen Christen und Marxisten" betont wurde. Wenig später räumte die SED im Gegenzug mit den Baueinheiten der NVA die Möglichkeit für einen waffenlosen militärischen Dienst ein.<sup>137</sup>

Schon merkwürdig schwach erscheint das konservativ-antikommunistische Selbstverständnis beim Mauerbau 1961. Es kommt zwar zu einer Aufforderung an den Staat, großzügig Passierscheine auszugeben, damit die Menschen nicht unter dieser Maßnahme leiden müssen (dies weist der Staat brüsk ab) — es gibt aber keinen massiven Protest der Kirche gegen die Maßnahme selbst.<sup>138</sup> Die damalige weltpolitische Konstellation mag diesen Schritt auch aus kirchlicher Sicht unumgänglich gemacht haben, die Machtverhältnisse mögen zwingend gewesen sein — immerhin zeigt das Verhalten der Kirche, daß man sich auf die staatliche Existenz der DDR unter den Bedingungen des kalten Krieges einzustellen begann und nicht mehr automatisch die Partei der westdeutschen CDU ergriff.

**Moritz Mitzenheim,**  
Jahrgang 1891.

1917-29 Pfarrer in Saalfeld, anschl. in Eisenach; 1943 Leiter des Landesbrüderrats der Bekennenden Kirche; ab 1945 Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen; 1964 Treffen mit Walter Ulbricht auf der Wartburg.

## ***"Kirche im Sozialismus" — der Diskurs der 60er und 70er Jahre***

Für die veränderte Identität der nachfolgenden Generation des bürgerlichen Milieus im kirchlichen Umfeld sind u.E. Sozialisati-

**Friedrich Schorlemmer**, Jahrgang 1944. Abitur an der Volkshochschule; 1962 Wehrdienstverweigerung; 1971-78 Jugend- und Studentenpfarrer in Merseburg; ab 1978 Dozent am Evangelischen Predigerseminar in Wittenberg; 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung "Demokratischer Aufbruch".

**Manfred Stolpe**, Jahrgang 1936. 1955-59 Jurastudium in Jena; anschließend Dienst in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, ab 1982 Konsistorialpräsident; 1990 Eintritt in die SPD und erster Ministerpräsident des neugebildeten Landes Brandenburg.

onserfahrungen entscheidend, die sich grundsätzlich von denen ihrer Elterngeneration unterschieden. Als Angehörige des Bürgertums genossen die vor 1945 Aufgewachsenen von klein auf eine hohe gesellschaftliche Reputation, die in der DDR aufgewachsenen Kinder von Intellektuellen hingegen erzählen von ihren Erfahrungen der Benachteiligung und gesellschaftlichen Marginalisierung — von der Distanz vieler Lehrer in der Schule, von politisch motivierten Ablehnungen ihrer Bewerbungen um Abitur und Studienplatz.

Konrad Weiß erzählt z.B. davon, daß er nicht an der Jugendweihe teilgenommen hat und deshalb keine Zulassung zum Abitur erhielt. Er mußte es dann später an der Volkshochschule erwerben.<sup>139</sup> Auch Friedrich Schorlemmer erzählt: "Wir waren sechs Kinder, und davon hat niemand Abitur machen können. Mein Vater ist dann später sogar zur Wahl gegangen, was ich ihm ein bißchen übelgenommen habe, aber er hat es meiner Schwester zuliebe gemacht ... Und ich weiß noch, wie mein Vater sich gequält hat und dann zu diesem entwürdigenden Prozeß mit der Wahl gegangen ist. ... Das war wirklich das einzige Mal, daß mein Vater auf einen solchen Kompromiß eingegangen ist."<sup>140</sup>

Die Eltern mochten noch gegen eine widrige Umwelt an ihrer Vorkriegsidentität festhalten, die neue Realität verweigern und mehr oder weniger entschlossen auf andere Zeiten warten. Die nachfolgende Generation aber erzählt immer auch die Geschichte der Stärke der sozialistischen Machtpolitik und der Einflußlosigkeit des Westens auf die inneren Bedingungen in der DDR. Exemplarisch ist der Verweis von Manfred Stolpe auf die Erfahrung des 17. Juni: "Es gibt eine Grenze, so weit darf man nicht gehen, dann könnte scharf geschossen werden."<sup>141</sup> Diese Geschichte läßt sich fortsetzen: über die Machtlosigkeit der Amerikaner 1961 beim Mauerbau und 1968 beim Einmarsch der Armeen des Warschauer Vertrages in die CSSR; über die hilflose Rhetorik Westdeutschlands.<sup>142</sup>

Wer nicht einfach in die BRD übersiedelte, konnte zwei Optionen wahrnehmen. Einige nahmen die Marginalisierung an und versuchten, aus der Not eine Tugend zu machen, sich auf ein rein seelsorgerisches Verständnis zu beschränken, und waren bereit, auf ein gesellschaftspolitisches Engagement, auf gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten und öffentliches Ansehen weitgehend zu verzichten. Das entspricht durchaus nicht dem Selbstverständnis der traditionellen konservativ-bürgerlichen Intelligenz oder der protestantischen Kirche, für die gesellschaftlicher Einfluß, Geltung und Gestaltungsoptionen immer Teil ihres Selbstverständnisses waren. Dieser Rückzug aus einer unakzeptablen und feindlichen Staatsgesellschaft wurde als Chance interpretiert, zu den eigentlichen Werten und Funktionen von Glauben zurückzufinden — eine Position, die auch nach dem Ende der DDR vertreten und für die Zukunft angemahnt wird.<sup>143</sup>

Eine andere und dem Einfluß nach bedeutendere Richtung bekräftigte den Auftrag, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Konrad Weiß etwa erzählt von seiner "Berührung mit der hier in der DDR in der Illegalität arbeitenden christlichen Arbeiterjugend, die

geprägt war von der Idee einer sozialen Gerechtigkeit, eines fast sozialistischen christlichen Weltbildes. Die Arbeiterpriester, die es damals gab, waren also der beredteste Ausdruck dieser Haltung des In-die-Welt-Gehens der Christen. ... Und daß ich dann hier meinen Platz in diesem Land gesehen habe in der Aufgabe, zu dieser Veränderung beizutragen. Ich hab nicht an die *deutsche Einheit* damals gedacht. Das wäre überhaupt nicht richtig. Ich hab damals damit zu tun gehabt, ja zu sagen zu diesem Land und ja zu sagen dazu, daß ich *hierbleibe* ... Das war eine bewußte Entscheidung, hier in diesem Land zu leben, hier in diesem Land nicht zu überwintern, sondern mich einzubringen."<sup>144</sup> Auch Manfred Stolpe will den damals geprägten Begriff "Kirche im Sozialismus" verstanden wissen "als einen Handlungsauftrag. Ein Handlungsauftrag der Kirche in diese Gesellschaft hinein: sie verändern zu helfen und sie so umzugestalten, daß sie menschlicher wird, daß sie dem einzelnen mehr Möglichkeiten der Teilhabe und mehr Freiheiten einräumt."<sup>145</sup>

Die Vertreter dieser Richtung akzeptieren den Staat DDR zunächst erst einmal als Realität. Hier werden Geschichten über die intellektuelle Auseinandersetzung mit dieser Realität und der atheistischen Ideologie erzählt. Gottfried Forck z.B. hat "entdeckt, daß der Marxismus im Grunde genommen eine humanistische Lehre ist. Eine Lehre, die wirklich den Menschen meint und deshalb einen gewissen Anspruch darauf hat, daß man sich mit ihr beschäftigt."<sup>146</sup> Ein herausragendes Beispiel für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Marxismus und Leninismus sind die Arbeiten von Edelbert Richter.<sup>147</sup> Damit einher ging auch eine differenziertere Sicht auf die SED, z.B. hält Friedrich Schorlemmer fest: "Ich will nur sagen, auch zu der Zeit (50er Jahre — die Vf.) gab es in dieser Partei aufrechte Menschen ... Und es gab Menschen, die nicht bereit waren, andere ins Unglück zu stürzen, und ich habe seitdem auch immer versucht zu unterscheiden."<sup>148</sup> Und es gab so etwas "wie Edelkommunisten, etwa der alte Bürgermeister ... vor dem hatte ich einfach Respekt, das war ein Mann, der hatte auch in der Nazizeit nicht überwintert, sondern wirklich bestanden. Und dem nahm ich einfach ab, daß er wirklich eine neue, menschliche Gesellschaft will."<sup>149</sup>

Diese Betrachtungen gaben Anlaß zu verschiedenen Hoffnungen, innerhalb dieser Gesellschaft vielleicht doch etwas bewirken zu können. Gottfried Forck bekennt: "Ich habe mich seinerzeit in der Formulierung ... vom verbesserlichen Sozialismus in unserem Bereich sehr gut wiedererkannt. Also ich würde denken, eine Soziallehre, die mehr darauf dringt, daß auch die Gesellschaft und die Politik sozial gestaltet werden müssen, ist gut, nur sie müssen so gestaltet sein, daß dabei wirkliche Demokratie möglich ist. Und daß Einspruchsrecht auch möglich ist und daß auch eine Opposition da sein kann, die möglicherweise Regierende zur Ordnung ruft."<sup>150</sup> Auch Wolfgang Ullmann erzählt von solchen Hoffnungen: "Und ich habe tatsächlich gemeint — dem diktatorischen Kommunismus war ich gar nicht wohl gesonnen —, ich meinte, es könnte doch wohl sein, daß in diesem wie auch immer diktatorisch deformierten politischen System eine Alternative, eine sozialistische, oder wie auch immer man sie

**Gottfried Forck**,  
Jahrgang 1923.  
1947-51 Theologiestudium in Bethel, Heidelberg und Basel; 1956 Promotion in Heidelberg; 1954-59 Studentenfarrer an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1963-72 Leiter des Predigerseminars Brandenburg.

**Edelbert Richter**,  
Jahrgang 1943. 1961 Aufnahme eines Philosophiestudiums in Berlin und Exmatrikulation aus politischen Gründen; 1961-63 Kranführer; 1963-68 Theologiestudium in Halle; 1976 Promotion zum Dr. theol. über den Zusammenhang von Religions-, Philosophie- und Ökonomiekritik bei Marx; 1977-87 Studentenfarrer in Naumburg; 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung "Demokratischer Aufbruch".

**Wolfgang Ullmann**, Jahrgang 1929. 1948-54 Theologiestudium in Westberlin und Göttingen; 1954-63 Pfarrer in einem Dorf bei Freiberg; 1963-78 Dozent für Kirchengeschichte in Naumburg; 1978-90 Kirchenhistoriker am Sprachenkonvikt in Berlin; 1989 Mitbegründer der Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt".

nennen möge, verborgen sein könne, die es zu erwecken gilt und die man dieser etwas anachronistischen Bürgerlichkeit Westdeutschlands entgegenstellen könne."<sup>151</sup> Edelbert Richter erinnert sich: "Ich selber habe z.B. lange Zeit ... das, was zur bloßen Ideologie geworden war, ernstgenommen und angemahnt. Ich wollte die Marxisten-Leninisten immer an ihre ursprüngliche Intention erinnern, habe sie aber damit ernster genommen als sie sich selbst überhaupt nehmen konnten, habe etwas eingefordert, was beim besten Willen nicht verwirklicht werden konnte: eine Gesellschaft auf der Grundlage herrschaftsfreier Diskussion."<sup>152</sup>

Das Resultat dieser Auseinandersetzungen war der Beginn eines neuen Diskurses, dessen Grundvoraussetzung das Ausgehen von den gesellschaftlichen Gegebenheiten in der DDR als Handlungsvoraussetzungen war. So hieß es in dem von sieben evangelischen Bischöfen unterzeichneten "Brief aus Lehnin" vom 15. Februar 1968 an Walter Ulbricht: "Als Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik und als Christen gehen wir davon aus, daß nach dem durch deutsche Schuld begonnenen Krieg nun auf dem Boden der deutschen Nation zwei deutsche Staaten bestehen. Wir erstreben die geordnete Zusammenarbeit und die Annäherung der beiden deutschen Staaten, damit wir Deutsche den Frieden fördern und die menschlichen Beziehungen, insbesondere zwischen den Familienangehörigen, wieder voll zu ihrem Recht kommen. Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen. Als Christen lassen wir uns daran erinnern, daß wir es weithin unterlassen haben, 'die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen'."<sup>153</sup> 1968 wurde auch der Entwurf einer eigenen Ordnung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) vorgelegt und die Vereinigung der evangelischen Kirchen in der DDR gegründet.<sup>154</sup> Auf der Synode 1971 in Eisenach hieß es dann: "Kirche in der sozialistischen Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie." 1973 wurde formuliert: "Kirche im Sozialismus wäre die Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens findet und bemüht ist, das Beste für alle und für das Ganze zu finden."<sup>155</sup> Manfred Stolpe über sein Verständnis dieser Aussagen: "Ich habe das nicht als Anpassungs-, sondern als Offensivformel verstanden, und bin darin mit vielen kirchlichen Mitstreitern einig geblieben: Indem wir die DDR als sozialistischen deutschen Staat akzeptieren, wollen wir ihn verändern."<sup>156</sup>

**Günter Krusche**, Jahrgang 1931. 1949-54 Theologiestudium an der Universität Leipzig; ab 1983 Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

Günter Krusche erzählt: "Von diesem Ansatz ergab sich das Konzept der kritischen Teilnahme am gesellschaftlichen Prozeß, wobei die Kirche immer Wert auf Eigenständigkeit legte. Das war für die Generation der Bischöfe, die fast alle von der Theologie des Kirchenkampfes der Bekennenden Kirche geprägt waren, eine ganz selbstverständliche Voraussetzung. Aber die Kirche in der DDR wollte auch 'Kirche für andere' sein, wie es der für uns maßgebende Theologe Dietrich Bonhoeffer (1945 im KZ hingerichtet) gelehrt hatte. Insofern konnte die evangelische Kirche

auch nicht Opposition sein, sondern mußte sich für einen 'verbesserlichen Sozialismus' einsetzen.<sup>157</sup>

Thema dieses Diskurses waren die Art und Weise des gesellschaftlichen Engagements und Wirkens der Kirche — respektive der im kirchlichen Raum agierenden Intellektuellen — in der staatssozialistischen Gesellschaft der DDR.

In diesem Diskurs konkurrierten drei Positionen: a) Die Kirche soll sich begrenzen auf Seelsorge und, der strikten Trennung vom Staat folgend, keinen gestaltenden Einfluß auf die Gesellschaft anstreben. b) Die Kirche soll gestaltend in gesellschaftliche Vorgänge eingreifen, muß es sogar, wenn sie ihren Einfluß erhalten will. Dabei ist aber vor allem die institutionelle Rolle der Kirche gefragt. Die Form ist die einer diplomatischen Kompromißsuche in *Verhandlungen zwischen Institutionen*. c) Die Kirche muß sich gesellschaftspolitisch engagieren, aber vor allem, indem sie den *einzelnen* befähigt, sich kritisch und autonom mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Alle drei Positionen zielen auf eine Überwindung der Isolation, die mit der konservativ-antikommunistischen Position verbunden war, aber auf jeweils unterschiedliche Weise. Der Verlauf des Diskurses "Kirche im Sozialismus" ist wesentlich durch ständig wiederkehrende Variationen dieser Positionen gekennzeichnet.

Die Problematik der schwierigen Zusammenarbeit zwischen der Kirche und der SED bildet den Inhalt einer weiteren Gruppe von Erzählungen aus den siebziger Jahren. Immer wieder wird dabei das Spitzengespräch zwischen Kirchenvertretern und Erich Honecker vom 6. März 1978 angeführt. Die Kirchen erhielten einen größeren Spielraum in der DDR, sie fanden in die Rolle eines Interessenvertreters der Bevölkerung und wurden zunehmend auch eine Instanz des Konfliktmanagements. Berichte von Erfolg und Mißerfolg mögen sich die Waage gehalten haben. Die Hoffnung auf echte Mitgestaltungsmöglichkeiten mußte allerdings trügerisch bleiben, weil die Grundkonstruktion des administrativ-bürokratischen "Realsozialismus" keine autonom agierenden gesellschaftlichen Subjekte bzw. Kräfte kennt — sie passen nicht in die Systemlogik, weil diese auf der unmittelbaren Verkopplung aller gesellschaftlichen Subsysteme mittels eines übergreifenden Apparates — der Staatspartei — beruht. Insofern mußte die Vorstellung einer autonomen Kirche mit eigenem gesellschaftlichen Gestaltungseinfluß eine Illusion bleiben. Von seiten der Staatspartei blieb es Taktik, auf seiten der Kirche erzeugte sie die Illusion, man könne vielleicht doch bestimmte Züge einer plural verfaßten westlichen Gesellschaft im Sozialismus etablieren.

Dieser Diskurs verhalf zu einer lebberen Identität in einer weltgeschichtlichen Konstellation, wo es unmöglich schien, den Ost-West-Gegensatz zu beeinflussen, und mit seinem baldigen Ende nicht mehr zu rechnen war. Allerdings konnte dieser Diskurs auch niemals dominieren. Hätte die Staatspartei echte Machtteilung zugelassen, so wäre es zur Aufhebung der Grundlage des administrativ-bürokratischen Sozialismus gekommen — was seitens der Partei immer als Angriff auf den Sozialismus schlechthin wahrgenommen worden wäre. Also mußte sie alle

anderen gesellschaftlichen Subjekte entweder assimilieren (Gewerkschaften, andere Parteien, Jugendorganisationen usw.) oder deren Gestaltungsansprüche auf Dauer zurückweisen. Die Eigendynamik einer "Verbesserung des Sozialismus", die ja immer zu Kritik und Auseinandersetzung vorstoßen mußte, führte zwangsläufig zu konflikträchtigen Konstellationen, für die es in administrativ-bürokratischen Gesellschaften keine *politischen* Regelmechanismen gab. Es konnte daher niemals zur Bildung eines *politischen* Verhältnisses von Kirche und Staat bzw. Staatspartei kommen, sondern allein zu einem ewigen Hin und Her zwischen Kooperation und Konfrontation, gelöst und vermittelt durch Geheimdiplomatie und beargwöhnt von der Sicherheitspolizei. Eine Person wie Manfred Stolpe muß daher im Zwielficht erscheinen: Aus dem Blickwinkel eines normal geregelten Verhältnisses zwischen Kirche und Staat erscheinen seine Gespräche mit Offizieren der Staatssicherheit als suspekt. In einer Situation aber, in der es de facto keine offiziellen Regelmechanismen gab, blieb Stolpe, wollte er unmittelbar wirksam werden, wahrscheinlich nicht viel mehr, als sich in einem gewissen Maße auf die gegebenen gesellschaftlichen Praktiken einzulassen — Praktiken der SED.

## Der Diskurs der "Basisgruppen"

Ende der siebziger Jahre begann sich ein neuer Diskurs über das Leben in der DDR zu artikulieren. Es gab keinen einheitlichen Ausgangspunkt und auch keine synthetisierende Struktur, obwohl mit der Zeit eine zunehmende Synchronisation räumlich und inhaltlich auseinanderliegender Bewegungen zu beobachten ist. Kristallisationspunkte waren die Bedrohung durch einen Konflikt der Supermächte und die Bedrohung durch eine infolge rücksichtsloser industrieller Produktion zerstörte Umwelt. Eine wichtige Rolle im Prozeß des Zusammenführens spielte der Konziliare Prozeß, "die umfassendste freie Diskussion, die es in der DDR vor der Wende gegeben hat,"<sup>158</sup> der drei Leitideen verfolgte: "Frieden", "Gerechtigkeit", "Bewahrung der Schöpfung".<sup>159</sup>

**Christoph Dieckmann**, freier Kulturjournalist, Jahrgang 1956. Filmvorführer in Sangerhausen; Studium der Theologie in Leipzig und Berlin.

Christoph Dieckmann erinnert sich: "Wir sind mehr Kinder unserer Zeit als Kinder unserer Eltern. Wir kannten die DDR und nur die DDR. Wir wurden hier hineingeboren und sahen sie nicht als Provisorium. Ich schreibe dies "wir" achtsam, auf Einspruch gefaßt. Aber ich glaube, daß viele aus meiner Generation, die als Künstler, Lehrer, Publizisten oder sonstwie moralisch urteilen wollten, ihren Staat noch immer ernsthaft behandelt haben. Nach uns tat das niemand mehr. Gerade dort, wo wir den Staat am bittersten beklagten, maßen wir ihn daran, was er zu sein vorgab. Sozialismus, das war nie ganz verschlissen, trotz aller Per-

version. Ja, er hat uns angekotzt, der vulgär-ideologische Abhub, der Opportunismus der Mitläufer, der stinkende Müll der Medien, der Stuß der Parteilehrjahre, Fahnenappelle, Paraden, der zugeriegelte Alltag, der arrogante Umgang des Staates mit jenem Volk, dem er doch dienen sollte. Aber wir liefen nicht über, nicht nur, weil Ungarn noch geschlossen war. Die DDR schien von Bestand; sie machte auch historisch Sinn in einer bipolaren Welt, und daß die Geschichte dieses Ost-West aufgeben wollte, war nicht mal zu ahnen. Deutschland ein Staat? Gefährliches Geschwätz, die greise Marotte pfingstlich gestimmter Schlesier! Wir dachten links-rechts, nie national, und daß der Kapitalismus, global gesehen, ein Killer ist. Und viele, die 'Mandela' sagten, oder 'Nikaragua', importierten sich noch einmal jene politromantischen Hoffnungen, die wir für unser eigenes Land längst nicht mehr wagten."<sup>160</sup>

Der neue Diskurs setzt mit neuen Erzählungen über die DDR ein, die gewandelte Sozialisationserfahrungen verarbeiten. Der revolutionären Bewegung, den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der fünfziger und sechziger Jahre folgten Wohlstandsdenken und Stagnation. Spätestens nach der Biermann-Ausbürgerung wird die Kluft zwischen Schein und Phrase einerseits und Stagnation und sinnzerstörender Wirklichkeit andererseits offensichtlich. Die Erzählungen kreisen denn auch um vier Grundthemen: die Anpassung der Massen an das System; die Reformunfähigkeit der SED; die Korruption der staatlich geförderten Intelligenz und der Künstler; die Verlogenheit dieser Gesellschaft.

So berichtet z.B. Wolfgang Rüdtenklau: "Der Widerstand der jungen Leute richtete sich gegen die Untertanenmoral der kleinen Leute. Sie protestierten gegen die als sozialistisch bezeichnete Scheinidylle, gegen den Laubenpieper-Sozialismus", gegen die "Spießermoral, die zur Staatsdoktrin erhoben war".<sup>161</sup> Freya Klier sieht ringsum "passive Verhaltensmuster"<sup>162</sup>, die Menschen "fürchten das Unverabredete. Da ist bereits jede Lockerheit perdu."<sup>163</sup> Dagegen setzt B. Bohley ihre Erzählung: "Und ich hab mir geschworen, du wirst dich nicht anpassen, wirst nicht verträglich bleiben, nicht ruhig sein, wenn du mit einem Wort, einer Aktion Unrecht bezeugen oder verhindern kannst. Tust du es nicht, steckst du am Ende selbst bis zum Hals im Mist."<sup>164</sup> Und: "... von Konsumbedürfnissen rede ich gar nicht, weil ich von denen nichts halte."<sup>165</sup>

In den im Untergrund erscheinenden "Umweltblättern" hieß es im Frühjahr 1989: "... auf eine kuriose Weise scheinen unsere Landsleute, unsere lieben Deutschen, immerhin ihren Mut wiederentdeckt zu haben. Nicht für ein paar selbstverwaltete Projekte in der DDR. Die stehen nach wie vor vereinzelt da: bergwöhnt, gehaßt und verfolgt und bewundert, überschätzt und überlastet von den anderen ... Aber für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland ist der Mut nicht zu klein. Da steigen 'unsere Bürger' zu Tausenden aus und stellen Karriere, Besitz und Familie beiseite, riskieren sogar Gefängnisstrafen. Da werden plötzlich Selbsthilfegruppen geschaffen, andererseits aber auch Kinder als Geiseln zu Demos mitgeschleppt, Frau und Kin-

**Wolfgang Rüdtenklau**, Jahrgang 1953. 1971 Abitur in Eisenach; Arbeit als Pförtner, Nachtwächter, Friedhofsarbeiter, dabei Selbststudium der Geschichte, besonders der deutschen und russischen Revolutionsgeschichte; 1986 Mitbegründer der Umweltbibliothek bei der Berliner Zionsgemeinde und Redakteur der Samizdat-Zeitschrift "Umweltblätter".

**Freya Klier**, Jahrgang 1950. 1970-75 Schauspielstudium, 1978-82 Regiestudium; 1980 Mitbegründerin der autonomen Friedensbewegung; 1984 DDR-Regiepreis für die Uraufführung von Ulrich Plenzdorfs "Legende vom Glück ohne Ende"; 1988 Verhaftung und Ausbürgerung.

**Bärbel Bohley**, Jahrgang 1945. 1969 Studium an der Kunsthochschule Weißensee; seit 1974 freischaffende Malerin; 1982 Mitbegründerin des unabhängigen Netzwerks "Frauen für den Frieden"; 1985/86 Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte; 1988 Verhaftung wegen einer Protestaktion bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und Abschiebung nach England; 1989 Initiatorin der Bürgerbewegung "Neues Forum".

der sitzengelassen, Freunde und Solidaritätswillige verraten, — da ist jedes Mittel recht."<sup>166</sup> Und bereits vor der Wende wurde in den "Umweltblättern" zur Lage in der DDR konstatiert: "Sozialismus und Kommunismus sind Schimpfwörter geworden, nationalistisch-faschistische Gesinnung, Juden- und Ausländerhaß gehören in weiten Kreisen zum guten Ton. Im übrigen aber ist sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Subalternität und der Bewunderung von Reichtum und Macht einig. Der östliche Teil Deutschlands, dessen Angliederung der BRD-Kanzler Adenauer Anfang der fünfziger Jahre so fürchtete, weil dort schon immer links gewählt wurde, dieser Teil würde heute mit großer Wahrscheinlichkeit CDU/CSU oder noch weiter rechts wählen. Ein großartiges Ergebnis."<sup>167</sup>

An die SED als eine Kraft, die gesellschaftlichen Wandel bewerkstelligen könnte, glaubte ernsthaft niemand mehr. "Die SED-Führung besteht vor allem aus Stalinisten"<sup>168</sup>, selbst wenn über dialogwillige Kräfte innerhalb der SED nachgedacht wurde, dominiert der Verdacht, "daß jene Reformer nur mit dem Umsturz kokettierten, in Wirklichkeit aber ihre Privilegien und ihre sichere Stellung in der Partei allzusehr" schätzen.<sup>169</sup>

Den offiziell anerkannten Künstlern wurden mindestens ihre Privilegien vorgeworfen<sup>170</sup>, Hoffnungen über deren Möglichkeiten, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, waren enttäuscht. F. Klier erzählt: "Ein paar naive Unterschriftensammler haben sich zu Staatskünstlern und Schriftstellern aufgemacht; dort soll es besonders finster ausgesehen haben. Die sind völlig eingesackt, seit sie ihre großen Reiseprivilegien haben."<sup>171</sup>

Ein immer wiederkehrendes Thema ist die Verlogenheit der DDR-Gesellschaft. Die Zeitungen lügen, die "Aktuelle Kamera" lügt, im Schulunterricht wird Unaufrichtigkeit prämiert, die Wirtschaftsstatistik ist gefälscht, die Funktionäre kümmern sich nur noch um ihre persönlichen Vorteile, die Bonzen gehen im KaDeWe einkaufen, wichtige Probleme wie Umweltschäden, Neofaschismus, Notstand in den Krankenhäusern, Gewalt gegen Frauen sind einfach tabu.<sup>172</sup>

Vor diesem Hintergrund erfolgt auch eine kritische Distanzierung gegenüber der bisherigen Politik der Kirche. Der vorhergehenden Generation wird ihr Stillhalten und das Verfolgen egoistischer Interessen vorgeworfen. Das Konzept "Kirche im Sozialismus" überzeugt nicht mehr. Viele Kirchenfunktionäre "haben sich persönlich mit örtlichen Staatsorganen arrangiert und lassen sich die Harmonie nicht gern zerstören. Denn wenn sie nicht alles trägt, werden sie noch eine Zeitlang auf ihrem Posten in dieser oder jener Kleinstadt sitzen. Dieses Wissen schmälert ihre Risikobereitschaft um ein empfindliches Maß, bestimmt ihr vorrangiges Interesse an einem guten Verhältnis zu den örtlichen SED-Organen. Sind sie zuverlässig, so werden ihnen vom Staat Baukonzessionen erteilt ..., werden Visa-Probleme im Zusammenhang mit Reisetätigkeiten in den Westen nach dem flotten Motto 'Eine Hand wäscht die andere' bearbeitet."<sup>173</sup>

Bärbel Bohley erzählt 1991: "Die Kirche als Institution hat sich auch nicht mit aller Konsequenz für die Menschen hier eingesetzt. Dann wäre es schon längst zu einer Zuspitzung der Si-

tuation in der DDR gekommen und zu notwendigen Veränderungen. Eigentlich hat sie immer nur gebremst und damit zur Aufrechterhaltung des status quo zwischen Regierung und Gesellschaft beigetragen."<sup>174</sup> Wolfgang Rüdtenklau resümiert: "Überhaupt verhielten sich die Kirchenleitungen selbst nur ausnahmsweise mutig: sie hatten durchaus ihre Sonderinteressen. Fortschritte im Kampf um Freiräume wurden fast immer von einzelnen Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern durchgesetzt, oft gegen den erbitterten Widerstand der kirchlichen Orthodoxie."<sup>175</sup>

Friedrich Schorlemmer berichtet über die Kontroverse um die Losungen "Schwerter zu Pflugscharen" und "Frieden schaffen ohne Waffen": "Diese Parole wurden verboten, und sehr viele junge Leute, die in der Friedensbewegung sich engagiert hatten, waren resigniert, daß die Kirche hier, um das Gespräch über Friedensfragen fortsetzen zu können, gesagt hatte, gut, wir nehmen es aus der Öffentlichkeit raus, wir behalten es aber als Symbol für die Friedensdekade, also gewissermaßen für den innerkirchlichen Gebrauch, aber nicht für den öffentlichen, gesellschaftlichen. Das war die Trennung, ihr könnt ja in der Kirche machen, was ihr wollt, aber es soll gesellschaftlich nur in dem Sinne wirksam werden, wie es genau dem entspricht, was in der Zeitung steht. ... sehr viele junge Leute haben resigniert und gesagt, die Kirche hat uns verraten, wir wollten konsequent im Sinne des Nazareners Jesu Frieden schaffen ohne diese mörderischen Waffen."<sup>176</sup>

Hier treffen zwei gegensätzliche Sichtweisen aufeinander, die sich auf verschiedene Erzählmengen, die unterschiedliche Erfahrungen reflektieren, berufen können. Christiane Heinze und Detlef Pollack schreiben: "Die Kirchen hielten — auch aufgrund der im Machtkampf in den fünfziger Jahren mit dem Staat gemachten Erfahrungen — die entstandenen Machtverhältnisse für unveränderbar und richteten sich darauf ein. Unter bewußter Ausklammerung der grundsätzlichen Frage nach der Rechtmäßigkeit der Machtverteilung versuchten sie, die kirchlichen Handlungsspielräume auszudehnen und in Einzelverhandlungen dem staatlichen Verhandlungspartner so viele Zugeständnisse wie möglich abzurufen. Die sozialethisch engagierten Gruppen gingen zwar ebenfalls von der Unveränderbarkeit der Machtverhältnisse aus, im Unterschied zur Kirche waren sie jedoch nicht bereit, sich damit abzufinden. Vielmehr bestanden sie auf der Notwendigkeit grundlegender Machtumverteilungs- und Demokratisierungsprozesse, obwohl sie um die begrenzte Wirksamkeit ihres Engagements wußten."<sup>177</sup>

Als Reaktion auf diese Situation entstanden aber keine neuen Systemwürfe. Gesellschaftsmodelle als solche standen im Unterschied etwa zur früheren Arbeiterbewegung bzw. zum Marxismus nicht mehr zur Debatte, es ging viel eher um praktische Lösungen für konkrete Probleme auf einer Ebene unterhalb grundsätzlicher Modelle. Dies korrespondiert mit der Verankerung aller Alternativvorstellungen letztlich am bzw. im Individuum — anstelle der in marxistischen Bewegungen üblichen Zentrierung um gesellschaftliche Verhältnisse bzw. um "Systeme". "Gegenüber einer Diktatur des einstigen Glücks der Menschheit, deren Erfolg übrigens schon in ein sehr fragwürdiges

Licht geraten war, haben wir als Maßstab die Freiheit, die Moral und das Glück des einzelnen angeführt."<sup>178</sup> Das Ziel, Menschenrechte und individuelle Freiheit als Bedingung selbstbestimmter Verhaltensänderung innerhalb der DDR durchzusetzen, war eine Vorstellung, die zunächst unabhängig von den Systemstrukturen der Gesellschaft gedacht werden konnte und sich insofern — gemeinsam mit neuen sozialen Bewegungen im Westen — durchaus als systemübergreifende Erneuerung verstand. Sie konnte sich in der DDR durchaus als ein Konzept zur Veränderung und Verbesserung des Sozialismus verstehen und darstellen, auch wenn der originäre Impuls dieser Bewegungen nicht aus dem sozialistischen Diskurs stammt, jedenfalls nicht aus dem Umfeld der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung bzw. Parteien. Gerade die Orientierung an der Friedensfähigkeit des einzelnen als Alternative zu der Orientierung an der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse — Analoges kann für Ökologie, dritte Welt, Demokratie usw. gesagt werden — stellt den fundamentalen Unterschied zu einem wie auch immer reformierten sozialistischen Modell dar. Hier liegt auch der Hauptunterschied — konzeptionell wie kulturell — zwischen den DDR-kritischen Oppositionsbewegungen im Umfeld der Kirche und den Reformbewegungen im Umfeld der SED. Letztere haben immer eine systemzentristische Betrachtung von Reformbedingungen zum Ausgangspunkt. Selbst wenn in den späten siebziger Jahren von SED-Reformern die These von der "freien Entwicklung der Individualität des einzelnen" gegen das dogmatisch-stalinistische Gesellschaftskonzept vorgetragen wird, meint dies nicht Entschlüsse des einzelnen, sich anders zu verhalten, sondern eine erforderliche Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Neuformierung allenfalls als mit der Selbstveränderung des einzelnen oder der Erziehung der Erzieher zusammenfallend begriffen wird. Eine vom einzelnen ausgehende Erneuerung der Sozietät ist den aus marxistisch-leninistischen Traditionen entstammenden Sozialismusreformkonzepten nicht nur fremd, sondern erscheint aus deren Perspektive als realitätsfern, utopisch, unwissenschaftlich.

Ein immer wiederkehrendes Motiv war der Anspruch, ein herrschaftsfreies Leben<sup>179</sup> verwirklichen zu wollen. Feindbilder sollten auch im privaten Bereich abgebaut werden<sup>180</sup>, es ging um Mut zu "selbstverwalteten Projekten"<sup>181</sup>, um den Anspruch, ein "ganzheitliches Leben zu führen".<sup>182</sup> So war z.B. der tragende Ansatzpunkt der "Solidarischen Kirche": "... untereinander herrschaftsfreie Strukturen installieren, modellhaft für Kirche und Gesellschaft solidarisches Handeln trainieren".<sup>183</sup> Hier knüpfen das Auftreten gegen das Prinzip der Abschreckung in den internationalen Beziehungen ebenso an wie eine Kritik an jeder Form der Abgrenzung überhaupt. So heißt es in dem Synodalantrag "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" vom April 1987: "... wer das Abschreckungsprinzip ablehnt, muß auch dazu aufrufen, die den Dialog behindernden Abgrenzungen zu beseitigen. Nur so wird Friedenspolitik wirklich glaubwürdig und unumkehrbar."<sup>184</sup>

Aus diesem Kontext ist es nicht verwunderlich, wenn immer wieder gesagt wird: "... daß der Kapitalismus keine Alternative ist, braucht man uns nicht zu erzählen."<sup>185</sup> Im Gegenteil, die gesellschaftliche Ordnung in der DDR wurde durchaus als eine brauchbare Ausgangsbasis für die Verwirklichung solcher Vorstellungen angesehen. So meinte etwa Bärbel Bohley: Es gab gute Voraussetzungen dafür in der DDR, z.B. "daß der Boden allen gehört, nicht einigen wenigen, daß man mit dem Boden nicht spekulieren kann."<sup>186</sup>

In diesen Diskurs gehören auch Geschichten über die Begegnung mit kommunistischen Dissidenten. Richard Schröder berichtet über den "Theologisch-Philosophischen Studienkreis" bei der Studienabteilung des Bundes der Evangelischen Kirchen. "Eine Reihe junger Pfarrer ... stieß zu dem Kreis, nämlich Martin Gutzeit, Markus Meckel und Arndt Noack. ... Sie brachten Freunde mit, die aus dem vom offiziellen Marxismus-Leninismus beherrschten staatlichen Bereich kamen, aber mit der SED unliebsame Erfahrungen gemacht hatten, nämlich Ibrahim Böhme, Lothar Pawliczak und Wolfgang Templin."<sup>187</sup> Bärbel Bohley erzählt von ihrer Begegnung mit Robert Havemann<sup>188</sup>, Pfarrer Linke über Treffen mit Ulrich Plenzdorf, Stefan Heym, Jurek Becker<sup>189</sup>. Auch diese Erfahrungen werden zu einer eigenen Identität verarbeitet: Wir sind bereit, "auch von Andersdenkenden zu lernen, wenn sie für die Interessen ihrer Nächsten eintreten" (wir haben keine Angst vor Atheisten); konkretes Handeln kann unterschiedliche Gestalt haben und darf nicht in ein theologisches Konzept gezwängt werden.<sup>190</sup>

In diesen Kontext gehören auch Erzählungen über Wolf Biermann. Christoph Dieckmann: "Für mich ist Wolf Biermanns Ausbürgerung 1976 das erste richtige DDR-Erlebnis gewesen. Was davor lag, war Spielerei, Mensch-ärgere-dich-nicht: das ideologische Gerangel in der Schule, EOS-Verweigerung mangels FDJ, Zoff in der Lehre, GST-Lager ... Biermanns Kölner Konzert, jener Spätherbstabend mit drei Stunden ARD, machte manches Vage zu. ... Das Köln-Konzert gehörte zur liturgischen Grundausstattung der Feten des Winters 76/77. Aus zerfledderten Kladden abgetippt, kursierten die Texte, selbstredend mit Vorsicht. Wahrheit als Geheimbündelei ..."<sup>191</sup>

In diesem Diskurs wurden schließlich auch spezifische Praktiken im Umgang mit der gesellschaftlichen Realität der DDR kultiviert. Die vorherige Generation hatte aus den fünfziger und sechziger Jahren die Schlußfolgerung gezogen, daß es nichts nützt, den Staat zu provozieren; sie erzählten die Geschichten von auffahrenden Panzern, von der Fruchtlosigkeit einer simplen Konfrontation zwischen Staat und Kirche. Sie übten eine *Kultur der Verhandlungen* mit der SED, mit dem Staatssekretariat für Kirchenfragen<sup>192</sup> und erzielten auf diese Weise Erfolge. Bedingung dafür war, daß die Spielregeln eingehalten werden mußten — keine Öffentlichkeit, Ausschluß der Westmedien, Kirchenfunktionäre unterbinden "Provokationen" gegen die DDR auf kirchlichen Veranstaltungen. Die Gruppen der achtziger Jahre wollten das, wie bereits gezeigt, nicht akzeptieren. Sie setzten auf eine entgegengesetzte Strategie: Öffentlichkeit suchen, den Staat und die

**Richard Schröder**, Jahrgang 1943. 1958 keine Zulassung zur Oberschule; 1962-68 Theologiestudium; 1977-90 Dozent des kirchlichen Lehramts am Sprachenkonvikt Berlin; Dezember 1989 Eintritt in die Ost-SPD.

**Martin Gutzeit und Markus Meckel**, beide Jahrgang 1952, und **Ibrahim Böhme**, Jahrgang 1944, gründeten mit anderen zusammen am 7. Oktober 1989 die Ost-SPD (SDP).

Spießler *provizieren*, um ihre Verlogenheit zu entlarven. Dafür entwickelten sie neue Praktiken bzw. übernahmen sie von den neuen sozialen Bewegungen im Westen. Menschenketten, Mahnwachen, Friedensgebete, Fahrraddemos, Kreuze an kranken Bäumen, eigenwillige Plakate auf offiziellen Staatsveranstaltungen, autonome Untergrundpublizistik usw. sind Praktiken, die in diesem neuen Diskurs kultiviert werden. In den Augen der vorhergehenden Generation erscheinen sie immer als Methoden, die das über Jahre hinweg Erreichte leichtfertig aufs Spiel setzen — in der Perspektive des neuen Diskurses erscheinen die Verhandlungen, das Einhalten der Spielregeln als verlogen und kontraproduktiv.

Die neue Generation erzählt von ihren Versuchen, eine unabhängige Publizistik in der DDR zu installieren; von ihrer Aktion auf der SED-Demonstration zu Ehren Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs; von Baumpflanzaktionen; von Menschenketten und Fastenaktionen; von Spaziergängen durch den toten Wald im Erzgebirge; von Kinderläden; von der Einrichtung einer "Umweltbibliothek", "um *dem Monolog des Staates die Widerrede entgegenzustellen*"<sup>193</sup>; vom Olof-Palme-Friedensmarsch mit eigenen Losungen; vom "Kirchentag von unten"; von der Gründung einer autonomen Antifa.<sup>194</sup> Im gleichen Atemzug werden zu all diesen Geschichten komplementäre Geschichten über die Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit erzählt: Verfolgung durch die Stasi, Verhaftungen, Haussuchungen, Auflösung von Demonstrationen, das Rätseln darüber, wer als IM für die Stasi arbeitet usw. Erzählte die vorhergehende Generation über die komplizierte Zusammenarbeit mit der SED, über Fortschritte und Rückschläge, so die neue Generation vor allem von ihrer Konfrontation mit dem Machtapparat. Und immer wieder "nächtelange Diskussionen: warum wir bleiben, warum wir gehen."<sup>195</sup>

---

# Wende, Revolution, Ausblick

---

*In der Erinnerung gilt der Prozeß der deutschen Einheit als zwangsläufig. Dennoch gab es damals Alternativen. Ihr Scheitern mag durch die Übermacht Westdeutschlands oder durch die Schwäche der DDR-Wirtschaft bedingt sein. Es kann aber auch durch eine bestimmte diskursive Konstellation erklärt werden, die sich aus den bisher dargestellten Identitäten ergab. Sie schloß eine Neukonstitution der DDR auf demokratischer Grundlage aus, was im folgenden diskutiert wird.*

Die Revolution im Herbst 1989 riß die verschiedenen politischen Diskurse aus der Alltäglichkeit ihrer randständigen Existenz. Historisch langsam geformte Identitäten wurden für einen Augenblick geschichtsmächtig und mußten ihre Orientierungsleistungen auf der Bühne der Weltgeschichte beweisen — im Verhalten der verschiedenen politischen Kräfte wurden sie endlich praktisch relevant. Die Wende-Konstellation tangierte aber auch die bisher feststehenden Fixpunkte, die Gegenstände der Identifikation wie die der Negation — Staat, Partei, Macht — verfielen von Tag zu Tag.

Einen ersten Moment lang sah es so aus, als könnte die Revolution im Herbst 1989 die Macht in die Hände der SED-Reformer treiben. Sie wollten die SED möglichst von innen und "hintenrum" reformieren, ohne zu viele offene Brüche und vor allem ohne das Risiko, Macht und Staat zu verlieren. Sie selbst waren felsenfest davon überzeugt, daß ihnen die Macht zustünde und niemand anderes aus der Misere herausfinden könnte. Schließlich hatten sie schon lange über Konzepte für diesen Augenblick nachgedacht. So kompetent sie bis zum Oktober 1989 für die Dimension der Sachprobleme und die Notwendigkeit grundlegender Reformen gewesen waren, so unsensibel bewegten sie sich im Herbst 1989 im Umgang mit der Opposition und mit der demonstrierenden Bevölkerung. Wieder gerieten die Reformer in ein *Dilemma*: Einerseits erkannten sie durchaus die Notwendigkeit, spätestens am 4.11.1989 den offenen Schnitt mit der SED-Führung unter Krenz zu vollziehen, mit dem Machtapparat der Partei, mit einer überlebten Sozialismuskonzeption und einer prinzipienlosen Politikpragmatik — auch und gerade der Modrow-Regierung. Dem standen andererseits aber ihr Selbstverständnis und ihre kulturellen Bindungen an Macht, Apparat, Mission, Avantgardismus entgegen. Auch wenn bei Begründungen für eine weitere Bindung an die SED immer "rational" argumentiert wurde, waren sie nicht einfach Ausdruck kühler Kalkulation der Vorteile von Apparaten im Machtkampf. Vielmehr verrieten sie die Mächtigkeit irrational gewordener Sentimentalitäten — nur dies erklärt, warum Modrow mit seiner "Geheim"-Rede auf dem Dezember-Parteitag die Auflösung der SED verhindern konnte, warum sich keine selbständigen neuen Organisationen bildeten und die Unselbständigkeit programmatisch unvereinbarer Strömungen, Generationen und Identitäten in dem Unternehmen "SED-PDS" erneut zementiert wurde. Nur mit einer Distanzierung von der eigenen kulturellen Identität hätte eine Abspaltung des Reformflügels von der SED erfolgen können, hätte autonome Handlungsfähigkeit gewonnen und eigene Politik praktiziert werden können. So aber entwickelten die Reformer zwar die Programmatik, die dankenswert als Fassade angenommen wurde — die Politik aber blieb in den Händen programmloser Alt-Bürokraten mit einem moralisierenden Pragmatiker als Regierungschef. Aber man wollte das Schlachtschiff nicht aufgeben.

Nicht rational kalkulierte Programmpunkte und Taktiken, sondern kulturelle Identitäten verhinderten, daß sich die SED-Reformer schnell und deutlich genug von der alten SED und den ge-

Das Dilemma der  
SED-Reformer

scheiterten Idolen lösten. Sie warfen ihren Hegemonialanspruch nicht zeitig genug über Bord, waren von der alten SED nicht klar unterscheidbar und konnten kein akzeptabler Partner der Bürgerbewegungen werden. Der Grund war die Unentschlossenheit, Krenz nach dem 4.11. sofort zum Rücktritt zu zwingen und die SED zu spalten. Die Bildung der Modrow-Regierung ohne Vertreter der Bürgerbewegungen. Auf der Straße eine Revolution — und das Parlament in Filzpantinen vor dem ARD-Fernsehprogramm. Das Lavieren von Modrow und seiner Regierung gegenüber dem Runden Tisch.

Kein Zusammengehen von Bürgerbewegungen und SED-Reformern

Anfängliche Bündnisse zwischen SED-Reformern und Bürgerbewegungen funktionierten vor und bei Beginn der Wende nur, solange es um die Demontage des Honecker-Regimes ging, als man Krenz auflaufen ließ und mit Abstrichen bei der Demontage des Medienmonopols der SED.<sup>196</sup> Aber die Übereinstimmungen reichten nicht für wirkliche Kooperation, die immer mit dem Hegemonialanspruch der SED-Reformer kollidierte. Ebensowenig waren die Bürgerbewegungen (einschließlich der frühen SDP) zu einer kooperativen Politik gegenüber dem Reformflügel der SED imstande. Sie wollten es ohne "Belastete" schaffen. Die Differenzierung zwischen der alten, reformunwilligen SED und den möglicherweise davon zu unterscheidenden Reformerkreisen blieb politisch bedeutungslos. Reformers aus der SED wurden allenfalls als Individuen akzeptiert. "Tretet dort aus und bei uns ein", war das Angebot, das immer an einzelne gerichtet war, nicht an die politische Gruppierung. In den Ohren der SED-Reformer klang es: "Gebt euch, euer Gewordensein, eure Ideale auf und nehmt unsere an." Nur wenige haben das getan. Ein relativ kleiner Teil des Reformerkreises verschwand mit der Austrittswelle zwischen Dezember und März, und wenige haben eigene Organisationsformen versucht. Die meisten Aktivisten entschieden sich im Januar/Februar 1990 wohl für das Projekt "PDS", in der das Dilemma des Reformerkreises der SED nicht aufgelöst, sondern erneut eingefroren wurde. Viele traten zwar im Folgejahr doch aus, blieben aber ohne relevante Möglichkeiten, sich politisch in einer Weise zu organisieren, die ihnen statt Verdrängung einen reflektierten Umgang mit der eigenen kulturellen Identität ermöglichen würde.

Die beiden Intellektuellengruppierungen hatten in politisch-programmatischer Hinsicht durchaus keine unvereinbaren Vorstellungen. Aber die programmatischen Ziele bildeten nur das Medium, in dem beide Gruppen versuchten, ihren Diskurs zum gesellschaftlich maßgeblichen zu machen. Die kulturellen Identitäten waren *unversöhnlich*, die entgegenstehenden Verhaltensmuster saßen zu tief und zu fest. Man tolerierte und akzeptierte den anderen nicht als gleich. Die einen litten an ihrem Avantgardismus und Hegemonialanspruch, die anderen sahen nur Belastete, unmoralische Machtdiener, die nicht bereit waren, reuevoll die Bühne zu verlassen oder unter fremder Flagge weiterzuspielen.

Das kulturell unterschiedliche Verhältnis zu Staat und Macht, zu Staatsapparaten (Armee, Geheimdienst, Planungsbürokratie) trennte. Die SED-Reformer suchten nach einer praktischen Strategie für die Erhaltung bzw. Herstellung funktionsfähiger

ger Staats- und Wirtschaftsstrukturen und ließen dabei die notwendige diskursive Einbindung der auf der Straße *demonstrierenden* Bürger, eine für sie nachvollziehbare Perspektive, außer acht. Den Verlust ihrer hegemonialen Position fürchteten sie schon, sahen aber nur die Gefahr sachlicher Inkompetenz und nicht die des Legitimationsentzugs. Die Bürgerbewegungen mit dem kulturellen Hintergrund des vom Staatssozialismus der DDR marginalisierten Intellektuellen hingegen waren außerstande, den Standpunkt der Gesellschaftsmaschinerie, der Apparate zu denken und zu fragen: Wie kann eine unseren Vorstellungen entsprechende *Rekonstruktion der Macht* positiv aussehen? Die Rekonstruktion der Macht kam in ihrem Kulturverständnis nicht vor.

Diese Defizite konnten nicht durch eine Kooperation beider Bewegungen kompensiert werden, eine für die Bevölkerung auf der Straße akzeptable Reformalternative mit integrativem Gehalt kam nicht zustande, die DDR wurde politisch nicht wieder handlungsfähig. Ohne eine von innen her legitimierte Macht ließ sich weder ein selbstbestimmter Weg finden noch konnten die Interessen der DDR-Bevölkerung bei der Vereinigung mit der westdeutschen Bundesrepublik geltend gemacht werden. Statt dessen vertraten im Vereinigungsprozeß West-Parteien (mit kleinen Ost-Komponenten) *beide* Seiten — DDR und BRD —, und die originären Bewegungen der DDR blieben nicht nur in der Minderheit, sie blockierten sich auch gegenseitig.

Eine wirklich offene historische Konstellation bestand u.E. etwa von Ende Oktober bis Ende Dezember 1989. Danach stand fest, daß die Reorganisation der politischen Macht in der DDR durch die Vereinigung mit Westdeutschland realisiert werden würde. Offen blieb zunächst nur noch, ob die deutsche Vereinigung als Übernahme der westdeutschen Ordnung oder als Neubestimmung eines politischen Gemeinwesens in einem verfassungsgebenden Diskurs verwirklicht werden würde. Die Verfassungsfrage war die letzte Möglichkeit, einen übergreifenden Diskurs in Gang zu setzen und einen neuen Grundkonsens zu konstituieren, aus dem heraus eigene politische Gestaltungsansprüche für die deutsche Vereinigung hätten eingebracht werden können. Die Arbeit am Verfassungsentwurf des Runden Tisches schien dafür ein glücklicher Ausgangspunkt zu sein. Bürgerrechtler wie SED-Reformer wollten eine Verfassung auf der Basis moderner westlicher Entwicklung, aber diese zugleich weiterführend. Rosi Will: "Zum Beispiel war klar, daß das, was an Grundrechten im Grundgesetz (der BRD) steht, in vollem Umfang erscheinen muß. Die Frage war, ob man es erweitern kann. ... Kann man z.B. Grundrechtsträgerschaften erweitern? Kann man alle Grundrechte, die im deutschen Grundgesetz stehen, zu Menschenrechten machen? Da haben wir gesagt, ja. Nicht nur für Deutsche, wie es für bestimmte Grundrechte jetzt gilt. Kann man eine Bindung Dritter an Grundrechte erreichen? Also Privater, denn klassisch ist nur der Staat in seinem Handeln an Grundrechte gebunden. Private haben Grundrechte, sind aber nicht wie der Staat verpflichtet, die Grundrechte anderer zu gewährleisten. Das ist die berühmte Frage der Drittwirkung. Da haben wir in bestimmten Bereichen gesagt, ja, Dritte sind gebunden. ... Bei den

Alternativen im  
Herbst 1989

klassischen Freiheitsrechten haben wir die Justizrechte detaillierter und präziser formuliert. Abschaffung der Wehrpflicht. Und dann natürlich die wirtschaftlichen und sozialen Rechte eingeführt, die im Grundgesetz komplett fehlen, haben Arbeit, Bildung, soziale Sicherung usw. aufgenommen. Da waren insbesondere die Vorwürfe gegen die Weimarer Verfassung zu beachten. Es durften keine Leerformeln werden, was immer der große Vorwurf gegen Weimar war. Wir haben die sozialen Grundrechte daher so ausgestaltet, daß sie justitiabel und handhabbar gemacht werden können. Schließlich wurden Gruppenrechte eingeführt, also z.B. Bürgerinitiativen verfassungsrechtlich in ihrem Handeln geschützt und Teilnahmerechte an Verwaltungsverfahren eingeführt. Im Staatsorganisationsbereich wurde die repräsentative Demokratie ergänzt durch Plebiszit. Also es gibt viele Sachen. Wir haben eine wirkliche Trennung von Staat und Kirche eingeführt und das Parteienverbot anders geregelt als im Grundgesetz.<sup>197</sup>

Das Scheitern einer Reform der DDR

Die Entscheidung gegen einen verfassungsgebenden Prozeß fiel schließlich im April 1990 in der Volkskammer, was bedeutete, daß die DDR ohne eine staatliche Neukonstitution in die Vereinigung mit Westdeutschland gehen sollte — die historisch offene Situation war nun auch hinsichtlich der Art deutscher Vereinigung beendet. Nachdem ein übergreifender Diskurs gescheitert und ein neuer Grundkonsens nicht zustande gekommen waren, begannen sich die bisherigen Diskurse und Identitäten — wenn auch mit verschobenen Wertigkeiten und Dominanzen — zu revitalisieren. Dies war eigentlich auch zu erwarten, es ist eher der natürliche Gang der Dinge, bei dem historische Taten und kreatives Hinauswachsen über die Grenzen eigener Identität nicht mehr vorkamen. Nach unserem Eindruck aber bestand in der Wendekonstellation sehr wohl die Alternative, einen anderen Diskurs zu konstituieren, und zwar solange sich die politische Bewegung in der DDR vor allem als Überwindung der Sprachlosigkeit und Beginn eines Kommunikationsprozesses zwischen "Macht und Volk" bestimmte.<sup>198</sup> Dafür standen die Metaphern "Dialog", "Neues Forum", "Runder Tisch". Dazu zählten auch Versuche, zwischen SED-Reformern und Bürgerbewegungen zu Gesprächen zu kommen und in dem einen oder anderen Fall politisch zu kooperieren. Höhepunkt dieses Ringens um die Möglichkeit eines neuen Diskurses war die Demonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz für Pressefreiheit, die gemeinsam von Bürgerbewegungen und SED-Reformern vorbereitet wurde. Warum führte diese Bewegung nicht zu einem neuen Selbstverständnis der politischen Akteure in der DDR? Warum konnte der 4. November nicht Ausgangspunkt neuer Erzählungen werden?

Die üblichen Antworten — der Verweis auf die Global-Konstellation (UdSSR-Verfall), auf den unterschätzten deutschen Nationalismus oder auf die Bundesregierung bzw. die Westparteien ("Okkupation") — verbauen eher Einsichten in die historische Dynamik. Wir sehen drei Prozesse, deren Ursachen in den von uns untersuchten Diskursen selbst zu liegen scheinen:

1. Die SED-Reformergeneration hatte 1989 zwar den "Dialog" mit der Bürgerbewegung gesucht, ohne aber jemals die Option einer echten Machtteilung zu akzeptieren. Das betrifft das Verhalten der Modrow-Regierung sowie vor allem die Entscheidung, die SED nicht aufzulösen, sich auch nicht von ihr abzuspalten, sondern sie zur PDS zu reorganisieren. Damit aber wurde das Entstehen einer neuartigen politischen Kräftekonstellation, in der niemand mehr eine alles erdrückende SED fürchten mußte, verhindert. Die Tatsache, daß sich viele kritisch eingestellte SED-Mitglieder in den Dienst der Reorganisation dieser Partei stellten, steigerte noch das Mißtrauen, das die sich gerade erst bildenden politischen Kräfte angesichts dieser Riesenpartei und ihrer Apparate empfinden mußten. War doch zu befürchten, daß die SED mit ein paar intelligenten Reformthesen à la Gorbatschow die noch junge Opposition an die Wand drücken würde.

Die SED-Reformer dachten jedoch nicht aus diesem Blickwinkel. Sie wollten die SED möglichst von innen und "hintenrum" reformieren, ohne allzu viele offene Brüche und vor allem ohne die Macht und den Staat zu riskieren. Schließlich war ja gerade die Option auf die Macht in den Jahren vor der Wende die ultima ratio für ihr Verbleiben in der Partei. Sie fühlten ihre Stunde gekommen, um ihr gesellschaftstheoretisches know-how und ihre Intimität mit der Macht gegen die bereichsspezifische Inkompetenz der bis dahin marginalisierten Intellektuellen auszuspielen.

2. In den Bürgerbewegungen kam es unter dem Druck einer gesamtdeutsch votierenden Bevölkerungsmehrheit, beginnend in der zweiten Dezemberhälfte 1989, zunehmend zu einer Differenzierung des Selbstverständnisses. Ein relativ großer Teil verstand sich nicht mehr als Initiator und Mittler eines Diskurses, sondern als Bewerber um einen Teil der Macht und in diesem Sinne als Partei. Ausdruck dafür war, daß für diesen Teil die Ablösung der Modrow-Regierung durch die Vorverlegung der Volkskammerwahlen Vorrang vor der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung bekam. Der dann beginnende Wahlkampf mußte zwangsweise zu einer Revitalisierung der alten Diskurse führen. Nur durch ein geschicktes Anknüpfen an die verschiedenen Identitäten der DDR-Bevölkerung — an die verschiedenen Erzählmengen (Antifaschismus, soziale Errungenschaften, dritter Weg; Privilegien, Stasiterror, Wirtschaftskrise, Machtmißbrauch) — konnte Wählerunterstützung mobilisiert werden. Die neugewählte Volkskammer aber verstand sich nicht als konstituierende Versammlung für ein neues Gemeinwesen, nicht als Forum für die Ausarbeitung eines neuen Grundkonsenses, sondern zunehmend als Forum zur Verabschiedung der für einen schnellen Beitritt erforderlichen Gesetze. Entscheidend dafür war die Ablehnung einer Verfassungsdebatte. Der Verfassungsentwurf, noch in der diskursiven Konstellation des Herbstes 1989 am Runden Tisch entstanden, wurde von der Volkskammer fallengelassen. Das Zünglein an der Waage bildeten Stimmen der aus dem Spektrum der Bürgerbewegungen hervorgegangenen Ost-SPD, deren Volkskammerfraktion zum Teil gegen die Behandlung des Verfassungsentwurfs im Ausschuß

Reorganisation statt  
Destruktion der SED

Bewerbung um die  
Macht statt  
Konstitution

votierte und dadurch der "Allianz für Deutschland" zur Mehrheit verhalf.<sup>199</sup>

### Mythos "Wirtschaftswunder"

3. Schließlich haben auch die westdeutschen Diskurse eine Rolle gespielt. Die DDR-Bevölkerung wurde mit dem Mythos eines Wirtschaftswunders zur Unterstützung der "Allianz für Deutschland" gedrängt. Nicht eine Erzählung aus der Geschichte der DDR oder vom Prager Frühling oder der sowjetischen Perestroika machte bei den Volkskammerwahlen das Rennen, sondern eine aus Westdeutschland. Der damit provozierte Druck der DDR-Bevölkerung auf eine absehbare und gesicherte Perspektive durch die Einführung der DM und einen schnellen Beitritt stieß in Westdeutschland auf eine erstaunliche Bereitschaft, diesem Druck einfach nachzugeben. Die Westdeutschen wurden so in gewisser Hinsicht Opfer ihrer eigenen Mythen. Weder die Bundesregierung noch die westdeutschen politischen Parteien erachteten es für notwendig, den Prozeß der Selbstfindung in der DDR zu fördern. Das trifft auch auf die intellektuellen Diskurse Westdeutschlands zu, die nicht mit einem Sturm der Entrüstung auf das Ansinnen reagierten, die deutsche Einheit ohne einen öffentlichen Diskurs über ihre Zweckmäßigkeit, Bedingungen und Fristen zu konstituieren. Die eher gleichgültige oder ablehnende Haltung zu einem gesamtdeutschen verfassungsgebenden Prozeß hat u.E. vor allem einen Grund: Befürchtet wurde (nicht zu unrecht), daß die gesellschaftlichen Bestände der Bundesrepublik in einem Neubestimmungsprozeß zur Disposition gestellt werden könnten, das erreichte Maß an Zivilgesellschaft und Aufklärung fraglich werden könnte. Insofern drückten die Intellektuellen nur die Stimmung in der politischen Klasse wie auch in der Bevölkerung aus: die deutsche Vereinigung war kein ernsthaftes Moment ihrer Identität. Trotz aller Beschwörungen blieb sie ein diskursives Tabu. Ihre Dynamik manifestiert sich in der kollektiven Erinnerung daher auch vor allem als zwangsläufig und unbeeinflussbar. Eine Gestaltung der deutschen Einheit mit Veränderungen für die Bundesrepublik war unvorstellbar und unerwünscht.

So oder so, die Chance für einen neuen Diskurs, der nicht einfach die Fortsetzung der bisherigen ost- und westdeutschen Diskurse ist, wurde nicht wahrgenommen: nicht von den SED-Reformern im November und Dezember 1989, nicht von der frei gewählten Volkskammer, nicht von der politischen und intellektuellen Klasse Westdeutschlands im Vorfeld der Währungs- und Wirtschaftsunion.

Weder die Währungsunion noch die deutsche Vereinigung am 3. Oktober markieren daher den Beginn eines neuen gesamtdeutschen Diskurses, sondern allenfalls den Start in einen Taumel von Selbsttäuschungen und Schuldzuweisungen. Die 1990 getroffenen Entscheidungen sind irreversibel, auch westdeutsche Identitäten werden fraglich, es kommt zu Rundumschlägen und bösen Schuldzuweisungen.<sup>200</sup> Offensichtlich ist, daß sich in Ostdeutschland alte Diskurse zunächst in den Debatten um "Stasi", "SED", "Blockflöten", um die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR, um die Stellung der DDR-Künstler zur SED usw. revitalisieren —

auch unabhängig von der unbestreitbaren Tatsache, daß sie im aktuellen politischen Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen der politischen Klasse Westdeutschlands funktionalisiert werden. Wo die eine Seite Verstrickung in Macht und Unterdrückung sieht, beharrt die andere Seite auf ihren guten Absichten und, je nachdem, auch auf positiven Resultaten. Dabei stehen sich nicht selten die gleichen Personen gegenüber wie vor der Wende. Jeder reklamiert die Gültigkeit des eigenen Diskurses — ohne Gültigkeitsgrenzen diskursiver Identitäten zu akzeptieren. Natürlich kann auch keine Seite einfach die Gültigkeit der Normen der anderen Seite anerkennen. Es wäre der Verlust der eigenen Identität.<sup>201</sup> Die Reproduktion dieser "Seiten" zeigt schon das (vorläufige) Weiterwirken der alten Diskursidentitäten.

Handlungsrelevant aber können die alten Diskurse kaum noch sein, denn es gibt eine andere deutsche Realität und sich rasch zuspitzende Konflikte in den Rahmenkonstellationen: Ende des Wachstums, die heraufziehende ökologische Katastrophe, der Verfall von Lebensqualität, Konflikte in Ost- und Südosteuropa, dritte Welt, Weltwirtschaft. Die alten Gefechte mögen die jeweiligen Aktivisten weiterführen. Wir vermuten, daß viele Ostdeutsche, die in den letzten Jahren der DDR für Politik Interesse zeigten, sich jetzt angesichts dieser anachronistischen diskursiven Situation zurückhalten. Jenseits der politischen Szenerie gehen sie ihren privaten Angelegenheiten nach, viele konzentrieren sich auf die Erfordernisse der beruflichen Anpassung, nicht wenige in den großen Städten engagieren sich in einer Vielzahl von Projekten — Bildungs- und Forschungsvereine, Verlage, Selbsthilfegruppen, mittelständische Wirtschaftsunternehmen. Offen bleibt, ob es Wege gibt, diese ungebundenen Potentiale wieder in die Politik einzubringen. Offen bleibt, ob es den etablierten Parteien gelingen wird, an die Erfahrungswelten der Ostdeutschen auf eine Weise anzuknüpfen, die sie nicht entlang alter Brüche gegeneinander ausspielt, sondern zu den akuten Problemen der 90er Jahre in Bezug bringt.

Das Begehren sagt: *»Ich selbst möchte nicht in jene gefährliche Ordnung des Diskurses eintreten müssen; ich möchte nichts zu tun haben mit dem, was es Einschneidendes und Entscheidendes in ihm gibt; ich möchte, daß er um mich herum eine ruhige, tiefe und unendlich offene Transparenz bilde, in der die anderen meinem Erwarten antworten und aus der die Wahrheiten eine nach der anderen hervorgehen; ich möchte nur in ihm und von ihm wie ein glückliches Findelkind getragen werden.«*

Und die Institution antwortet: *»Du brauchst vor dem Anfangen keine Angst zu haben; wir alle sind da, um dir zu zeigen, daß der Diskurs in der Ordnung der Gesetze steht; daß man seit jeher über seinem Auftreten wacht; daß ihm ein Platz bereitet ist, der ihn ehrt, aber entwaffnet; und daß seine Macht, falls er welche hat, von uns und nur von uns stammt.«*  
Michel Foucault, *L'ordre du discours*, Paris 1972

---

# Methodischer Exkurs: Politische Diskurse und Narration

---

*Ausführlicher als in der Einleitung wird das Konzept dieses Buches, das gleichzeitig Ausgangspunkt für Folgeuntersuchungen sein soll, erläutert. Es wird die Frage diskutiert, inwiefern überhaupt von Diskursen in einer kommunistischen Diktatur gesprochen werden kann und welche Szenarien für Übergänge in die politischen Diskurse der westdeutschen Gesellschaft denkbar sind.*

Der von den Autoren verwendete Forschungsansatz geht auf Beobachtungen aus den Jahren 1989 und 1990 zurück. Gerade in den damals ablaufenden Prozessen der Auflösung alter politischer Parteien und der Kristallisation neuer Parteien und Gruppen zeigte sich, daß die Selbstbestimmung politisch agierender Individuen und ihre wechselseitige Identifikation als Gleiche oder Fremde nicht so sehr über formale politische Programmatiken oder abstrakte Werte verlief als vielmehr über narrative Gebilde. Auf die Frage, wer bin ich, wurden und werden *Geschichten erzählt*. Diese Beobachtung deckt sich mit neueren Überlegungen in der geschichtstheoretischen Diskussion. So stellt etwa der Bielefelder Geschichtstheoretiker Jörn Rüsen fest, daß die *Form*, in der Zeiterfahrung reproduziert, auf Zeiterwartung und -absicht bezogen und zwischen beiden ein kohärentes Verhältnis hergestellt wird — und darauf kommt es auch beim politischen Handeln an — diejenige einer Geschichte ist.<sup>202</sup>

Damals, in der Phase offener, intensiver politischer Umwälzungen, wurde darüber hinaus deutlich, daß diese Geschichten zumeist nicht individuell sind, d.h. nicht Ausdruck einzigartiger Erfahrungen. Bestimmte Geschichten wiederholen sich, Personenkreise identifizieren sich über in ihnen zirkulierende Geschichten. Die Beobachtung, daß die Bestimmung des Selbst als Bürger dadurch erfolgt, daß in einer individuellen Fassung eine Geschichte erzählt wird, die auch andere ähnlich erzählen, wieder andere aber gerade nicht, deuten wir als Beleg für die Tatsache, daß die Bestimmung des Selbst durch die Identifikation mit einer Kommunikationsgemeinschaft (oder auch mehreren) und in Abgrenzung von anderen erfolgt. Dies ist möglich, weil Geschichten, wie die Erzählforschung gezeigt hat, neben den in ihnen jeweils aktualisierten Ereignissen vor allem bestimmte Vorstellungen vom *Sinn* des Geschehenen reproduzieren.<sup>203</sup>

Erzählungen lassen sich sicherlich in allen Bereichen des menschlichen Lebens antreffen. Uns sollen jedoch nur solche Erzählungen interessieren, über die **gesellschaftspolitischer Sinn** und somit politische Identitäten reproduziert werden. Es sind Erzählungen über den Sinn von Handeln, Nichthandeln und Erleiden in gesellschaftlichen Angelegenheiten.

In einer Pilotstudie haben wir publizierte Interviews und Lebensberichte in Hinblick auf solche Erzählungen ausgewertet. Daraus entstand dieses Buch. Dabei zeigte sich, daß sich Erzählungen in zeitlich und räumlich verschiedene Mengen — pools von Geschichten — gruppieren lassen. Diese Erzählmengen bilden den Stoff für jeweils distinkte **Diskurse** über den Sinn von bestimmtem politischen Handeln oder Nichthandeln. Sie führen Individuen in Kommunikationsgemeinschaften (Diskursgemeinschaften) noch unterhalb der Schwelle von politischen Parteien- und Gruppenbildungen zusammen. Wie sich erwiesen hat, ist ein bestimmter Diskurs, in dem über die Zirkulation von Geschichten gesellschaftspolitischer Sinn generiert und reproduziert wird, nicht unveränderlich. Er bildet sich in Auseinandersetzung mit bereits herrschenden Diskursen, wächst, mobilisiert gesellschaftliche Gruppen und vergeht. So schien uns etwa der Diskurs der Bürgerrechtler der 80er Jahre von dem bürgerlicher Intellektueller

der 50er Jahre unterscheidbar. Gleichfalls läßt sich ein spezifischer Diskurs der Altkommunisten von dem der DDR-Aufbaugeneration oder dem der SED-Reformer der 80er Jahre abheben. Solcherart Diskurse mobilisieren jeweils unterschiedliche Geschichten über die Gesellschaft und das Handeln und Leiden der Individuen in ihr, sie lassen sich anhand der erzählten Geschichten unterscheiden. Auch nach dem Zusammenbruch der DDR führen sie ein relatives Eigenleben, indem sie nur sehr selektiv die gesellschaftlichen Transformationsprozesse thematisieren. Der jeweilige Diskurs gibt gewissermaßen vor, welche Geschichten über die deutsche Vereinigung erzählt werden und worüber nicht gesprochen werden soll. Insofern bilden die Diskurse mit ihrem Eigenleben unsichtbare Strukturen, die dem politischen Handeln, Nichthandeln und Erleiden<sup>204</sup> der Bürger Sinn verleihen.

In dem Maße, wie sich Menschen mit Politik befassen, beziehen sie sich auf solche Diskurse. Über die modernen Massenmedien kann im Prinzip die gesamte Bevölkerung daran teilhaben. Dabei verhält sich die übergroße Mehrheit jedoch ausschließlich rezeptiv: sie nimmt an Diskursen nicht als *Erzeuger* von Geschichten teil, die Sinnbildungsleistungen erfüllen, sondern als *Rezipient*. Politische Orientierung erfolgt hier durch Identifikation mit bestimmten Geschichten oder durch ihre Ablehnung. Nur eine vergleichsweise kleine Minderheit agiert in den Diskursen als Erzeuger von Geschichten, z.B. als Teilnehmer in Talkshows, als Kommentator in Massenmedien, als Schriftsteller, als Lehrender an Universitäten. Zu diesem Personenkreis gehören Akteure praktischer Politik, aber nicht alle und nicht nur sie. Wir haben versucht, diesen Kreis mit dem Begriff der **Intellektuellen** zu bestimmen. Intellektuelle wären demnach Personen, die an einem Diskurs mit gesellschaftspolitischem Sinn in der Absicht teilnehmen, selbst Narrationen zu erzeugen.

Wir stellen uns nicht die Aufgabe, das *quantitative* Verhältnis zwischen den Bevölkerungsteilen, die sich mit diesem oder jenem Diskurs identifizieren, zu ermitteln. Es geht allein um eine **qualitative Rekonstruktion** der in den jeweiligen Diskursen anzutreffenden Konstellationen von Geschichten. Daher kann der in die Untersuchung einzubeziehende Personenkreis auf die aktiven Teilnehmer von Diskursen, in diesem Sinne auf Intellektuelle, eingegrenzt werden. In ihren Äußerungen wird die Logik des jeweiligen Diskurses — was darf gesagt werden und was ist nicht sagbar — im Wechselspiel der Argumente verhandelt.

## ***Narrative Formelemente***

Unsere Untersuchung zielt darauf, den **Sinn** gesellschaftspolitischen Handelns zu rekonstruieren und seinen Wandel (intern selbstinduziert oder durch gesellschaftlichen Wandel ausgelöst)

zu untersuchen. Dabei gehen wir vom Sinnbegriff der interpretativen Soziologie aus.<sup>205</sup> Sinn ist dem Individuum nicht in Form abstrakter Werte oder Wertordnungen gegeben und wird ihm auch nicht in dieser Form vermittelt. Sinn wird in Narrationen exemplifiziert, die innerhalb einer durch Erzählen, Zuhören und Weitererzählen verbundenen Diskursgemeinschaft mittels Kommunikationsmedien zirkuliert werden. Diese Überzeugung gründet sich auf die historische Bedeutung des Narrativen in der Selbstbestimmung von Gemeinschaften und auf den Stellenwert von Literatur, Film und erzählenden Medien überhaupt in der Moderne.

Die Veränderung von Sinnkriterien kann als "Wertewandel" beschrieben werden, sie ist aber nur zu verstehen und zu erklären, wenn der Kommunikationsprozeß untersucht wird, durch den Narrationen zirkuliert und verändert werden. Daher untersuchen wir nicht den Wandel abstrakter Werte, sondern Diskurse, d.h. Kommunikationsprozesse zwischen bestimmten Individuen, in denen Narrationen tradiert und produziert werden. In diesem Sinne betrachten wir als Diskurs einen Kommunikationsprozeß, in dem bestimmte Sinnkonstruktionen erzeugt und reproduziert werden, eine Symbolik, die den Individuen Identifikation mit und Unterscheidung von anderen ermöglicht und somit Identität schafft. Material solcher Diskurse sind einzelne "Geschichten", die Sinn vermitteln.

Den Sinngehalt der in einem Diskurs zirkulierenden Geschichten nennen wir in Anlehnung an einen Terminus der Literaturwissenschaft *plot*. Der *plot* einer Erzählung stülpt "den Ereignissen, die ihre Geschichtesebene bilden, einen Sinn über, indem er am Schluß eine Struktur bloßlegt, die den Ereignissen immer schon immanent gewesen war".<sup>206</sup> Der *plot* verbindet also die in einer Geschichte aktualisierten Ereignisse zu einem kohärenten Ganzen, der *plot* ist insofern das universelle Moment an den individuellen Geschichten. Der *plot* wird verstanden, indem entweder eine andere Geschichte mit dem gleichen Gehalt erzählt wird oder ein *Handeln* nach dem in der Geschichte exemplifizierten Sinn erfolgt, d.h. im Handeln eine analoge Geschichte "erzählt" wird.

Diskurse lassen sich sowohl dem Inhalt nach durch die Geschichten, die in ihnen erzählt werden, als auch durch die Personen, die sie erzählen (Diskursgemeinschaft), unterscheiden. Diese Unterscheidungen haben räumliche und zeitliche Dimensionen: Diskursgemeinschaften existieren nebeneinander und unterscheiden sich, indem sie den eigenen Sinn in Differenz zu anderen Diskursgemeinschaften bestimmen. In diesem Fall sprechen wir von **Paralleldiskursen**. Zum anderen können aus bestehenden Diskursen neue Diskurse hervorgehen. In diesem Falle sprechen wir von **Diskursgenerationen**.

In unserer Forschung haben wir ein breites Spektrum autobiographischer und biographischer Literatur sowie publizierte Interviews auf ihren narrativen Gehalt hin untersucht und konnten dabei die Fruchtbarkeit eines solchen Vorgehens feststellen. Sowohl synchron konstituierte Diskursgemeinschaften als auch diachron aufeinander bezogene Diskursgenerationen müssen

durch die jeweils erzählten Geschichten empirisch unterscheidbar sein. Für Paralleldiskurse lassen sich nach unseren bisherigen Erfahrungen Narrationen finden, die sich gegenseitig ausschließen, aber ohne wechselseitig die Form einer Kritik anzunehmen.

Diskurse sind **autogenerativ**. Sie entstehen aus bestehenden Diskursen und in Auseinandersetzung mit diesen. Dafür scheint es primär interne Gründe zu geben, die in den Bedingungen der Sozialisation neuer Generationen durch Differenzbildung zu vorhergehenden Generationen bestehen könnten. Damit eine Kommunikationsgemeinschaft eine eigene soziale Identität vermittels sinnhaften Handelns gewinnt, muß sie sich von anderen *unterscheiden*. Das erfordert, erzählte Geschichten zu kritisieren, sie mit neuem Sinn aufzuladen oder auch völlig neue Geschichten zu erzählen. Ein Wandel gesellschaftlicher Identität muß daher autogenerative Merkmale haben, kann nicht kontinuierlich verlaufen und erfolgt unabhängig davon, ob es für eine "Neubesinnung" Gründe in der "äußeren Realität" gibt oder nicht. Gegen eine schlichte Widerspiegelungsannahme als Grund für Diskurswechsel und für eine Autogenerativität spricht u.E., daß sich für Diskurswechsel meist keine hinreichenden äußeren Ursachen angeben lassen. Oft werden äußeren Gründe sogar erst nach intern begonnenem Diskurswechsel wirksam.

Dem natürlichen Streben des einzelnen, im Verlaufe des eigenen Sozialisationsprozesses nicht nur in einen gegebenen Diskurs einzusteigen, sondern auch den Versuch zu machen, ihn zu überwinden, d.h. einen neuen Diskurs in Gang zu setzen, sind jedoch Grenzen gesetzt. Versuche dieser Art haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Integrationskraft des alten Diskurses für viele bereits nachgelassen hat und seine plots in Gegensatz zur eigenen Wirklichkeitswahrnehmung geraten. Von Zeit zu Zeit wird es also gelingen, einen Diskurs zu konterkarieren, einen neuen Diskurs in Gang zu bringen. Dann verschwindet der alte Diskurs jedoch noch nicht. Er befindet sich in einer anderen Position, muß sich gegen einen Diskurs behaupten, der als sein Erbe auftritt.

Diskurse entstehen primär aus Diskursen, sie haben jedoch auch einen **Realitätsbezug**. Erzählter Sinn muß zumindest partiell auch praktisches Handeln leiten und ist insofern an Erfolg bzw. Mißerfolg praktischen Handelns rückgekoppelt. Das heißt nicht, daß eine eindeutige Widerspiegelungsfunktion zwischen beiden besteht. Verschiedene Geschichten, auch fiktive Geschichten, können den gleichen Sinngehalt aufweisen. Nicht jedes sinnhafte Handeln muß zudem praktisch erfolgreich sein. Dennoch kann angenommen werden, daß Geschichten, die Handeln verunmöglichen oder permanentem Mißerfolg ausliefern, sich auf die Dauer nicht reproduzieren können. Insofern kann ein Selektionsprozeß unterstellt werden, der "unmögliche" Sinnkonstrukte abwehrt. Die Bestätigung eines plots durch positive Rückkopplung im praktischen Handeln dürfte besonders bei Diskursübergängen ein starkes Selektionskriterium sein, während in einem bestehenden Diskurs ein gültiger plot auch dann nicht umgestoßen werden muß, wenn er unpraktisch geworden ist. Insofern ist zu fragen, welche Rolle die Wahrnehmung der Wirklichkeit bei der Ablö-

sung von Diskursen spielt. Methodisch scheint von Bedeutung, daß unterschiedliche Diskurse auch unterschiedliche Realitäten wahrnehmen, und daß ein autogenerativer Diskurswechsel oft mit einer veränderten Realitätswahrnehmung verbunden ist.

## ***Diskurse in der kommunistischen Diktatur***

Ist es überhaupt gerechtfertigt, für eine Gesellschaft ohne Öffentlichkeit im Sinne westlicher Demokratien Diskurse anzunehmen, die Bildung und Wandel gesellschaftspolitischer Identität realisierten? Mit der Errichtung der kommunistischen Diktatur und der Etablierung des Diskurses der Staatspartei ging die Monopolisierung der entscheidenden Massenmedien einher. Selbst die nach 1945 neu zugelassenen bürgerlichen Parteien wurden schnell über die Institution der "Nationalen Front" in den herrschenden Diskurs eingebunden. Die Tatsache, daß die Kommunikationsmedien der direkten Kontrolle der politischen Führung unterstanden, legt die Vermutung nahe, daß dem Diskurs der institutionalisierten Macht allenfalls Meinungsäußerungen in privaten Nischen entgegenstanden, die sich zu keinem Diskurs über gesellschaftliche Angelegenheiten strukturieren konnten.

Dies trifft für die Diktatur in der DDR aus zwei Gründen so nicht zu: (1) Die kommunistische Herrschaft war aus strukturellen Gründen darauf angewiesen, immer wieder von sich aus politische Diskurse in Gang zu setzen, die sich nicht allein auf Legitimationsdenken beschränken ließen. Insofern gab es sogar im Umfeld der Staatspartei einen allerdings immer prekären Raum für politisches Denken jenseits bloßer Apologie. (2) Die nur historisch zu erklärende Präsenz der evangelischen Kirche in der DDR bildete eine Voraussetzung zunächst für den Erhalt und später für die Entfaltung gewisser Gegenöffentlichkeiten.

Es war unmöglich, sich offiziell mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. Nichtkommunistische Intellektuelle mußten in der DDR immer wieder einen Kampf um auch nur minimale Öffentlichkeiten führen. Damit korrespondiert eine enge Anbindung nichtkommunistischer Diskurse an die Medien der Bundesrepublik. Schließlich waren auch die Räume für praktisches Handeln, in denen sich nichtmarxistische Identität realisieren konnte, obwohl sie im Widerspruch zum herrschenden Diskurs stand, prekär. Das Dreieck — marginale Handlungsräume, marginale Öffentlichkeiten, Bezug auf die westdeutsche Öffentlichkeit — charakterisiert somit die Grundkonstellation für Diskurse außerhalb des herrschenden.

Unter diesen Bedingungen schien es unvermeidbar, daß sich bürgerliches Denken in bloße Privatgespräche auflöste und

allenfalls noch in speziellen Fachöffentlichkeiten kultiviert werden konnte. Doch gab es eine Ausnahme: Selbst unter der kommunistischen Diktatur verblieben in der DDR im Umfeld der evangelischen Kirche gewisse Handlungsspielräume und eine sie begleitende Öffentlichkeit, die in der DDR zwar marginalisiert waren, in denen sich jedoch politische Diskurse um gesellschaftliche Angelegenheiten formierten.

Wie aber sah es mit den Diskursen im Umfeld der Staatspartei aus? Das kommunistische System war erklärtermaßen eine den westlichen parlamentarischen Demokratien und dem Rechtsstaat entgegengesetzte Konstruktion, die als gegenmoderne Diktatur bezeichnet werden kann. In ihm sollte der für die Moderne charakteristische Prozeß der Rationalisierung im Sinne Max Webers weitergeführt werden, ohne sich jedoch mit der damit einhergehenden Autonomisierung gesellschaftlicher Subsysteme abzufinden. Die Lösung bestand nicht in einer Rückkehr zur Vormoderne durch simple Rücknahme der Ausdifferenzierung, sondern in der Etablierung einer Hyperstruktur — Herrschaft der kommunistischen Partei —, die den Selbstlauf der Subsysteme zugunsten der Realisierung eines bestimmten Zweckes unterbinden sollte. Indem sich die Partei in diese exklusive Rolle katapultierte, erzeugte sie die Vorstellung, daß die Gesellschaftsentwicklung gesteuert ("bewußte Gestaltung") werden könnte. Damit war sie aber gezwungen, ununterbrochen einen Diskurs über die Steuerung der Gesellschaft in diese oder jene Richtung in Abhängigkeit von diesem oder jenem Zweck zu führen. Dieser Diskurs mußte einerseits die Kriterien gesellschaftlicher Steuerung selbst erbringen, er mußte andererseits die politischen Akteure an den Schaltstellen von Partei und Staat (einschließlich der Wirtschaftsbetriebe) an Geist und Ziele der Partei binden.

Der unter diesen Umständen erzeugte Diskurs konnte seinen Ursprung natürlich nie verleugnen. Da er sein Dasein nur der Existenz einer gesonderten Steuerinstanz gegenüber den gesellschaftlichen Teilbereichen verdankte, konnte die Legitimität dieser Hyperstruktur selbst keinem Zweifel unterworfen werden: Die Schlüsselstellung der Partei in der Gesellschaft mußte in diesem diskursiven Feld tabu bleiben. Der formale Unterschied zu Diskursen der westlichen Gesellschaften scheint u.E. darin zu bestehen, daß die Bindung der Diskursteilnehmer nicht über die Anerkennung vorausgesetzter *Regeln* des Diskurses erfolgt, sondern über die Anerkennung des Vorausgesetztheits nicht zur Disposition stehender *Diskursinhalte*. Diskurse im Umfeld der Staatspartei können daher immer als Legitimierungsdiskurse der Parteiherrschaft gelesen werden, denn sie waren immun gegenüber jedem Zweifel an der Sonderstellung der Partei und dem Inhalt ihrer "historischen Mission". Gleichzeitig waren es aber auch Diskurse über Steuerungsprobleme und über die durch Gesellschaftslenkung zu verfolgenden gesellschaftlichen Zwecke. Diese zweite Seite erhielt ihre besondere Brisanz durch das historische Selbstverständnis der kommunistischen Diktatur, die sich als bloßes Übergangsstadium zu herrschaftsfreien Zuständen begriffen sehen wollte. Insofern können die Diskurse im Umfeld der Staatspartei immer auch in Hinblick auf sich artikulierende Kritik

am status quo gelesen werden. Nur so ist zu erklären, daß die rüde Herrschaftspraxis der kommunistischen Parteien immer auch von Reformdiskursen — bis in ihre jeweiligen Politbüros hinein — begleitet war. Diese Besonderheit der politischen Diskurse im Umfeld der Staatspartei erklärt, warum in den kommunistischen Diktaturen periodisch Reformversuche *aus den Parteien selbst* hervorgingen, warum die Demontage dieser Diktaturen von Vertretern der herrschenden Parteien — z.B. Dubcek, Kadar, Gorbatschow — selbst in Gang gesetzt werden konnte, warum diese Diktaturen im Gegensatz etwa zum Nationalsozialismus nicht durch äußere Gewaltanwendung gestürzt werden mußten.

Diese Ambivalenz des durch die kommunistischen Parteien selbst erzeugten Diskurses, einerseits die Parteiherrschaft zu legitimieren, andererseits sie aber auch immer im Zuge eines historischen Voranschreitens zu reformieren, erklärt auch erst, warum die *Parteiführungen* überhaupt besondere Maßnahmen ergreifen mußten, um die in Gang gesetzten politischen Diskurse immer wieder einzudämmen: (1) administrativ, d.h. über eine unendliche Vielzahl von Exempeln, wurde die Teilnahme am Diskurs der Partei mit der Anerkennung des Primats der Meinung der Parteiführung (ausgegeben als kollektive Weisheit der Partei) gekoppelt. Die so erzwungene Asymmetrie unter den Diskursteilnehmern ("Parteidisziplin") sollte den Diskurs domestizieren. (2) Mit dem Verbot von Fraktionen innerhalb der Partei sollte verhindert werden, daß andere Diskurse als diejenigen der Parteiführung Einfluß auf die Partei, d.h. auf die Macht, erlangen konnten. Gelang es mit diesen Maßnahmen auch, den Einfluß des reformerischen Moments im Parteidiskurs auf die wirkliche Politik weitgehend zu verhindern, so war es dennoch nicht aus der Welt. Es konnte nicht verhindert werden, daß bestimmte gesellschaftspolitisch relevante Themen zu Kristallisationskernen von Reformdiskursen wurden. Es ließ sich auch nicht vermeiden, daß normale Parteiversammlungen, ja selbst die kommunistisch kontrollierten Massenmedien zu Foren solcher Diskurse wurden.

## **Der Übergang in die politischen Diskurse der westdeutschen Gesellschaft**

Nach 1990 konnte vielfach beobachtet werden, daß viele Ostdeutsche westdeutsche Kategorien und Formeln zu verwenden begannen, um Befindlichkeiten zu beschreiben, politische Positionen zu artikulieren oder die eigene Biographie zu erzählen. Dies scheint für einen schnellen und eher problemlosen Übergang in

westdeutsche Diskurse zu sprechen. Doch dieser Interpretation stimmen wir nicht zu; u.E. ist dieses Phänomen vielmehr ein Ausdruck für den Einfluß, den Großmedien auf das politische Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit ausüben. Der schnelle und problemlose Wechsel in den westdeutschen Diskurs ist dort möglich, wo der öffentliche Diskurs mit sich selbst rückgekoppelt bleibt und die Ebene individueller Identitäts- und Biographiebildung gar nicht berührt. Anders gesprochen: Die "führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse", die "Bedeutung des demokratischen Zentralismus" oder "die internationale Solidarität" können als Themen des äußeren Mediendiskurses durch die "Effektivität marktwirtschaftlicher Regulation", den "demokratischen Gehalt der Gewaltenteilung" oder den "Kampf gegen Unterentwicklung und Armut in der dritten Welt" substituiert werden, ohne daß sich politische Identität und biographisches Selbstbild der Betroffenen ändern müssen. Die äußere Wirklichkeit wird einfach umgedeutet, ohne daß die innere Welt davon betroffen ist. Es sind die gleichen inneren "Werte", die erst zur "Anhängerschaft in der SED" und jetzt zum "glühenden Vertreter der Demokratie" mobilisieren. Die Sprache bezieht sich hier allein auf das politische System und nicht auf die Identität der Individuen. Auch wenn sie wechselt, bleibt das Individuum unberührt. Gerade für Individuen, für die persönliche Identität und biographisches Selbstbild nicht an *politische* Diskurse des Gemeinwesens gebunden sind und die ohne all die politisierenden Medien wahrscheinlich überhaupt kein politisches Bewußtsein entwickeln würden, ist auch ein weitgehender Wechsel politischer Positionierungen ohne Brüche in der individuellen Identität möglich. Das Verhalten der Ostdeutschen belegt hier nur, daß für sehr viele von ihnen — wie im Westen auch — politisches Bewußtsein kein Bestandteil persönlicher Identität war.

Genau dies kann aber nicht für diejenigen zutreffen, die selbst Akteure politischer Diskurse sind. Gerade für diesen Personenkreis gilt denn auch die Beobachtung, daß es nach wie vor starke Differenzen gibt: Differenzen zwischen den verschiedenen Diskursen der DDR und Differenzen zu den verschiedenen politischen Identitäten der Westdeutschen. Solche Unterschiede bleiben auch da erhalten, wo es politisch-programmatische Vereinigung gab oder auf der Oberfläche aktueller politischer Auseinandersetzung Gemeinsamkeiten hergestellt wurden. Identitätsunterschiede in der Wahrnehmung und Interpretation politischen Geschehens scheinen sich an einigen Punkten eher zu verstärken, obwohl sich Inhalte und Realitätsbezüge der Diskurse verändert haben dürften.

Wird nach den Perspektiven gefragt, so ist sicherlich zu differenzieren. Die jüngere ostdeutsche Generation wird in den bestehenden westdeutschen Diskursen politisch sozialisiert werden. Wenn es dabei zu Modifikationen kommt, so weniger wegen eingebrachter ostdeutscher Identitäten, sondern infolge der veränderten gesellschaftlichen Realität, die sich irgendwie Geltung verschaffen wird. Ob dabei auch ein neuer Diskurs beginnt, ist heute unentscheidbar. Der Zustand der gegenwärtigen Diskurse und die Schwierigkeiten für die sich heute sozialisierenden Gene-

rationen, in diesen heimisch zu werden, lassen eher den Versuch erwarten, neue politische Diskurse zu etablieren und sich von den Elterngenerationen abzusetzen, wie es etwa die 68er in Westdeutschland taten.

Für die politisch bereits sozialisierten Generationen der früheren DDR-Intellektuellen sind zwei Entwicklungspfade denkbar. Es ist kaum zu erwarten, daß sich die Mehrzahl von ihnen einfach in die westdeutschen Diskurse einordnet, weil dies faktisch einer neuen Sozialisation gleichkäme. Die neuen gesellschaftlichen Realitäten werden zwar in die noch aus der DDR-Zeit bestehenden Diskurse eingehen, aber mit Interpretationen, die gewährleisten, daß die bisherige politische Identität im Kern gewahrt bleiben kann. Uns interessiert dieser Identitäten konservierende Pfad nur am Rande.

Die Alternative, zweifellos bedeutender und interessanter, besteht in der Frage nach politischen Zweitsozialisationen. Dabei sehen wir vom Typ des Politikarrieristen ab, den es sowohl in der DDR als auch in Westdeutschland gab, weil für ihn politisches Bewußtsein nur die Form der Mittelrationalität hat, er daher nicht eigentlich Akteur in politischen Diskursen ist. Unsere Hypothese, für die wir aber vorerst nur vage Hinweise haben, ist, daß es für die in DDR-Diskursen fest sozialisierten Intellektuellen kaum Pfade aus DDR-Identitäten in westdeutsche geben wird — abgesehen von der kleinen Minderheit, die diese Identität bereits zu DDR-Zeiten hatte. Wenn unsere Vermutung richtig ist, daß Identitätswechsel bereits politisch sozialisierter Intellektueller im Prinzip nur über den Einstieg in einen *noch nicht etablierten*, sondern sich erst bildenden Diskurs möglich ist (Beispiel Havemann), so wird für die Beantwortung dieser Frage alles davon abhängen, wie die bereits oben angesprochenen Chancen für die Bildung einer neuen Diskursgeneration einzuschätzen sind. Käme ein solcher Prozeß in Gang, so wäre zu vermuten, daß sich ein erheblicher Teil der jetzt frustrierten ostdeutschen Intellektuellen einem von den Jüngeren getragenen neuen Diskurs anschließen und sich in die Bildung dieses neuen Diskurses einbringen wird, und zwar aus dem wirklichen Bedürfnis nach einer neuen politischen Identität. Hier ist zwar offen, ob dies funktioniert und wie es endet, aber hier wäre immerhin etwas gestaltbar. Kommt es auf absehbare Zeit zu keinem neuen Diskurs, so wird der Anteil sich reaktivierender und konservierender alter Identitäten hoch bleiben. Diejenigen, die dies nicht wollen, werden sich als frustrierte Außenseiter weiter abseits halten.

---

# *Anmerkungen*

---

- 1 Woderich, 1992, 365.
- 2 Vgl. Link, 1990.
- 3 Maaz, 1990, 84.
- 4 Ebenda 59-60.
- 5 Ebenda 134.
- 6 Meuschel, 1992, 10.
- 7 Ebenda 12.
- 8 Ebenda 21.
- 9 Engler, 1992, 114.
- 10 Ebenda 119.
- 11 Krüger, 1992, 31.
- 12 Ebenda 45.
- 13 Vgl. ebenda 32.
- 14 Pollack, 1992, 272.
- 15 Ebenda 274.
- 16 Ebenda 277.
- 17 Einen wichtigen Ausgangspunkt für diese Überlegungen bildeten die Arbeiten des amerikanischen Geschichtstheoretikers Hayden White über den Inhalt der Form. Im Unterschied zu ihm interessiert uns allerdings nicht die poetische Kodierung von Ereignissen, sondern wir glauben, auch politische Kodes unterscheiden zu können, die auf die Auswahl und Anordnung der erwähnenswerten Ereignisse Einfluß haben.
- 18 Gaus, 1991, 13.
- 19 Gaus, 1991, 211.
- 20 Leonhard, 1987, 195-204.
- 21 Zit. nach: Leonhard, 1992, 231.
- 22 Herrstadt, 1990, 186, 194.
- 23 Agde, 1991, 245.
- 24 Gaus, 1991, 209, 123.
- 25 Havemann, 1990a, 193.
- 26 Vgl. Leonhard, 1955, 448.
- 27 Jänicke, 1964, 178f.
- 28 Becher, 1991, 208.
- 29 Ulrich, 1991, 149, 157.
- 30 Herrstadt, 1990, 148.
- 31 Becher, 1991, 16, 23f.
- 32 Gaus, 1991, 210.
- 33 Müller, 1992, 181.
- 34 Engelhardt, 1991, 151.
- 35 Gaus, 1991, 121.
- 36 Der Polizeipräsident wurde damals von der SPD gestellt.
- 37 Gaus, 1991, 217.
- 38 Agde, 1991, 250.

- 39 Richter, 1991, 175f. Hervorhebung von den Vf.
- 40 Leonhard, 1955, 432.
- 41 Ebenda.
- 42 Havemann, 1990a, 189.
- 43 Herrnsdorf, 1990, 128.
- 44 Christa Wolf über die Zeit des 11. Plenums: "Wir hatten das Gefühl, dies sei einer der letzten Momente, um die Entwicklung in der DDR in eine Richtung zu lenken, die diesen Staat zu einer Alternative machen konnte gegenüber der kapitalistischen Bundesrepublik. Wir wollten die sozialistischen Ansätze so weit stärken, daß die DDR auch geistig 'konkurrenzfähig' werden konnte. Und wir sahen uns mit Leuten in der Wirtschaft, in der Wissenschaft verbündet, die in die gleiche Richtung dachten und arbeiteten. Es gab persönliche Kontakte, wir haben miteinander gesprochen. Es gab sogar einzelne Leute im ZK, mit denen ich darüber offen sprechen konnte." In: Agde, 1991, 266.
- 45 Gaus, 1991, 126.
- 46 Becher, 1991, 27, 30.
- 47 Markus Wolf z.B. schreibt, daß für ihn die "partei-feindliche Fraktion Wollweber-Schirdewan" eine "bewußte Erfindung" des Staatssicherheitsministers Mielke gewesen sei. Wolf, 1991, 86. Das haben sicher auch andere Spitzenfunktionäre der Partei, denen die Zusammenhänge bekannt waren, so gesehen. Aber man trat nicht gegen die "Parteilinie" auf, auch dann nicht, wenn man das Gegenteil für richtig hielt.
- 48 Müller, 1992, 172f., 175, 178.
- 49 Ebenda 1992, 75.
- 50 Ebenda 178f.
- 51 Gaus, 1991, 122.
- 52 Gaus, 1992, 63.
- 53 Gaus, 1991, 221. Vgl. auch Leonhard über sein Verhalten 1945 gegenüber den spontanen antifaschistischen Komitees, in: Leonhard, 1955, 337ff., besonders 340.
- 54 Wolf, 1991, 90.
- 55 Engelhardt, 1991, 32.
- 56 Ulrich, 1991, 145.
- 57 Ebenda 146.
- 58 Engelhardt, 1991, 37.
- 59 Ebenda 40.
- 60 Ebenda 41.
- 61 Ebenda 151.
- 62 Engelhardt, 1991, 20.
- 63 Havemann, 1990a, 194.
- 64 Engelhardt, 1991, 19f.
- 65 Ebenda 28.
- 66 Gaus, 1991, 124.
- 67 Sabina Hager, in: Ulrich, 1991, 153.

- 68 Gaus, 1991, 211.
- 69 Ebenda 207.
- 70 Eine näher zu untersuchende Rolle spielten dabei auch Sozialdemokraten, die zumindest bis 1948 einen gewissen Einfluß auf die Politik der SED auszuüben vermochten. Vgl. Gniffke, 1966.
- 71 Leonhard, 1955, 435. Bezieht sich auf Stalins Äußerung: "In den Reihen unserer Partei gibt es, wenn wir die führende Schicht betrachten, etwa 3000 bis 4000 höhere Führer. Das ist, so würde ich sagen, die Generalität unserer Partei. Dann kommen 30000 bis 40000 mittlere Führer. Das sind unsere Parteioffiziere. Dann kommen 100 000 bis 150 000 untere Kommandeure der Partei. Das ist sozusagen das Unteroffizierskorps unserer Partei." Zit. nach ebenda.
- 72 Herrnstadt, 1990, 110.
- 73 Leonhard, 1955, 436.
- 74 Havemann, 1990a, 200.
- 75 Ebenda 214.
- 76 Herrnstadt, 1990, 121.
- 77 Vgl. Possekel, 1991.
- 78 Leonhard, 1955, 401.
- 79 Ebenda 435.
- 80 Herrnstadt, 1990, 135.
- 81 Heym, 1990, 107.
- 82 Ebenda 108.
- 83 Leonhard, 1955, 436.
- 84 Ebenda 374.
- 85 Ebenda 435.
- 86 Ebenda 390f.
- 87 Herrnstadt, 1990, 131. Vgl. auch K. Gysi in: Gaus, 1991, 213ff.
- 88 Leonhard, 1955, 436ff.
- 89 Herrnstadt, 1990, 94.
- 90 Vgl. Hermann Lübke, der diesen Begriff für die Nachkriegszeit in Westdeutschland prägte. In: Broszat, 334f.
- 91 An dieser Situation haben auch die Bücher von C. Wolf, D. Noll, H. Kant, und F. Fühmann nichts ändern können. Viel eher sind sie Ausdruck dieser kommunikativen Form des Schweigens.
- 92 Müller, 1992, 220.
- 93 Agde, 1991, 266.
- 94 Gaus, 1991, 82.
- 95 Ebenda 177.
- 96 Ebenda 178.
- 97 Gaus, 1992, 226f.
- 98 Ebenda 231f.
- 99 Agde, 1991, 217.

- 100 Vgl. ebenda. Exponenten dieser Bewegung waren u.a. Armin Müller, Heinz Kahlau, Gerhard Zwerenz, Manfred Bieler, Jens Gerlach, Erich Loest.
- 101 Agde, 1991, 336.
- 102 Ein Beispiel für solche Situationen ist die Rede von Christa Wolf auf dem 11. Plenum des ZK der SED. Vgl. Agde, 1991, 334ff.
- 103 Ebenda 246.
- 104 Ebenda 252.
- 105 Gaus, 1992, 230.
- 106 Krüger, Hans-Peter, in: Herzberg/Meier, 1992, 375.
- 107 Ebenda 377.
- 108 Vgl. das Porträt von Gregor Gysi in: Ricker u.a. 1992, 40f.
- 109 Müller (1992, 214) beschreibt das Spiel mit doppeltem Boden bei Höpke, dem Verantwortlichen Parteifunktionär für die Verlage im Kulturministerium: "Typisch für ihn war so eine Äußerung: "Na, ist ja gut, daß du nicht im Schriftstellerverband bist, da können die kein Veto einlegen." (Es ging um eine Westreise für Müller).
- 110 PKA: "Projekt Klassenanalyse" des damals noch Westberliner, heute Hamburger Verlags für das Studium der Arbeiterbewegung. Die Veröffentlichungen des PKA spielten in den Debatten der Philosophiestudenten der Humboldt-Universität in den siebziger Jahren eine Rolle.
- 111 Herzberg/Meier, 1992, 378.
- 112 Rosemarie Will, unveröffentlichtes Interview, redaktionell bearbeitet von den Autoren.
- 113 Engler 1993.
- 114 Vgl. Sinakowski, 1991, 16. Vgl. auch Kukutz/Havemann, 1990; Wernicke, 1992.
- 115 Müller, 1992, 217f.
- 116 Brie, 1992.
- 117 Rüdtenklau, 1992, 283.
- 118 Näheres zur Philosophie in Krüger, 1992.
- 119 Krüger, 1992, 89.
- 120 Eigenes Interview, unveröffentlicht.
- 121 Müller, 1992, 359.
- 122 Rainer Land: Über das Forschungsprojekt "Moderner Sozialismus". 1992, unveröffentlicht.
- 123 Engler, 1993.
- 124 Vgl. A. Brie, M. Brie, W. Ettl, D. Segert: Elf Thesen zur Krise der DDR und der SED, These 10 und die diesbezügliche Vorbemerkung des Herausgebers. In: Rainer Land (1991): Das Umbaupapier.
- 125 Symptomatisch dafür ist z.B. die Bemerkung Wolfgang Thierses, daß er als Kind Egon Bahr haßte, weil er zu Hause, immer wenn sein Vater dessen Rundfunkkommentare im

RIAS hörte, den Mund halten mußte. Vgl. Franz Sommerfeld: Im fremden Revier. In: Freitag, (1991) 23, 11.

- 126 Engelhardt, 1991, 123.  
127 Becher, 1991, 97.  
128 Die SED hatte "die Illusion, daß sie durch ... Gesten die bürgerlichen Schichten gewinnen könnte, sogar die ehemaligen Nazis, dazu wurde auch die NDPD gegründet. Dabei war das von vornherein aussichtslos. Das ist einfach am Ökonomischen gescheitert. Der Antikommunismus blieb der Konsens der Mehrheit." Müller, 1992, 127.  
129 Besier, 1991, 197, 216ff.  
130 Ebenda 193, 211ff., 213.  
131 Ebenda 134, 203, 206ff., 139.  
132 Ebenda 148.  
133 Ebenda 139, 140f., 222, 229, 234ff.  
134 Vgl. ebenda 89ff.  
135 Ebenda 225, 229ff.  
136 Ebenda 235ff.  
137 Ebenda 825f., 827.  
138 Ebenda 825.  
139 Engelhardt, 1991, 132.  
140 Ebenda 94.  
141 Gaus, 1992, 141. In diesem Sinne äußert sich auch F. Schorlemmer: "Ich habe auch 1953 schon sehr bewußt erlebt, mir und meinen Eltern ist das sehr nahegegangen, auch, na, wie soll ich sagen, wir haben auch geweint 1956 im Oktober, wegen Ungarn." Engelhardt, 1991, 95.  
142 Vgl. Stolpe, 1992, 93, 114.  
143 Vgl. Kandler, 1991.  
144 Engelhardt, 1991, 127f.  
145 Gaus, 1992, 150.  
146 Ebenda 21-22.  
147 Vgl. z.B. Richter, 1991. Auch Schorlemmer erzählt von seiner Erkenntnis des Sozialismus: "... gleichzeitig habe ich einen Widerspruch feststellen müssen zwischen einer Ideologie, einer fortschrittlichen Ideologie, die auf ihre Fahnen geschrieben hatte die Brüderlichkeit und die Freiheit und die Gerechtigkeit, also die großen Ideen der Französischen Revolution, die sie durchsetzen wollte, also das war ja doch eine positive Zielvorstellung einer Gesellschaft, und ich sah die unmenschlichen Mittel, mit denen sie das durchsetzte." Engelhardt, 1991, 96.  
148 Engelhardt, 1991, 95.  
149 Ebenda 98.  
150 Gaus, 1992, 25.  
151 Ebenda 105.  
152 Richter, 1991, 181.  
153 Stolpe, 1992, 98.

- 154 Besier, 1991, 827.
- 155 Ebenda 827f.
- 156 Stolpe, 1992, 99.
- 157 Krusche, 1992.
- 158 Richter, 1991, 11.
- 159 Ebenda 7ff.
- 160 Dieckmann, 1991, 13.
- 161 Rüdtenklau, 1992, 25.
- 162 Klier, 1988, 16.
- 163 Ebenda 41.
- 164 Ulrich, 1991, 234.
- 165 Ebenda 242.
- 166 Rüdtenklau, 1992, 235.
- 167 Ebenda 247.
- 168 Klier, 1988, 21.
- 169 Rüdtenklau, 1992, 283. Vgl. auch Grabner, 1990, über die Ablehnung der SED, 107.
- 170 Rüdtenklau spricht über "offiziell anerkannte und durchaus privilegierte Künstler wie Christa Wolf, Volker Braun, Sarah Kirsch, Ulrich Plenzdorf, Günter de Bruyn und Günter Kunert". 1992, 15.
- 171 Klier, 1988, 150. An einer anderen Stelle heißt es: "Die Künstler und Schriftsteller des Landes haben wir einigermaßen abgeschrieben. Hier sind die Furchtloseren längst im Westen." 172.
- 172 Klier: Rebellion gegen "die Verlogenheit, mit der auch in unserer Schulzeit schon der Geschichtsunterricht in eine Propaganda-Veranstaltung verwandelt wurde." 1988, 99. An einer anderen Stelle: "gegen diese Lüge anschreien..., daß es hier immer schöner wird von Tag zu Tag". 163. Vgl. auch Konrad Weiß, in Engelhardt, 1991, 121.
- 173 Klier, 1988, 185.
- 174 Ulrich, 1991, 237.
- 175 Rüdtenklau, 1992, 26. So soll die Kirche versucht haben, die Friedenswerkstatt für 1987 abzusagen, um das offizielle Einverständnis für den Ostberliner Kirchentag zu erhalten. Ebenda 67.
- 176 Engelhardt, 1991, 106.
- 177 Pollack/Heinze, 1990, 86.
- 178 Rüdtenklau, 1992, 93.
- 179 "Die Gesellschaft teilte sich in Herrschende und Opfer. Herrschaft zerstörte nicht nur Menschen, sondern auch die Natur. Eine Versöhnung von Mensch und Natur konnte nur in einer herrschaftslosen Gesellschaft geschehen." Rüdtenklau, 1992, 68. "Es ging gegen Herrschaft, und zwar in jener einzigen Form, die die meisten der damaligen Oppositionellen kannten." Ebenda 287. Ehrhart Neubert resümiert: Das Motiv der engagierten Gruppen war "Befreiung". "Die

- eigene Betroffenheit an friedlosen, ungerechten und lebensfeindlichen Strukturen der Gesellschaft öffnete sie für die in Teilen der Kirche als zentral angesehenen Themen Frieden, Gerechtigkeit und Erhaltung der Natur. Diese Themen bildeten die Klammer zwischen kirchlichen Institutionen und sozial-ethisch engagierten Gruppen." In: Schulze, 1990, 28.
- 180 Klier, 1988, 40.
  - 181 Rüdtenklau, 1992, 235.
  - 182 Ebenda 26.
  - 183 Klier, 1988, 189.
  - 184 Bickhardt, 1988, 16.
  - 185 Rüdtenklau, 1992, 369; Christoph Dieckmann: "Wir dachten links-rechts, nie national, und daß Kapitalismus, global gesehen, ein Killer ist." 1990, 13.
  - 186 Sommer, 1992, 220.
  - 187 Schröder, 1990, VII.
  - 188 Vgl. Ulrich, 1991, 234f.
  - 189 Vgl. Linke, 1988.
  - 190 Vgl. Rüdtenklau, 1992, 321-22.
  - 191 Dieckmann, 1991, 226.
  - 192 Dabei sind vielleicht sogar persönliche Freundschaften mit einem der Staatssekretäre für Kirchenfragen, Klaus Gysi, entstanden. Vgl. die Aussagen Gysis in dem Interview mit Gaus. In: Gaus, 1991.
  - 193 Rüdtenklau, 1992, 45.
  - 194 Gut dokumentiert sind viele dieser Aktionen in Rüdtenklau, 1992.
  - 195 Klier, 1988, 51. Vgl. auch 106, 115, 123.
  - 196 Immerhin hat der erste PDS-Vorsitzende Gregor Gysi die Rechtsvertretung einzelner Bürgerrechtler wie dann auch der (noch illegalen) Organisationen der Bürgerbewegungen in einer ganzen Reihe von Fällen realisiert. Der Höhepunkt war sicher die Vorbereitung und Durchführung der größten Berliner Demonstration am 4.11.1989, auf der Ullmann, Bohley und Eppelmann ebenso redeten wie Gysi.
  - 197 Eigenes Interview, unveröffentlicht.
  - 198 Vgl. Thomas Schmid, 1990, 11, 25f.
  - 199 Vgl. Will, 1992.
  - 200 Vgl. um nur ein Beispiel aus einer ganzen Serie derartiger Texte zu nennen: Thomas Schmid, 1992.
  - 201 Ein anderer Verlauf wäre denkbar gewesen — z.B. wenn ein Diskurs über den Umgang mit *strukturell bedingten Staatsverbrechen* in Gang gekommen wäre, der es sowohl den Bürgerbewegungen als auch den SED-Reformern ermöglicht hätte, gemeinsam akzeptierte "Meta"-Normen für die Konstitution politischer Gesellschaften zu entwickeln, in denen die Identitäten sowohl der SED-Reformer als auch der Bürgerbewegungen aufgehoben worden wären. Die

Individualisierung von Schuld wäre damit nicht unmöglich geworden — sie wäre vielmehr auf eine diskursiv konstituierte normative Voraussetzung gestellt worden, die Schuld-erkenntnis als individuelle Selbstfindung überhaupt erst möglich gemacht hätte, Schuldzuweisung als staatlichen Verwaltungsakt hingegen überflüssig werden ließe — außer bei primärer Gültigkeit strafrechtlicher Normen. (Vgl. Schönherr, 1992) Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches bzw. eine Verfassungsdiskussion im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung hätte dafür eine Voraussetzung sein können.

202 Rösen, 1990, 161.

203 Vgl. White, 1990, Rösen, 1990.

204 Schütz, 1974, 89.

205 Vgl. ebenda.

206 Vgl. White, 1990, 33.

---

# *Literatur*

---

- Agde, Günter: Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991.
- Aischmann, Bernd (Hg.): "... Menschen wichtiger als Macht ...". Briefe an Hans Modrow, Berlin 1990.
- Andert, Reinhold; Herzberg, Wolfgang: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin-Weimar 1990.
- Arnold, Karl-Heinz: Die ersten hundert Tage des Hans Modrow, Berlin 1990.
- Baran, Paul A.: Das Engagement des Intellektuellen, in: Baran, Paul A.; Fried, Erich; Salvatore, Gaston: Intellektuelle und Sozialismus, Berlin 1968.
- Becher, Johannes R.: Gedichte, Briefe, Dokumente 1945-1958, in: Carsten Gansel (Hg.): Der gespaltene Dichter. Berlin 1991.
- Belitz-Demiriz, Hannelore; Voigt, Dieter: Die Sozialstruktur der promovierten Intelligenz in der DDR und in der BRD 1950-1982. Der Einfluß der politischen Systeme auf die unterschiedliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten, Bochum 1990. Teil 1 und 2.
- Besier, Gerhard; Wolf, Stephan (Hg.): Pfarrer, Christen und Katholiken. Das Ministerium für Staatssicherheit und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991.
- Biermann, Wolf: Klartexte im Getümmel. 13 Jahre im Westen, von der Ausbürgerung bis zur November-Revolution, hrsg. von Hannes Stein, Köln 1990.
- Bickhardt, Stephan (Hg.): Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch, Berlin 1988.
- Bohse, Reinhard (Hg.): Jetzt oder nie - Demokratie. Leipziger Herbst '89, München 1990.
- Borneman, John: Belonging in the Two Berlins, Cambridge 1992.
- Brie, André: Ich wollte eine andere DDR - das hat mich diszipliniert. NZ-Gespräch mit dem zurückgetretenen PDS-Landesvorsitzenden Brie über seine Stasi-Mitarbeit, in: "Neue Zeit", 27. Oktober 1992.
- Brüggemeier, F. J.; Kocka, J. (Hg.): Geschichte von unten - Geschichte von innen. Kontroversen um die Alltagsgeschichte, Hagen 1985.
- Brunkhorst, Hauke: Der entzauberte Intellektuelle. Über die neue Beliebigkeit des Denkens, Hamburg 1990.
- Brunkhorst, Hauke: Intellektuelle im Land der Mandarine, Frankfurt/Main 1987.
- de Bruyn, Günter: Scharfmaul und Prahlhans. Der Abspann des Hermann Kant..., in: "Die Zeit", (1991), Nr. 39, S. 65.
- Büschler, Wolfgang; Wenierski, Peter; Wolschner, Klaus (Hg.): Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978-1982, Hattingen 1982.
- Cartier, Roger: Intellektuelle Geschichte und Geschichte der Mentalitäten, in: Rauff 1987.
- Caute, David: The Fellow Travellers. Intellectual Friends of Communism, New Haven 1988.
- Chomsky, Noam: Die Verantwortlichkeit der Intellektuellen, Frankfurt/Main, 1971, (Orig. 1967).
- Crüger, Herbert: Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit, Berlin 1990.
- Crusius, Wilke: Entstalinisierung, Frankfurt/Main 1977.
- Demo-Reminiszenzen: Ansprachen auf der Kundgebung des Neuen Forum am 18. November 1989 in Leipzig, Berlin 1990.
- Deppe, Frank: Der Intellektuelle und die Partei, in: "Marxistische Blätter", (1992) 2.
- Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Gemeinsames Dokument der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD, in: "Neues Deutschland", 28.8.1987.
- Desel, Jochen: Oskar Brüsewitz. Ein Pfarrerschicksal in der DDR, Lahr-Dinglingen 1991.

- Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft / Autorenkollektiv, Berlin 1980.
- Dieckmann, Christoph: My Generation, Berlin 1991.
- Ehring, Klaus; Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982.
- Eichhorn, Alfred; Reinhardt, Andreas (Hg.): Nach langem Schweigen endlich sprechen. Briefe an Walter Janka, Berlin; Weimar 1990.
- Engelhardt, Manfred: Deutsche Lebensläufe. Gespräche, Berlin 1991.
- Engler, Wolfgang: Die Logik der Dezivilisation - Eine Standortbestimmung, in: Hansgünter Meyer (Hg.): Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin 1992.
- Engler, Wolfgang: Jenseits des Machtprinzips, in: "Die Zeit", (1993), Nr. 15, S. 67.
- Erbe, Günter: Arbeiterklasse und Intelligenz in der DDR. Soziale Annäherung von Produktionsarbeiterschaft und wissenschaftlich-technische Intelligenz im Industriebetrieb? Berlin 1982.
- Fensch, Helmut: Olle DDR. Eine Welt von gestern, Berlin 1990.
- Findeis, Hagen; Elvers, Wolfgang: Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel, in: Wolf-Jürgen Grabner, Christian Heinze und Detlef Pollack (Hg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR, Berlin 1990.
- Fischer, Erica; Lux, Petra: Ohne uns ist kein Staat zu machen. DDR-Frauen nach der Wende, Berlin 1990.
- Fischer, Peter: Kirche und Christen in der DDR, Berlin 1978.
- Förster, Peter; Roski, Günter: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch, Berlin 1990.
- Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung November 1988, Humboldt-Universität zu Berlin 1989.
- Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, Frankfurt/Main 1981.
- Fricke, Karl W.: Politik und Justiz in der DDR, Köln 1979.
- Fricke, Karl W.: Der Arbeiteraufstand. Zeitzeugen u. Zeitdokumente zum 17. Juni 1953, Köln 1984.
- Fricke, Karl W.: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984.
- Fricke, Karl W.: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder (3. aktual. Aufl.), Köln 1989.
- Fuchs, Jürgen: ... und wann kommt der Hammer? Psychologie, Opposition, Staatssicherheit, Berlin 1990.
- Fuchs, Jürgen; Hike, Gerhard: Dumm geschult? Ein Schüler und sein Lehrer, Berlin 1992.
- Fuchs, Ruth: "Gott schütze unser deutsches Vaterland!" Erlebnisse einer Volkskammerabgeordneten, Berlin 1990.
- Gaus, Günter: Deutsche Zwischentöne. Gesprächs-Porträts aus der DDR, Hamburg 1990 a).
- Gaus, Günter: Wendewut. Eine Erzählung, Hamburg 1990 b).
- Gaus, Günter: Zur Person. Sechs Porträts in Frage und Antwort, Berlin 1991.
- Gaus, Günter: Zur Person. Neue Porträts in Frage und Antwort, Berlin 1992.
- Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/Main 1983.
- Geiger, Theodor: Aufgabe und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949.
- Giesen, Berndt; Leggewie, Klaus (Hg.): Experiment Vereinigung, Berlin 1991.
- Giordano, Ralph: Die Partei hat immer recht, Berlin 1961.

- Glaeßner, Gert-Joachim; Rudolph, Irmhild: Macht durch Wissen: Zum Zusammenhang von Bildungspolitik, Bildungssystem und Kaderqualifizierung in der DDR. Eine politisch-soziologische Untersuchung, Opladen 1978.
- Gniffke, Erich W.: Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966.
- Götschl, Johann (Hg.): Der Sozialdemokratische Intellektuelle. Analysen, Bewertungen, Perspektiven, Wien 1983.
- Grabner, Wolf I.; Heinze, Christiane; Pollack, Detlef (Hg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR. Analysen zur Wende, Berlin 1990.
- Gramsci, Antonio: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt/Main 1986. Enth. u.a. "Intellektuelle. Traditionelle Intellektuelle".
- Greiffenhagen, Martin: Propheten, Rebellen und Minister. Intellektuelle in der Politik, München, Zürich 1986.
- Gysi, Gregor (Hg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990.
- Gysi, Gregor; Heuer, Uwe-Jens; Schuhmann, Michael (Hg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992.
- Habermas, Jürgen: Heinrich Heine und die Rolle der Intellektuellen in Deutschland, in: "Merkur", 40 (1986), S. 453-468.
- Häder, Michael (Hg.): Denken und Handeln in der Krise. Die DDR nach der "Wende". Ergebnisse einer empirisch-soziologischen Studie, Berlin 1991.
- Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993.
- Havemann, Robert: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Texte eines Unbequemten, hg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko, Berlin 1990a.
- Havemann, Robert: Die Stimme des Gewissens: Texte eines deutschen Antistalinisten, hg. von Rüdiger Rosenthal, Reinbek 1990b.
- Havemann, Robert: Rückantworten an die Hauptverwaltung "Ewige Wahrheiten", hg. von Hartmut Jäckel, Berlin 1990c.
- Havemann, Robert: Dialektik ohne Dogma? Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme, hg. von Dieter Hoffmann, Berlin 1990d.
- Havemann, Robert: Dokumente seines Lebens, hg. von Dieter Hoffmann, Berlin 1991.
- Heider, Magdalena; Thöns, Kerstin (Hg.): SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre. Kulturbundprotokolle, Köln 1990.
- Hein, Christoph: Als Kind habe ich Stalin gesehen, Berlin-Weimar 1990.
- Hein, Christoph: Chronist ohne Botschaft, Berlin-Weimar 1992.
- Henkys, Reinhard (Hg.): Die evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme, München 1980.
- Hennig, Werner; Friedrich, Walter (Hg.): Jugend in der DDR. Daten und Ergebnisse der Jugendforschung vor der Wende, Berlin 1991.
- Henrich, Rolf: Der vormundtschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Hamburg 1989.
- Hering, Christoph: Der Intellektuelle als Revolutionär. Walter Benjamins Analyse intellektueller Praxis, München 1979.
- Herrnstadt, Rudolf: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hg., eingeleitet u. bearbeitet von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990.
- Herzberg, Guntolf (Hg.): Einen eigenen Weg gehen ..., Texte aus Ost und West, 1981-1990, Berlin 1991.
- Herzberg, Guntolf; Meier, Klaus: Karrieremuster, Berlin 1992.
- Heym, Stefan: Wege und Umwege. Streitbare Schriften aus fünf Jahrzehnten, Frankfurt/Main 1983.

- Heym, Stefan: Stalin verläßt den Raum, Leipzig 1990.
- Hillmann, G. (Hg.): Selbstkritik des Kommunismus. Texte der Opposition, Reinbek 1967.
- Hoefl, Brigitte (Hg.): Der Prozeß gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation, Berlin 1990.
- Hoffmann, Kurt (Hg.): Macht und Ohnmacht der Intellektuellen, Hamburg 1968.
- Hornstein, Erika von: Staatsfeinde. Sieben Prozesse in der "DDR", Köln-Berlin 1961.
- Huschner, Anke: Der Beitrag des Hochschulwesens zur Herausbildung der sozialistischen Intelligenz in der ersten Hälfte der 50er Jahre, Berlin: Univ. Diss. A, 1989.
- Israel, Jürgen: Zur Freiheit berufen. Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989, Berlin 1991.
- Jäger, Manfred: Sozilliteraten. Funktion und Selbstverständnis der Schriftsteller in der DDR, Düsseldorf 1973.
- Jänicke, Martin: Der dritte Weg. Die antistalinistische Opposition gegen Ulbricht seit 1953, Köln 1964.
- Janka, Walter: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1989.
- Jaroslowski, Jan: Die Intellektuellen und der Sozialismus, Baden-Baden 1981.
- Johnson, Paul: Intellectuals, London 1988.
- Kandler, Karl H.: Die Kirchen und das Ende des Sozialismus. Betrachtungen eines Betroffenen, Asendorf 1991.
- Kantorowicz, Alfred: Deutsches Tagebuch, 2 Bde., München 1959.
- Karau, Gisela: Grenzerprotokolle. Gespräche mit ehemaligen DDR-Offizieren, Frankfurt/M. 1992.
- Keller, Dietmar (Hg.): Nachdenken über Deutschland. IV. Reden, Berlin 1991.
- Kersten, Heinz: Der Aufstand der Intellektuellen, Stuttgart 1957.
- Kleßmann, Christoph: Zur Sozialgeschichte des protestantischen Milieus in der DDR, in: "Geschichte und Gesellschaft", 19 (1993), S. 29-53.
- Klier, Freya: Abreißkalender. Versuch eines Tagebuchs, München 1988.
- Knauff, Wolfgang: Katholische Kirche in der DDR. Gemeinde in der Bewährung. 1945-1980, Mainz 1980.
- Knoche, Hansjürgen: Demokratie-Ethik. Neue ökumenische Grundlegung mit Blick auf die Wende in der DDR, Berlin 1990.
- Knötzsch, Dieter: Innerkommunistische Opposition. Das Beispiel Robert Havemann, Opladen 1968.
- Krüger, Hans-Peter: Demission der Helden. Kritik von innen 1983-1992, Berlin 1992.
- Krüger, Horst: Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung deutscher Kommunisten, Freiburg 1963.
- Krusche, Günter: Kirche im Sozialismus - Kirche im Zwielficht? In: Freitag (1992), Nr. 6, S. 1.
- Kuczynski, Jürgen: Die Intelligenz. Studien zur Soziologie und Geschichte ihrer Großen, Köln 1987.
- Kuczynski, Jürgen: Kurze Bilanz eines langen Lebens, Berlin 1991.
- Kühne, Lothar: Gegenstand und Raum, Dresden 1981.
- Kühne, Lothar: Haus und Landschaft, Dresden 1985.
- Kuhr, Eberhard: Wider die Militarisierung der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Melle 1984.
- Kukuk, Petra: Das Bündnis von Industriearbeitern und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Rationalisierungsmittelbau. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Wirkung auf die weitere Erhöhung der politischen Stabilität der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, Leipzig: Univ. Diss. A 1989.

- Kukutz, Irena; Havemann, Katja: Geschützte Quelle. Gespräche mit Monika H. alias Karin Lenz, Berlin 1990.
- Lahmann, Birgit: Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme, Berlin 1992.
- Land, Rainer (Hg.): Das Umbaupapier (DDR), Berlin 1990.
- Land, Rainer: Sozialer Wandel und Identität - Probleme des Umbruchs in der ehemaligen DDR, in: Ruhr-Universität Bochum / IG Metall, Ringvorlesung 1990/91: Vereintes Deutschland - Konsequenzen für eine arbeitnehmerorientierte Politik, Bochum 1991.
- Land, Rainer; Possek, Ralf: Intellektuelle aus der DDR - Kulturelle Identität im Umbruch, in: "Berliner Debatte INITIAL" (1992), H. 1, S. 86-95.
- LeGoff, Jacques u.a. (Hg.): Die Rückeroberung des historischen Denkens. Grundlagen der Neuen Geschichtswissenschaft, Frankfurt/Main 1990.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955. Zit. nach der Ausgabe von 1987.
- Leonhard, Wolfgang: Das kurze Leben der DDR, Stuttgart 1990.
- Leonhard, Wolfgang: Spurensuche. Vierzig Jahre nach "Die Revolution entläßt ihre Kinder", Köln 1992.
- Lepenius, Wolf: Fall und Aufstieg der Intellektuellen in Europa, in: "Neue Rundschau", 102 (1991), H. 1.
- Lepsius, M. Rainer: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: "Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", 16 (1964), H. 1.
- Link, Jürgen: Wie weich landen die Wendeturbulenzen des Europäischen Hauses? Kollektivsymbolik und aktuelle (De)Normalisierungsschübe, in: "Kulturrevolution" (1990), H. 23.
- Linke, Dietmar: Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR, Hamburg 1988.
- Loest, Erich: Der vierte Zensor. Vom Entstehen und Sterben eines Romans in der DDR, Köln 1984.
- Löw, Konrad; Eidenmann, Peter; Stoll, Angelika: Betrogene Hoffnung. Aus Selbstzeugnissen ehemaliger Kommunisten, Krefeld 1978.
- Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Broszat u.a. (Hg.): Deutschlands Weg in die Diktatur, Berlin o.J.
- Lübbe, Hermann: Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse: Analytik und Pragmatik der Historie, Basel-Stuttgart 1977.
- Lüdtke, Alf: Alltagsgeschichte, Frankfurt/Main 1989.
- Ludz, Peter Christian: Experten und kritische Intelligenz in der DDR, in: Feuchtwanger, E. (Hg.): Deutschland: Wandel und Bestand, München 1973.
- Ludz, Peter Christian: Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR, München-Wien 1980.
- Lytard, Jean-Francois: Grabmal des Intellektuellen, Graz-Wien 1985.
- Maaz, Hans-Joachim: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, München 1990. (Zit. nach Taschenbuchausg. Berlin 1992).
- Maleck, Bernhard: Wolfgang Ullmann: "Ich werde nicht schweigen". Gespräche mit Wolfgang Ullmann, Berlin 1991.
- Mann, Golo: Der Auftritt der Intellektuellen in der Geschichte, in: Hoffman, Kurt (Hg.): Macht und Ohnmacht der Intellektuellen, Hamburg 1968.
- Mann, Golo: Wer ist ein Intellektueller? In: Die Zeit (1968), Nr. 10.
- Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt/Main 1985 (7. Aufl.).
- Marcuse, Peter: A German Way of Revolution, Berlin 1990.
- Markow, Walter: Zwiesprache mit dem Jahrhundert, Berlin 1989.
- Mayer, Hans: Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen, 2 Bde., Frankfurt/Main 1984.

- Medick, Hans: "Missionare im Ruderboot"? Ethnologische Erkenntnisse als Herausforderung an die Sozialgeschichte. In Lüdtkke, Alf (1989).
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/Main 1992.
- Meuschel, Sigrid: Wandel durch Auflehnung. Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft, in: "Berliner J. Soziol.", Sonderheft (1991), 15-27.
- Meyer, Hansgünter (Hg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Hawthorne 1990.
- Müller, Heiner: Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen, Berlin 1992.
- Müller, Otto Wilhelm: Intelligencija. Untersuchungen zur Geschichte eines politischen Schlagwortes, Frankfurt/Main 1971.
- Müller-Enbergs, Helmut; Schulz, Marianne; Wielgoß, Jan (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991.
- Neumann, Peter: Träumen verboten. Aktuelle Stellungnahmen aus der DDR, Göttingen 1990.
- Niethammer, Lutz (Hg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der "Oral History", Frankfurt/Main 1985.
- Niethammer, Lutz: Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende? Reinbek 1989.
- Niethammer, Lutz: Das Volk der DDR und die Revolution. Versuch einer historischen Wahrnehmung der laufenden Ereignisse, Nachwort, in: C. Schüdekopf (Hg.): "Wir sind das Volk!", Reinbek 1990.
- Niethammer, Lutz: Volkspartei neuen Typs? Sozialbiographische Voraussetzungen der SED in der Industrieprovinz, in: "PROKLA", 20 (1990), 3.
- Niethammer, Lutz; Plato, Alexander v. (Hg.): Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960, 3 Bde. Neuausg., Bonn-Berlin 1989.
- Niethammer, Lutz; Plato, Alexander von; Wierling, Dorothee: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.
- Pollack, Detlef; Heinze, Christiane: Zur Funktion politisch alternativer Gruppen im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Wolf-Jürgen Grabner, Christian Heinze und Detlef Pollack (Hg.): Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch der DDR, Berlin 1990.
- Pollack, Detlef: Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR. Eine religionssoziologische Untersuchung, in: Detlef Pollack (Hg.): Die Legitimität der Freiheit, Frankfurt/M.-New York-Paris 1990.
- Pollack, Detlef: Sozialstruktur und Mentalität in Ostdeutschland, in: Hansgünter Meyer (Hg.): Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin 1992.
- Possekel, Ralf: Strategien im Umgang mit dem Dogma. Die geschichtstheoretische Diskussion in der DDR, in: "Berliner Debatte INITIAL" (1991), H. 2, S. 170-178.
- Prokop, Siegfried (Hg.): Die soziale Entwicklung der Intelligenz der DDR in vergleichender Sicht (1945-1961), in: "Wiss. Z. d. Humboldt-Univ. zu Berlin: Reihe Gesellschaftswissenschaften", 39 (1990), H. 6.
- Przybylski, Peter: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991.
- Rauff, Ulrich (Hg.): Mentalitäten-Geschichte, Berlin 1987.
- Reich, Jens: Rückkehr nach Europa, München-Wien 1991.
- Reich, Jens: Abschied von den Lebenslügen, Berlin 1992.
- Rein, Gerhard (Hg.): Die Opposition in der DDR: Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Texte, Programme, Statuten von Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, SDP, Böhlemer Plattform und Grüne Partei in der DDR, Berlin 1989.

- Richter, Edelbert: Christentum und Demokratie in Deutschland. Beiträge zur geistigen Vorbereitung der Wende in der DDR, Leipzig-Weimar 1991a.
- Richter, Edelbert: Erlangte Einheit, verfehlt Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991b.
- Ricker, Ariane; Schwarz, Annett; Schneider, Dirk: Laienspieler. Sechs Politikerporträts, Leipzig 1992.
- Rosenthal, Gabriele (Hg.): Die Hitlerjugend-Generation: Biographische Thematisierung als Vergangenheitsbewältigung, Essen 1986.
- Rüddenklau, Wolfgang (Hg.): Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den Umweltblättern, Berlin 1992.
- Ruge, Wolfgang: Stalinismus - eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991.
- Runge, Irene; Stelbrink, Uwe: Markus Wolf: "Ich bin kein Spion". Gespräche mit Markus Wolf, Berlin 1990.
- Rüsen, Jörn: Die vier Typen des historischen Erzählens, in: ders.: Zeit und Sinn. Strategien des historischen Denkens, Frankfurt/Main 1990.
- Sabath, Wolfgang: Der Rädelsführer. Wolfgang Templin, Mitbegründer der Initiative für Frieden und Menschenrechte, in: "Freitag" (1991), Nr. 19, S. 3.
- Sarel, Benno: Arbeiter gegen den Kommunismus, Berlin 1991.
- Schabowski, Günter: Das Politbüro. Ende eines Mythos, Reinbek 1990.
- Schlechte, Helga und Klaus-Dieter (Hg.): Witze bis zur Wende. 40 Jahre politischer Witz in der DDR, München 1991.
- Schmid, Thomas: Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft, Berlin 1990.
- Schmid, Thomas: "Pinscherseligkeit". Über die deutschen Intellektuellen und ihre Unfähigkeit, mit der jüngsten Geschichte zurechtzukommen, in: "Die Zeit", (1992), Nr. 15, S. 65-66.
- Schmidt, Wilhelm (Hg.): Denken und Existenz bei Michel Foucault, Frankfurt 1990.
- Schneider, Michael: Die Politik der SED zur Entwicklung des Bündnisses von Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technischer Intelligenz in der volkseigenen Industrie der DDR in den ersten Jahren der sozialistischen Umgestaltung (1949-1955), Leipzig: Univ. Diss. A 1988.
- Schönherr, Albrecht (Hg.): Ein Volk am Pranger? Die Deutschen auf der Suche nach einer neuen politischen Kultur, Berlin o.J.
- Schönherr, Albrecht: Gratwanderung, Leipzig 1992.
- Schorlemmer, Friedrich: Bis alle Mauern fallen. Texte aus einem verschwundenen Land, Berlin 1991.
- Schorlemmer, Friedrich: Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland, München 1992.
- Schöttler, Peter: Mentalitäten, Ideologien, Diskurse. Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der "dritten Ebene", in: Lütke (1989).
- Schröder, Richard: Denken im Zwielicht. Vorträge und Aufsätze aus der alten DDR, Tübingen 1990.
- Schütz, A.: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt, Frankfurt/Main 1974.
- Schulze, Rudolf (Hg.): Nach der Wende. Wandlungen in Kirche und Gesellschaft. Texte aus der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Berlin 1990.
- Schwibbe, Gudrun (Hg.): Übergänge. Studenten aus der ehemaligen DDR berichten über ihren Studienbeginn in der Bundesrepublik, Göttingen 1991.
- Selbmann, Fritz: Die erste Stunde. Porträts, Berlin 1969.
- Sinakowski, Andreas: Das Verhör, Berlin 1991.
- Sommer, Norbert: Der Traum aber bleibt. Sozialismus und christliche Hoffnung, Berlin 1992.

- Sommerfeld, Franz: Der Mann ohne Turnschuhe. Wolfgang Ullmann, Bundestagsabgeordneter des Bündnis 90, in: "Freitag" (1991), Nr. 32, S. 3.
- Sommerfeld, Franz: Im fremden Revier. Wolfgang Thierse, Stellvertretender Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD, in: "Freitag" (1991), Nr. 23, S. 3.
- Staritz, Dietrich (Hg.): Abweichler, Verräter, Staatsfeinde. Opposition in der DDR 1945-1990, Köln 1991.
- Stark, Meinhard (Hg.): Wenn du willst deine Ruhe haben, schweige. Deutsche Frauenbiographien des Stalinismus, Essen 1991.
- Steiner, Helmut; Vollrath, Sven (Hg.): Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. In: "Utopie kreativ", Januar 1992.
- Stock, Manfred; Mühlberg, Philipp: Die Szene von innen. Skinheads, Grufties, Heavy Metals, Punks, Berlin 1990.
- Stolpe, Manfred: Schwieriger Aufbruch, Berlin 1992.
- Süß, Walter: Ende und Aufbruch - von der DDR zur neuen Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1992.
- Ullmann, Wolfgang: Demokratie - jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit, hg. von Wolfram Bürger u. Michael Weichenhan, München 1990.
- Ullmann, Wolfgang: Verfassung und Parlament, Berlin 1992.
- Ulrich, Holde-Barbara: Schmerzgrenze. 11 Porträts im Gespräch, Berlin 1991.
- Valtink, Eveline: Kulturlandschaft DDR. Die Gesellschaft der DDR im Spiegel ihrer Literatur, Hofgeismar 1990.
- Voges, Wolfgang (Hg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung, Opladen 1987.
- Weber, Hermann: Der deutsche Kommunismus, Köln 1963.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1989.
- Wernicke, Christian: Vorhang auf. Einsicht in ein zersetztes Leben, in: "Die Zeit" (1992), Nr. 11, S. 17.
- White, Hayden: Die Bedeutung von Narrativität in der Darstellung der Wirklichkeit, in: ders.: Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main 1990.
- Wiehn, Erhard Roij: Intellektuelle in Politik und Gesellschaft, Stuttgart 1971.
- Wienke, Peter: Die promovierte naturwissenschaftlich-technische Intelligenz in der DDR. Eine empirische Untersuchung ihrer Karrieremuster im Vergleich mit denen von promovierten Naturwissenschaftlern und Ingenieuren aus der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1989.
- Will, Rosemarie: Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung, in: "Deutsche Zeitschrift für Philosophie", 37 (1989), 9.
- Will, Rosemarie: Verfassung und deutscher Einigungsprozeß. Zum Entwurf des Runden Tisches, in: Thomas Kreuder (Hg.): Der orientierungslose Leviathan, Marburg 1992.
- Wirtschaftsreform der DDR: Protokolle und Beiträge. Internationale Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums, Berlin-Buch, 25./26. November 1989, Berlin 1990.
- Woderich, Rudolf: Mit Haut und Gewand - Mentalitäten zwischen Anpassung und Eigensinn. Anmerkungen zur Rekonstruktion lebensweltlicher Zusammenhänge im Osten Deutschlands, in: Hansgünter Meyer (Hg.): Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme, Berlin 1992.
- Wolf, Markus: Die Troika. Geschichte eines nichtgedrehten Films. (Nach einer Idee von Konrad Wolf), Berlin; Weimar 1989.
- Wolf, Markus: In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991.
- Zwerenz, Gerhard: Walter Ulbricht, München-Bern 1966.
- Zwerenz, Gerhard: Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht, Berlin 1991.

---

# *Personenverzeichnis*

---

- Ackermann, Anton 32  
Bahro, Rudolf 40  
Barthel, Kurt 27  
Becher, Johannes R. 23, 24, 26, 33, 52  
Becker, Jurek 65  
Bentzien, Hans 34, 35, 36  
Biermann, Wolf 38, 65  
Böhme, Ibrahim 65  
Bohley, Bärbel 61, 62, 65  
Bourton, Peter 44  
Braun, Volker 27, 28  
Brecht, Bertholt 24, 27  
Brie, André 43  
Brie, Michael 46  
Dahlem, Käthe 29  
Dieckmann, Christoph 60, 65  
Eisler, Hanns 27  
Eisler, Hilde 29, 30  
Engler, Wolfgang 42, 47  
Ettl, Wilfried 46  
Forck, Gottfried 57  
Gansel, Carsten 24, 26  
Gutzeit, Martin 65  
Gysi, Gregor 40  
Gysi, Klaus 21, 22, 24, 28, 30  
Hacks, Peter 26  
Hager, Sabina 23, 29  
Harich, Wolfgang 28  
Havemann, Robert 22, 25, 29, 33, 31,  
40, 65  
Heinze, Christiane 63  
Hermlin, Stefan 22, 24, 27, 29, 33  
Herrstadt, Rudolf 22, 23, 25, 28, 31,  
33  
Heym, Stefan 31-33, 65  
Janka, Walter 26, 28  
Kant, Hermann 34, 53  
Kirsch, Rainer 35  
Klein, Dieter 44, 45  
Klier, Freya 61, 62  
Klinkmann, Horst 34, 35  
Krüger, Hans-Peter 37, 41, 44, 46  
Krusche, Günter 58  
Kuczynski, Jürgen 31  
Kühne, Lothar 44  
Kurella, Alfred 27  
Land, Rainer 46  
Leonhard, Wolfgang 21, 25, 31-33  
Linke, Dietmar 65  
Meckel, Markus 65  
Mitzenheim, Moritz 55  
Müller, Heiner 24, 26, 27, 53  
Noack, Arndt 65  
Pawliczak, Lothar 65  
Piens, Gerhard 26  
Plenzdorf, Ulrich 65  
Richter, Edelbert 25, 57, 58  
Ruben, Peter 28, 44  
Rüddenklau, Wolfgang 61, 63  
Scheumann, Gerhard 25, 36  
Schmidt, Elli 25  
Schorlemmer, Friedrich 56, 57, 63  
Schröder, Richard 65  
Segert, Dieter 45, 46  
Seghers, Anna 26, 27, 33  
Seidel, Siegfried 36  
Sinakowski, Andreas 43  
Steininger, Herbert 44  
Stolpe, Manfred 56, 57, 58  
Templin, Wolfgang 65  
Ullmann, Wolfgang 57, 58  
Wagner, Hans 44  
Wagner, Siegfried 27  
Wahsner, Renate 44  
Warnke, Camilla 44  
Warzecha, Heinz 34  
Weigel, Helene 27  
Weiß, Konrad 52, 56  
Will, Rosi 42, 45, 46, 71  
Wolf, Christa 25, 34, 35  
Wolf, Friedrich 24  
Wolf, Hanna 21  
Wolf, Markus 22, 24, 26, 27, 28, 30